Das Opel-Drama S. 7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 8 – 24. Februar 2017

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Die Verantwortlichen scheinen gar nicht mehr versuchen zu wollen, ihn zu stoppen: Der große Strudel

Bild: Colourbox

Jeder für sich

Euro-Krise wird unlösbar: Politiker wollen jetzt nur noch ihr »Gesicht wahren«

Die Attacken auf Trump oder Putin sollen nur ablenken. Die EU zerreibt sich an selbst gemachten Problemen.

Angesichts der neuen Machtverhältnisse in Washington und der Unwägbarkeiten aus Moskau müsse die Europäische Union nun noch enger zusammenhalten. So schallt es von den Führern aller etablierten Parteien in Berlin.

Allein: So laut der Ruf, so dürftig das Echo. Die frühzeitige Ankündigung von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, keine zweite Amtszeit anzustreben (siehe Beitrag unten), deutet auf eine tiefe Entmutigung an der Spitze der EU hin. Schließlich endet seine Amtszeit erst 2019.

In Wahrheit steckt hinter dem Hinweis auf die „Herausforderungen“ aus Übersee und Russland der Versuch, den rapiden Verlust an innerer Festigkeit der EU per Mobilisierung gegen außen zu überspielen. Schon diesen Sommer könnte die Union mit aller Macht auf ihre selbstgemachten Fehler zurückgeworfen werden, wenn die Griechenlandkrise ihrem nächsten Höhepunkt entgegen trudelt (die *PAZ* berichtete).

Im Moment spreizen die Kontrahenten in Brüssel, Athen und anderen EU-Hauptstädten noch die Federn und demonstrieren ihre Standhaftigkeit auf ihren jeweiligen Positionen. So auch Berlin, wo Finanzminister Schäuble erneut den „Grexit“ ventiliert. Und sogar München schlägt die Trommel: Bayerns Finanzminister Markus Söder fordert, die Griechen sollten neue Hilfen nur gegen Pfand „in Form von Bargeld, Gold oder Immobilien“ erhalten.

> Niemand möchte hineingezogen werden in den Strudel

Woher soll Athen das alles nehmen? So begründet Söders Forderung erscheint, so richtig auch Schäubles Vorstoß zum Grexit sein mag: Es darf schon heute als sicher gelten, dass aus alldem nichts werden wird. Stattdessen werden die Beteiligten abermals einen faulen Kompromiss suchen und finden.

Einen Kompromiss, der nichts löst, nur alles auf eine noch längere Bank schiebt in der Hoffnung, die Bank möge endlos sein. Das ist sie aber nicht: Jede Fehlentwicklung entlädt sich irgendwann in einer „Klärung“, die zum Knall wird, wenn die Entwicklung nur lange genug hingeschleppt worden ist.

Hieran, und weder an Trump noch an Putin noch an den „Populisten“, kann die EU scheitern. Die Verantwortlichen scheinen gar nicht mehr gewillt zu sein, dem Niedergang Einhalt zu gebieten, wie der Fall Griechenlands zeigt. Es geht den Politikern, ob in Berlin, Brüssel oder Athen, nur noch darum, nicht hineingezogen zu werden in den Strudel: „Gesicht wahren“ vor dem heimischen Publikum, das ist alles.

Wenn nun SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz vor einer erneuten Eskalation der Hellas-Krise warnt, will er vertuschen, wie groß sein Anteil als langjähriger EU-Spitzenpolitiker an dem Desaster ist. Wer wie er die Vergemeinschaftung der Staatsschulden in der EU vorantreibt, hat jene Unverantwortlichkeit beflügelt, unter der alles kollabieren könnte. Juncker ahnt, was kommt. *Hans Heckel*

Manuel Ruoff:

Fadenscheinig

Die Opel-Diskussion zeigt die Fadenscheinigkeit der „europäischen Identität“ und der „europäischen Solidarität“, die allenthalben von uns gefordert werden. Würde unsere Machtelite sie selber ernst nehmen, müsste sie ja jetzt begeistert sein, dass Opel aus dem Besitz des US-Multis General Motors in den der französischen Groupe PSA wechseln soll, denn gemäß der von ihr gepredigten „europäischen Identität“ gerät damit ein europäisches Unternehmen aus nicht-europäischer zurück in europäische Hand.

Statt Begeisterung hört man jedoch allenthalben Besorgnis bis offene Ablehnung. Das ließe sich mit der „europäischen Identität“ noch halbwegs vereinbaren, wenn es sich bei der Group PSA um einen mehr oder weniger dubiosen Hedgefonds handeln würde. Geprägt wird die PSA-Unternehmenspolitik jedoch weniger von „Heuschrecken“ als von der Französischen Republik, also jenem wichtigsten Partner unserer Bundesrepublik, mit dem zusammen wir die Achse bilden sollen, um welche die EU kreisen soll.

Doch gerade diese Staatsnähe der französischen Groupe PSA wird als Problem thematisiert. Dahinter steht die Sorge, dass Paris Arbeitsplätze bei Opel in Deutschland solchen bei Peugeot oder Citroën in Frankreich opfern könnte. Von „europäischer Solidarität“ ist diesmal keine Rede. Von Paris wird sie realistischerweise nicht erwartet, und vor der an und für sich konsequenten Chuzpe, die im Raume stehende Opferung von Opel-Arbeitsplätzen analog zur Transferunion als Akt der „europäischen Solidarität“ mit von hoher Arbeitslosigkeit geplagten Partnern in der EU zu begrüßen, scheut Berlin diesmal dann doch zurück.

Juncker wirft das Handtuch

Der EU-Kommissionspräsident hat eingesehen, dass er im Amt gescheitert ist und in der zerrissenen Union nichts mehr bewirken kann

Nach nicht einmal der Hälfte seiner Amtszeit ließ EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in einem Interview mit dem Deutschlandfunk wissen, dass er keine zweite Amtszeit mehr anstreben werde. Angesichts des zu organisierenden Brexit in den verbleibenden zwei Jahren seiner Amtszeit wollte Juncker wohl kein Abwickler sein.

Diese frühzeitige Rückzugsankündigung des Christdemokraten und einstigen Merkel-Vertrauten lässt tief blicken, vor allem bei einem Mann, der bislang eher den Eindruck erweckte, an seinen Posten zu hängen. Ab jetzt wird den Luxemburger niemand mehr so richtig ernst nehmen, obwohl gerade jetzt wichtige Entscheidungen anstehen.

> Jetzt wird den Luxemburger niemand mehr so richtig ernst nehmen

Seine Rückzugsankündigung verband Juncker mit einem düsteren Bild vom Zustand und der Zukunft der EU. Den EU-Staaten nimmt er offenbar die seit dem britischen Brexit-Referendum zur Schau gestellten Demonstrationen der Einigkeit bezüglich der anstehenden Austrittsverhandlungen mit London nicht ab. Im Gegenteil, er traut ihnen zu, dass sie sich einzeln von den Briten ködern lassen, wenn diese nur die richtigen Angebote machen. Dabei wird Einigkeit nicht nur durch den Brexit, sondern auch vom neuen US-Präsidenten Donald Trump herausgefordert. Juncker glaubt, dass nicht nur angesichts der „Flüchtlingskrise“ nationale Interessen zunehmen und so der Wille zu gemeinsamen Lösungen weiter abnehmen wird.

Auch in der Frage, ob sich für die Europäer angesichts des angekündigten handelspolitischen Rückzugs der USA neue wirtschaftliche Chancen ergeben, übt sich Juncker in Zurückhaltung. Das Ringen um das Freihandelsabkommen mit Kanada, das beinahe am Widerstand eines belgischen Teilstaates gescheitert wäre, dürfte ihm vor Augen geführt haben, dass es die Bürger sind, die der Union immer mehr die Befähigung absprechen, für sie zu agieren. Verschiedene Krisen, angefangen von der Finanzkrise 2008, haben dem Zusammenhalt zwischen den Europäern zugesetzt. Das hat auch bei einem der leidenschaftlichsten unter den Europa-Politikern Spuren hinterlassen.

> »Die Zahl der Bereiche, in denen wir solidarisch zusammenarbeiten, ist sehr klein«

Vermutlich war Junckers Klartext Ausdruck von Frustration und Weckruf zugleich. Bei vielen wichtigen Themen wie Zuwanderung, Terrorbekämpfung und Wirtschaftskrise präsentiert die Europäische Union ein Bild der Zerrissenheit. „Die Zahl der Bereiche, in denen wir solidarisch zusammenarbeiten, ist sehr klein“, äußerte sich Juncker bereits im letzten Jahr frustriert. Er spürt, nach dem Brexit ist vor dem Nexit und vor dem Frexit. Die Absetzbewegungen in den EU-Kernländern Niederlande oder Frankreich, denen viele Menschen folgen, sind einer EU zu verdanken, an deren Zusammenhalt und Handlungsfähigkeit die Menschen immer mehr zweifeln.

Juncker, der außer Politik in seinem Leben noch nie etwas anderes gemacht hat, hat seinen Teil dazu beigetragen. Immerhin hatte er als langjähriger Minister und Regierungschef des kleinen Luxemburg mit seinen Steuertricksereien zu Lasten der anderen Staaten deren Solidarität auf eine herbe Probe gestellt. *Bodo Bost*

MELDUNGEN

Österreich zeigt, wie es geht

Berlin – Berthold Huber, Vorstand Verkehr und Transport der Deutschen Bahn AG (DB), verteidigt die zum Jahreswechsel erfolgte Einstellung des klassischen Nachtzugverkehrs mit Schlaf- und Liegewagen. Vor dem Bundestags-Verkehrsausschuss erklärte er, dies sei „vor dem Hintergrund anhaltender wirtschaftlicher Verluste und einem Investitionsbedarf in das Wagenmaterial, der zu Lasten andere Investitionsvorhaben der DB AG gegangen wäre“, erfolgt. Die Österreichische Bundesbahn (ÖBB), die 42 Schlaf- und 15 Liegewagen sowie sechs Strecken aus dem Bestand der DB übernommen hat, zeigt dagegen, dass die Nachtzüge durchaus profitabel zu betreiben sind. Reich werden könne man dabei allerdings nicht, betont Kurt Bauer, der Leiter Fernverkehr der ÖBB. *J.H.*

Sudan-Konflikt vor Eskalation

Berlin – Für die 15 im Rahmen der UN-Friedensmission UNMISS im Sudan eingesetzten Soldaten der Bundeswehr könnte es gefährlich werden. Wie Annette Weber von der Stiftung Wissenschaft und Politik vor dem Entwicklungsausschuss des Bundestages erläuterte, drohen in dem Land eine weitere Eskalation des Konfliktes und eine humanitäre Katastrophe, da die Streitparteien „nicht zum Frieden gewillt“ seien. Die Kämpfe würden wohl weiter andauern und könnten sich sogar noch verstärken. Ein Grund dafür sei, dass es den Vereinten Nationen bisher nicht gelungen sei, ein Waffenembargo durchzusetzen. Daher kämen nach wie vor Waffen ins Land. Statt die deutschen Soldaten in Sicherheit zu bringen und sie aus dem Sudan abzuziehen, denkt die Unionsfraktion sogar darüber nach, das deutsche UNMISS-Kontingent bis auf die vom Bundestag für diese Mission genehmigte Obergrenze von 50 Köpfen aufzustocken. *J.H.*

Kiewer »Majdan« findet kein Ende

Nationalisten demonstrieren im Zentrum – Timoschenko macht Stimmung gegen den Premierminister

Während die Außenminister des Minsker Abkommens mit Russland und der Ukraine auf der Sicherheitskonferenz in München eine neue Waffenruhe in der Ostukraine aushandelten, kam es in Kiew anlässlich des dritten Jahrestags des Majdan zu Zusammenstößen zwischen Nationalisten und der Polizei.

Etwa 300 von patriotisch bis nationalistisch eingestellten Ukrainer demonstrierten am vergangenen Sonntag im Zentrum von Kiew gegen die Regierung. Dabei kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Unter den Schlägern befanden sich auch zwei Parlamentarier der Oppositionspartei „Samopomitsch“ (Selbsthilfe). Sie werfen den Oligarchen in der Regierung vor, vom Warenverkehr mit den Separatisten in der Ostukraine zu profitieren. Um diesen zu unterbinden, blockieren ihre Anhänger seit dem 25. Januar sämtliche Kohlelieferungen – sowohl auf dem Schienenweg als auch per Lkw – aus dem Donbass. Premierminister Wladimir Grojsmann sah sich gezwungen, drei Tage vor der Gedenkfeier anlässlich des dritten Jahrestags des Majdan den Energienotstand auszurufen. Er kündigte die Rationierung von Strom und Heizung in vielen Landesteilen an.

Die Nationalisten unterstellen der Regierung, dass sie sich mit dem Handel mit den Aufständischen die Taschen gefüllt hätten. Grojsmann hatte erklärt, wenn keine Anthrazitkohle mehr aus dem Donbass geliefert werde, müssten die auf diesen Kohletyp ausgelegten ukrainischen Kraftwerke zeitweise abgeschaltet werden. Von den 14 Kraftwerken der Ukraine, die sich auf von der Regierung kontrolliertem Territorium befinden, gehören zwölf der Holding des Oligarchen Rinat Achmetow. Die Hälfte dieser Kraftwerke wird mit Anthrazitkohle betrieben, die andere Hälfte mit Gaskohle. Das Problem ist, dass alle Schächte, in denen Anthrazitkohle gefördert wird, sich in den Händen der Separatisten der selbst ernannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk befinden. Während der Kampfhandlungen wurde ein bedeutender Teil der Donezker Eisenbahn zerstört.

Die Blockierer erklärten, sie wollten in der Volksrepublik Donezk gefangen gehaltene Kameraden befreien, doch steckt hinter der Blockade auch politisches Kalkül. Beobachter vermuten den Oligarchen Igor Kolomojskij als Geldgeber hinter der Partei „Samopomitsch“. Wegen der vor Kurzem erfolgten Verstaatlichung seiner Privatbank, des größten Bankhauses der Ukraine, hat Kolomojskij noch eine Rechnung mit Präsident Petro Poroschenko offen. Laut einem ukrainischen Nachrichtenportal würde Kolomojskij davon profitieren, wenn die Kraftwerke des Landes wegen Fehlens von Anthrazitkohle aus dem Donbass auf die Verbrennung von Masut (einem Erdölrückstand) zurückgreifen müssten, da der Oligarch etwa 90 Prozent der Masutförderung in der Ukraine kontrolliere.

Der Protest der Nationalisten richtet sich einmal mehr gegen Russland. Während Außenminister Sergej Lawrow in München über die Ostukraine verhandelte, unterzeichnete Präsident Wladimir Putin eine Verordnung, derzufolge Personalausweise der Separatistenrepubliken künftig anerkannt werden sollen. Putin verfügte darüber hinaus, dass die Bewohner dieser Gebiete ohne Visum nach Russland einreisen dürfen. Moskau bewertete dies nicht als Verstoß gegen das Minsker Abkommen, sondern als humanitären Akt, da die Bewohner der Ostukraine wegen Kiews Blockadehaltung keine Möglichkeit hätten, ihre abgelaufenen Dokumente zu verlängern.

Protest gegen Finanzierung mit »Blutkohle«

Jedoch gehören viele Metall- und Chemiefabriken in der Ukraine Russen. Da diese die Kohle aus dem Donbass benötigen, profitieren laut den Aktivisten ukrainische und russische Oligarchen vom Krieg. Verlierer sei allein das Volk. Deshalb fordern die protestierenden Nationalisten eine Kontrolle des Handels mit den Separatisten-Gebieten. Wenn die Ukraine mit den „Okkupanten“ Handel treibe, finanziere sie mittels „Blutkohle“ den Krieg gegen sich selbst.

In dieser angeheizten Stimmung spielt sich die Oppositionspolitikerin Julia Timoschenko wieder in den Vordergrund. Schon eine Woche vor den Demonstrationen in Kiew hatte sie Poroschenko ein Ultimatum gestellt, Premierminister Grojsmann als Verantwortlichen der „Megakorruption“ abzusetzen. Grojsmann, der im April 2016 Arsenij Jazenjuks Nachfolger wurde, wirft sie das Schrumpfen des Bruttoinlandsprodukts um die Hälfte vor. Auch sei er für eine Hyperinflation, die Vernichtung kleiner Unternehmen, die Erhöhung der Kosten für kommunale Dienste und die Verringerung des sozialen Standards verantwortlich. Grojsmann setzte sich zur Wehr, indem er Timoschenko selbst als „Mutter der Korruption“ bezeichnete. Viele Jahre lang, nämlich 20 an der Zahl, habe sie alles getan, um die Ukraine zu zerstören.

Seit ihrer vernichtenden Niederlage gegen ihren Rivalen Poroschenko bei der Präsidentenwahl im Mai 2014 arbeitet Timoschenko verbissen an ihrer Rück-kehr an die Macht. Mit massiver Kritik an Poroschenkos Regierung konnte sie offenbar punkten. Angesichts der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung steigen die Umfragewerte ihrer Vaterlandspartei.

Um auf ihre Rückkehr an die Macht gut vorbereitet zu sein, hatte „Lady Ju“ vom 29. Januar bis zum 4. Februar eine Werbetour in die USA in eigener Sache gestartet. Dort hat sie sich mit Senatoren und Kongressabgeordneten getroffen, darunter auch Victoria Nuland, die als im US-Außenministerium für Europa und Eurasien zuständige Referatsleiterin in der Ukrainepolitik der USA von 2014 bis 2016 eine bedeutende Rolle gespielt hatte. Timoschenko warb für die Einheit der Ukraine, für Frieden und eine Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Lage. Timoschenko bedient sich derzeit einer scharfen Rhetorik gegenüber Russland.

Für Medienrummel sorgte die Nachricht, Timoschenko habe ein persönliches Gespräch mit Donald Trump geführt. Die „Washington Post“ bestätigte, dass es ein kurzes Treffen gegeben habe, es sei aber nicht offiziell gewesen. Geoffrey Birnbaum, Chef der PR-Firma „BGR“, behauptete, Timoschenko habe Trump vor der Toilette aufgelauert, um ihn auf sich aufmerksam zu machen. Das griffen wiederum Poroschenko-Befürworter auf und bespöttelten Timoschenkos „Toilettendiplomatie“.

Zurzeit zeichnet sich noch nicht ab, welche Ukrainepolitik Trump verfolgen wird. Seine veröffentlichten Äußerungen sind sehr widersprüchlich. Der Vorschlag seines Anwalts, Russland solle alle seine Einheiten aus der Ukraine abziehen und die Ukrainer dann in einem Referendum darüber abstimmen, ob sie die Krim für 50 oder 100 Jahre an Russland verpachten wollen, sorgt vor allem bei EU-Politikern für Empörung. In der Ukraine wächst die Angst, dass die Volksrepubliken Lugansk und Donezk anerkannt werden.

Viele Ukrainer, die den Umsturz unterstützt hatten, fragen sich jetzt schon, wofür die „himmlischen 100“ genannten Toten auf dem Majdan gestorben sind.

Manuela Rosenthal-Kappi



In der Nähe des Regierungssitzes in Kiew: Anhänger nationalistischer Parteien protestieren gegen Geschäfte der Regierung mit von Russland unterstützten Separatisten Bild: pa

Streit, Spaltung, Rauswurf?

Die Alternative für Deutschland zerlegt sich über den Umgang mit Björn Höcke

Der Beschluss, dass Vorstandsmitglieder nicht mehr übereinander reden, ist spätestens seit vergangener Woche obsolet. Nicht nur auf Bundesebene, auch in den Ländern Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, in denen dieses Jahr gewählt wird, sind die Vorstände zerstritten.

Nachdem sich eine Mehrheit des AfD-Bundesvorstands für ein Parteiausschlussverfahren gegen den thüringischen Landesvorsitzenden Björn Höcke ausgesprochen hat, fliegen die Fetzen. Der Brandenburger AfD-Fraktionschef und stellvertretende Bundesvorsitzende Alexander Gauland kritisiert die Parteivorsitzende Frauke Petry für das Parteiausschlussverfahren gegen Höcke. „Frauke Petry will Höcke loswerden, weil sie der Meinung ist, dass wir mit ihm nie politisch ankommen und Teil einer Koalition werden könnten“, sagte Gauland in einem Gespräch mit der „Zeit“. „Sie will die Partei an die CDU andocken. Ich will das nicht“, sagte Gauland, der gemeinsam mit den Landesvorsitzenden von Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Paul Hampel und Andre Poggenburg, sowie dem Co-Vorsitzenden Jörg Meuthen gegen das Verfahren gestimmt hatte.

Die Debatte um Höcke und dessen Dresdner Rede kommt für die Partei zur Unzeit. Angesichts des „Schulz-Effekts“ und der damit verbundenen Polarisierung zwischen den beiden großen Parteien, hat die AfD wie „Linke“, Grüne und FDP auch mit Einbußen bei den Umfragen zu kämpfen. Zudem steht sie vor drei schwierigen Landtagswahlen.

Im Saarland, wo am 26. März der Startschuss zum Superwahljahr fällt, steht der 77-jährige Landesvorsitzende Josef Dörr in der Kritik. Der Parteivorstand hatte ihm Nähe zu Rechtsextremisten unterstellt und eine Wahlteilnahme des Verbandes verhindern wollen. Das Bundesschiedsgericht stoppte dieses Vorhaben. Gegen den Landesvorsitzenden, dessen Stellvertreter, Lutz Hecker, und den Spitzenkandidaten, Rolf Müller, laufen Ausschlussverfahren, ein Novum in der deutschen Parteiengeschichte. Bundespolitische Prominenz macht sich rar im Wahlkampf. Zur Auftaktveranstaltung brachte Dörr lediglich den hessischen Vorsitzenden Peter Münch mit. Ob eine geplante Veranstaltung mit Höcke nach den Vorkommnissen der letzten Wochen noch stattfindet, ist offen. Der Verband redet nicht mehr mit Medien, hat gar die Teilnahme an den sogenannten Elefantenrunden von sich aus abgesagt. Immerhin: Mit rund 150 000 Euro steht ein recht stattliches Budget zur Verfügung, was ausreichen sollte, um einen Plakat-Wahlkampf mit Postwurfsendungen durchzuführen. Dörr selbst hat ein Ergebnis von „rund 25 Prozent“ als Ziel ausgegeben, parteiintern wird ein zweistelliges Abschneiden dagegen schon „als Riesenerfolg“ angesehen.

> Die Umfragewerte sinken, zerstritten sind die wahlkämpfenden Landesverbände

Ähnlich verfahren ist die Situation in Schleswig-Holstein. Dort soll das Bundesschiedsgericht entscheiden, ob der Landesvorstand rechtmäßig im Amt ist. Parteiinterne Gegner des Vorsitzenden Jörg Nobis bestreiten dies. Auch das rechtmäßige Zustandekommen der Landesliste zur Wahl am 7. Mai wird angezweifelt. Kläger ist der frühere Landesvorsitzende Thomas Thomsen. Er ist der Ansicht, zu dem Parteitag im April 2016, auf dem die jetzige Führung gewählt wurde, seien Dutzende Mitglieder bewusst nicht eingeladen worden. Wenn das Schiedsgericht nicht vor der Landtagswahl entscheide, werde er wieder vor das Landgericht ziehen. Dies könnte im schlimmsten Fall die Streichung der Landesliste zur Folge haben. Politisch ist die AfD im hohen Norden schwer einzuordnen. Die Streitigkeiten um Petry und Höcke spielen zumindest vordergründig keine Rolle. Positioniert hat sich der Verband bisher nicht. Dennoch gilt er als eines der Sorgenkinder innerhalb der Partei. Bei den bisherigen Wahlantritten waren die Ergebnisse unterdurchschnittlich, in den letzten Umfragen lag die AfD lediglich bei sechs Prozent. Ein Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde ist nicht ausgeschlossen und gilt intern als „größtmögliche Katastrophe“.

Denn nur eine Woche später wird in Nordrhein-Westfalen gewählt. Und die Abstimmung an Rhein und Ruhr gilt seit jeher als wichtigster Stimmungstest vor einer Bundestagswahl. „Ein deutlich zweistelliges Ergebnis“ hatte der Landesvorsitzende und Spitzenkandidat Marcus Pretzell als Ziel ausgegeben. Doch danach sieht es im Moment nicht aus. Pretzell, Ehemann der Parteivorsitzenden Petry, versucht den Verband bislang vergeblich unter Kontrolle zu bringen. Setzte er sich bei einer Kampfabstimmung gegen einen weitgehend unbekannten Kandidaten bereits nur knapp durch, so scheiterte er mit seinem Versuch, seinen Co-Sprecher Martin Renner aus dem Amt abwählen zu lassen. Die Parteimitglieder an Rhein und Ruhr liefern sich derzeit einen öffentlichen Schlagabtausch, der vor allem in den sozialen Netzwerken ausgetragen wird. „Höcke ist politisch raus. Und das Juristische wird folgen“, schrieb Pretzell bei Facebook. Sein Intimfeind Renner beklagt dagegen „parteiinterne Beutegemeinschaften, denen es nur um Mandate geht.“

Wie die West-AfD unter diesen Umständen einen flächendeckenden Wahlkampf führen will, bleibt schleierhaft. Wenige Wochen vor der Landtagswahl veranstaltet die Partei ihren Bundesparteitag in Köln. Dieser sollte vor der heißen Phase des Wahlkampfes als Startschuss in der Öffentlichkeit wirken. Für mediale Präsenz dürfte reichlich gesorgt sein. Denn Anhänger von Höcke fordern eine außerplanmäßige Abwahl des Parteivorstands. *Peter Entinger*



Wahlkampfvorbereitung im Saarland: Josef Dörr (r.) mit Ehrengast André Poggenburg aus dem Bundesvorstand (l.) sowie Rolf Müller und Lutz Hecker (M.) Bild: pa

MELDUNGEN

Flugpassagiere werden gläsern

Berlin – Die Bundesregierung will ab 2018 per Gesetz die Daten von Flugreisenden speichern und damit eine umstrittene EU-Richtlinie umsetzen. Dies verpflichtet die europäischen Fluggesellschaften, den EU-Ländern ihre Fluggastdatensätze zu überlassen. Ziel dieser Maßnahme ist es nach Angaben der Bundesregierung, Polizeibehörden bei der Verhinderung geplanter Anschläge oder anderer schwerer Straftaten zu unterstützen. Um Straftaten zu verhindern oder jedenfalls aufzuklären, müsse man wissen, wer wann die Grenzen des Schengenraumes überschreitet, erklärte Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Dazu dürfen personenbezogene Daten von Flugpassagieren – wie Name, Adresse und Kreditkartennummer – sechs Monate lang gespeichert werden. *J.H.*

Höhenflug der SPD gestoppt

Berlin – Der nach der Nominierung von Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten begonnene Höhenflug der SPD ist vorerst gestoppt. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa für den „Stern“ und RTL käme sie derzeit bei einer Bundestagswahl auf 31 Prozent. Die Union bliebe mit 34 Prozent stärkste Kraft. Die Grünen verloren einen Punkt und liegen mit sieben Prozent auf einem so niedrigen Niveau wie zuletzt im November 2008. Die AfD büßt ebenfalls einen Punkt ein und fällt auf neun Prozent. Die FDP kommt unverändert auf fünf und die Linkspartei auf acht Prozent. Die sonstigen Parteien legten um zwei Punkte auf zusammen sechs Prozent zu. Im direkten Vergleich der beiden Kanzlerkandidaten konnte Angela Merkel wieder um einen Prozentpunkt an Martin Schulz vorbeiziehen, der weiter bei 37 Prozent liegt. *J.H.*

SV 98 entlässt Anis Ben-Hatira

Darmstadt –Der Fußball-Bundesligist SV Darmstadt 98 hat den 28-jährigen tunesischen Mittelfeldspieler Anis Ben-Hatira nach Kritik an dessen Engagement für die islamische Hilfsorganisation „Ansaar International“, die von den Verfassungsschutzbehörden Nordrhein-Westfalens und Bayerns beobachtet und als salafistisch beziehungsweise eng mit salafistischen Gruppierungen verwoben eingestuft wird, entlassen. Das radikalislamische Engagement des Fußballers war erst vor Kurzem bekannt geworden. Der Druck kam von den Fans, die beim 0:0 gegen Borussia Mönchengladbach im Darmstädter Stadion skandiert und den Verein aufgefordert hatten, die Zusammenarbeit mit dem Fußballer zu beenden. Danach hatte auch der Druck auf den Verein durch Sponsoren und Politik zugenommen. Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) forderte den Verein auf, „klare Grenzen“ zu setzen. Auch Darmstadts Präsident Rüdiger Fritsch hat Ben-Hatiras privates Engagement für die islamische Organisation als falsch bezeichnet und zog die Konsequenz: „Nach Analyse der Gesamtsituation macht eine weitere Zusammenarbeit für beide Seiten keinen Sinn mehr.“ Ben-Hatira dagegen verteidigte sein Engagement und beharrt unbeirrt auf seinen Werten. *B.B./PAZ*

Das Schwingen der »Islamophobie«-Keule

Wie mit einem Kampfbegriff versucht wird, aufgeklärtes Denken zu eliminieren

Der Begriff „Islamophobie“ boomt wieder. Die Angst vor dem Islam sei unbegründet, ins Kranke gesteigert, will er sagen. Vor dem Hintergrund der Sicherheitspolitik Donald Trumps bringt ihn allen voran die Türkei wieder ins Spiel und verbindet ihn wie gewohnt mit dem Vorwurf des Rassismus. Der dehnbare wie schillernde Begriff geht immer. Vor allem, wenn es den Verfechtern der „gerechten Ordnung“ (adil düzen) an Sachargumenten mangelt, mit denen Kritik oder vermeintlicher Kritik am Islam begegnet werden könnte. Wie der Istanbul-Prozess, eine weltweite Initiative von Islamverbänden, die Kritik am Islam unter Strafe stellen will, dient die „Islamophobie“-Keule dazu, aufgeklärtes Denken zu eliminieren.

Der Begriff Islamophobie hat Geschichte. Khomeini nutzte ihn Ende der 70er Jahre, um Frauen im Iran zu brandmarken, die sich weigerten, den Schleier zu tragen. Anfang des 20. Jahrhunderts stand er, wie französische Ethnologen beobachteten, in ehemaligen Kolonien für Menschen, die nicht bereit waren, den Islam anzunehmen. Im Zuge der Veröffentlichung des Werkes „Die satanischen Verse“ von Salman Rushdie und dessen Verurteilung durch religiöse Führer setzte er sich ab 1980 in Mitteleuropa fest.

Dabei wurde der Begriff auf verschiedene Weise, jedoch konsequent unwissenschaftlich und stets im eigenen Interesse definiert. Die Kuriosität „religiöser Rassismus“ brachte der Vertreter der türkischen Delegation bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Umut Topcuoglu, schon vor Jahren in seiner „Definition“ ins Spiel. Ein durchschaubarer und zynischer Versuch, Kritik am Islam als Rassismus zu deklarieren, um sie mundtot zu machen:

„Islamophobie ist eine zeitgenössische Form von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die motiviert ist durch unbegründete Angst, Misstrauen und Hass gegenüber Muslimen und dem Islam. Islamophobie manifestiert sich auch durch Intoleranz, Diskriminierung, ungleiche Behandlung, Vorurteil, Stereotypisierung, Feindseligkeit und entgegengesetzten öffentlichen Diskurs. Im Unterschied zu klassischem Rassismus und Fremdenfeindlichkeit basiert Islamophobie hauptsächlich auf der Stigmatisierung einer Religion und seiner Anhänger und als solches stellt die Islamophobie einen Affront gegen die Menschenrechte und Würde der Muslime dar.“



Im Zuge der Veröffentlichung seinem Werkes „Die satanischen Verse“ und seiner Verurteilung durch religiöse Führer setzte sich der Begriff „Islamophobie“ ab 1980 in Mitteleuropa fest: Salman Rushdie Bild: David Shankbone/CF

Ob nun Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit der „Definition“ von Islamophobie zugrunde gelegt wird: Sowohl die Wissenschaft als auch die Mainstream-Medien scheuen sich beharrlich, den Begriff einer objektiven Betrachtung zu unterziehen. Er würde sich wohl als reiner Kampfbegriff entpuppen. Kirchen, linke und grüne Erzähler, Gutmenschenvereine und Vertreter der etablierten Parteien haben sich hierzulande der Islamophobie-Rhetorik der selbstgerechten Mazyeks, Kolats und Kaddors von jeher angeschlossen. Schließlich kommt sie deren Geschäftsmodell gelegen.

In welchem Ausmaß Beunruhigungen und Verunsicherungen über die Abschaffung der Wertekoordinaten des Abendlandes, dessen kulturellen Eigenarten und der Identität des deutschen Volkes noch im gesunden oder bereits im kranken Spektrum liegen, könnte gegebenenfalls im Einzelfall befunden werden. Tatsächlich gibt es Hinweise darauf, dass unkontrollierte Immigration in Aufnahmegesellschaften Erkrankungen hervorrufen kann.

Dies vorausgesetzt, wäre allerdings der Zugriff auf die Ursachen der Erkrankung der erfolgreiche Weg zur Genesung. Keinesfalls aber die Attacke gegen Betroffene und der Versuch, Kranke an den Pranger zu stellen, sie lächerlich zu machen und vom Diskurs auszuschließen. *Norbert Voll*

Legal nicht machbar

Internationale Abkommen und Verträge verhindern den deutschen Besitz von Kernwaffen

Die Äußerungen von US-Präsident Donald Trump über die Nato bewegen die Gemüter und plötzlich wird diskutiert, ob Deutschland ein eigenes Nuklearwaffenpotenzial besitzen sollte. Das aber ist vollkommen abwegig.

Jaroslaw Kaczinski hat zwar kein Staatsamt inne, aber der Vorsitzende der Regierungspartei PiS ist der starke Mann Polens. Was er sagt, hat auch im Ausland Gewicht. Schon lange gefällt er sich darin, vor einer angeblichen Aggression Russlands zu warnen und eine stärkere Präsenz der Nato in seinem Land zu fordern. Das genügt ihm nicht mehr, jetzt soll es gar eine „Supermacht Europa“ sein. In einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ führte er aus, er würde es begüßen, wenn Europa als eigene Atommacht mit Russland mithalten könnte. Allerdings räumte er ein, dass man dafür „zu gewaltigen Ausgaben bereit sein“ müsse.

Und wie immer, wenn es in Europa ums Zahlen geht, richtet sich auch jetzt der Blick nach Deutschland. Sogar in Großbritannien, wo man der Bundesrepublik auch nach jahrzehntelanger Partnerschaft im nordatlantischen Bündnis noch immer mit einem gewissen Argwohn begegnet, kann man sich angesichts der derzeitigen Unwägbarkeiten US-amerikanischer Sicherheitspolitik eine Atommacht Deutschland vorstellen.

Die Reaktion deutscher Sicherheitspolitiker, Militärs und Wissenschaftler auf diesen Vorstoß ist allerdings durchweg negativ. Das hat nicht nur politische und praktische Gründe. Der Jurist Wolfgang Ischinger, ehemaliger deutscher Botschafter in Washington, Staatssekretär im Auswärtigen Amt und seit 2008 Leiter der Münchener Sicherheitskonferenz, sagt deutlich, warum die Debatte um eine Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen eine Phantomdebatte ist: „Der Griff nach Nuklearwaffen wäre für Deutschland ein schwerer Völkerrechtsbruch.“

Derzeitige Debatte ist eine Phantomdebatte

Denn Deutschland hat sich gleich mehrfach und zum Teil mit Ewigkeitsgeltung zu einem Verzicht auf Nuklearwaffen verpflichtet. Den ersten Schritt in diese Richtung unternahm die Bundesrepublik beim Beitritt zur Westeuropäischen Union 1954, als sie erklärte, dass sie weder den Besitz von Nuklearwaffen noch irgendeine nationale Verfügungsgewalt darüber anstrebe. Dies hat sie ein Jahr später beim Abschluss der Pariser Verträge unmissverständlich bekräftigt.

Am 1. Juli 1968 unterzeichneten die USA, die Sowjetunion und Großbritannien nach sechseinhalbjährigen wechselvollen Verhandlungen den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Dieser teilte die Staaten in atomare und nichtatomare Mächte ein und ließ keinerlei Änderung dieses Zustandes zu. Als 91. Staat unterzeichnete die Bundesrepublik am 28. November 1969 den Vertrag. Darin verpflichtet sich jeder unterzeichnende Nichtkernwaffenstaat, „Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper weder herzustellen noch sonstwie zu erwerben und keine Unterstützung zur Herstellung von Kernwaffen oder sonstigen Kernsprengkörpern zu suchen oder anzunehmen“. Nachdem der Vertrag zunächst auf 25 Jahre geschlossen war, gilt er seit 1995 für unbestimmte Zeit. Bis heute sind ihm 191 Staaten beigetreten.

Im sogenannten Zwei-Plus-Vier-Vertrag bekräftigten die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1990 „ihren Verzicht auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen. Sie erklären, dass auch das vereinte Deutschland sich an diese Verpflichtungen halten wird. Insbesondere gelten die Rechte und Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen ... für das vereinte Deutschland fort.“

Ein legaler deutscher Besitz von Nuklearwaffen ist also nicht möglich, die Debatte darüber somit überflüssig. *Jan Heitmann*



Waren ein wichtiges Element des Abschreckungspotenzials der Nato: US-Mittelstreckenraketen vom Typ „Pershing“ Bild: Frank Trevino/CF

Adenauers Traum von der Atommacht

So sehr Bundeskanzler Konrad Adenauer auch den USA zugeneigt war, so wenig glaubte er Washingtons Zusicherung, jede russische Aggression mit einem nuklearen Gegenschlag zu beantworten. In einer Kabinettsitzung Ende 1956 erklärte er, es sei notwendig, zumindest über eigene taktische Nuklearwaffen zu verfügen. Da die Bundesrepublik in den Pariser Verträgen völkerrechtsverbindlich ihren Verzicht auf Atomwaffen erklärt hatte, musste er im Geheimen vorgehen.

Dabei fand er Unterstützung in Paris, wo man ebenfalls Zweifel an der atomaren Glaubwürdigkeit Washingtons hegte. Bei einem Treffen in Adenauers Privathaus im November 1957 machte der französische Außen-Staatssekretär Maurice Faure ihm das Angebot, gemeinsam mit Frankreich und Italien Nuklearwaffen zu produzieren. Nur eine Woche später unterzeichneten Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß und seine beiden Amtskollegen ein entsprechendes Geheimprotokoll, wobei der deutsche Beitrag als Beteiligung an einem „europäischen Institut für Flugkörper“ verschleiert wurde. Im April 1958 unterzeichneten die drei Außenminister das Abkommen über das trinationale Rüstungsprogramm. Aus diesem wurde allerdings nichts mehr. Denn nachdem Charles de Gaulle wenige Wochen später in Paris die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, machte er der Sache sofort ein Ende. Er wollte Frankreich als unabhängige Großmacht mit einer eigenen atomaren Schlagkraft etablieren.

Geheimvertrag mit Frankreich und Italien

Nachdem ihre Pläne, sich vom US-Atomwaffenpotenzial unabhängig zu machen, gescheitert waren, blieb Adenauer und Strauß lediglich die Washington abgerungene „nukleare Teilhabe“. Diese gab ihnen die Möglichkeit, an der Planung für den Einsatz und an den Konsultationen über die Freigabe von Nuklearwaffen mitzuwirken. Außerdem stellte die Bundeswehr eigene Trägersysteme in Dienst, mit denen sie Nuklearwaffen aus dem Bestand der USA und unter deren Kontrolle hätte einsetzen dürfen. *J.H.*

Konfliktbegrenzender Faktor

Die nukleare Abschreckung hat den Dritten Weltkrieg verhindert

Was ist, wenn die Abschreckung versagt?“ Diese Frage hat Politiker und Militärs beiderseits des Eisernen Vorhangs vier Jahrzehnte lang beschäftigt. Was in diesem Zusammenhang unter Abschreckung zu verstehen war, hatte die Nato in einem Grundsatzdokument definiert: „Abschreckung soll auf den Willen eines potenziellen Aggressors Einfluss nehmen, um ihn in seiner Entscheidung zwischen Krieg und Frieden zum Frieden zu bestimmen.“ Beantwortet wurde die Frage nie, denn die auf das Nuklearwaffenpotenzial der beiden Machtblöcke gestützte Abschrekkung hat den ganzen Kalten Krieg über gewirkt.

Henry Kissinger hat das Wesen des „Gleichgewichts des Schrekkens“ so beschrieben: „Nichts ist schwerer zu begreifen, als die Tatsache, dass im nuklearen Zeitalter sogar die Feindschaft ein vielschichtiges Ding geworden ist. Die Sowjetunion ist ein Gegner, dessen öffentliche Auslassungen unentwegt feindlich sind. Aber das nukleare Zeitalter zwingt uns zu einem gewissen Grade von Zusammenarbeit mit dem Gegner, und es zieht eine Grenze, die bei Konflikten nicht verletzt werden darf.

Erste Bewährungsproben der atomaren Abschreckung bildeten die Berlin-Krise mit ihrer Zuspitzung im Bau der Mauer 1961 und die Kuba-Krise im Jahr darauf. In beiden Fällen übte das Wissen um die Nuklearkapazität des Gegners einen äußerst subtilen, indirekten Einfluss auf die Überlegungen und das Handeln der Kontrahenten und damit auf die Verhinderung einer Eskalation der Krisen aus.

Auch in den folgenden zweieinhalb Jahrzehnten hat sich die stabilisierende, konfliktbegrenzende Funktion der Nuklearwaffen stets aufs Neue bewiesen. Die beiden Militärblöcke haben sich im eigenen Interesse intensiv bemüht, jeder direkten Konfrontation aus dem Wege zu gehen – sei es in Europa oder in anderen Gegenden der Welt. Wo sie dennoch stattfand, taktierten sie mit äußerster Vorsicht und mit dem Ziel einer schnellstmöglichen Konfliktlösung. Direkte Drohungen mit dem Einsatz von Nuklearwaffen haben beide Seiten vermieden. Wenn sie dennoch, wie etwa während des „Prager Frühlings“ 1968, erfolgten, beschränkten sich diese bewusst auf rhetorische Formulierungen.

Wäre es zu einem Krieg zwischen der Nato und dem Warschauer Pakt gekommen, hätte sich dieser in erster Linie auf deutschem Boden abgespielt. Insofern hat Deutschland am meisten von der nuklearen Abschreckung profitiert. *J.H.*

Zeitzeugen



Roderich Kiesewetter – Schon mehrfach ist der Ex-Oberst und CDU-Bundestagsabgeordnete mit forschen Äußerungen zu sicherheitspolitischen Themen aufgefallen. Zur aktuellen Atom-Debatte in Europa sagte er gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters, Europa brauche „einen nuklearen Schutz zur Abschreckung“.

Michael Gahler – Der Sprecher des Verteidigungsausschusses des EU-Parlaments (CDU) hält ein atomares Wettrüsten in Europa für falsch. Zwar sieht auch er „eine reale Bedrohung durch die taktischen Atomwaffen, die die Russen etwa in Königsberg stationiert haben“, doch hält er das atomare Gleichgewicht weiterhin für gewährleistet. Auch wenn Russland und die USA derzeit schwer einzuschätzen seien, solle man „die Debatte nicht anfangen“.



John F. Kennedy – Um während der Berlin-Krise direkt mit dem Einsatz von Atomwaffen zu drohen, war der US-Präsident zu klug. Er sandte vor der UN-Vollversammlung aber ein deutliches Signal an Moskau: „Die Westmächte haben in Ruhe beschlossen, ihren Zugang zu den freien Bürgern West-Berlins und ihre Verpflichtung hinsichtlich der Selbstbestimmung dieser Bürger zu verteidigen – welche Mittel ihnen dabei auch immer aufgezwungen werden.“

Ulrich Kühn – Der Wissenschaftler der Carnegie Stiftung für internationalen Frieden sieht zwar eine konkrete Bedrohung für Europa, dennoch hält er die Diskussion über eine atomare Aufrüstung Europas für „nicht hilfreich“. Noch gäbe es die Nato. Er mahnt die Europäer, „so lange die Nato existiert, nuklear die Füße still zu halten“.



Franz Josef Strauß – Zu gern hätte er als Bundesverteidigungsminister die Bundesrepublik Ende der 50er Jahre als eigenständige Atommacht gesehen. Dass es dann doch nur zur „nuklearen Teilhabe“ und damit zum Verweis in die zweite Reihe der Großmächte reichte, hat er nie verwunden. Noch kurz vor seinem Tod schrieb er dazu: „Da lässt man den kleinen Kasperl mit der Kindertrompete neben der Militärmusik herlaufen und glauben, er sei der Tambourmajor.“

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

»Offensichtlich abgetaucht«

Asylchaos in Brandenburg: Generalstaatsanwalt Rautenberg fordert Aufklärung



Kommunen noch immer völlig überlastet: Asylsucher während der Massenschwemme Ende 2015 in Schönefeld bei Berlin

Bild: ddp images

In einem bundesweit bislang einzigartigen Verfahren versuchen Staatsanwälte in Brandenburg, den Verbleib von tausenden Asylbewerbern aufzuklären, die bei ihrer Ankunft in Deutschland nur mangelhaft erfasst wurden. Die bisherigen Ermittlungen haben alarmierende Resultate ans Licht befördert.

Insgesamt hat Brandenburg im Jahr 2015 rund 47 000 Asylbewerber aufgenommen. Davon sind rund 18 000 Personen auf dem Höhepunkt der Massenzuwanderungskrise nur unzureichend erfasst worden. Vor allem über Ungarn und Österreich sind von September bis Dezember 2015 tausende Menschen in die Mark gelangt, ohne dass sie beim Grenzübertritt in Bayern vollständig identifiziert worden waren. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) hat bislang 1000 dieser Fälle überprüft.

Dabei wurde festgestellt, dass 15 bis 20 Prozent der Asylsucher „überhaupt nicht bekannt, also offensichtlich abgetaucht sind“, so Oberstaatsanwalt Ulrich Scherding gegenüber dem Sender RBB. Rechnet man das Ergebnis auf die gesamte Gruppe der im Herbst 2015 eingereisten Asylsucher hoch, dann könnten allein im Land Brandenburg bis zu 3600 Personen völlig vom Radar der Behörden verschwunden sein. Über deren Verbleib kann bislang nur spekuliert werden. „Wir gehen ... davon aus, dass sich ein verhältnismäßig großer Prozentsatz nicht mehr im Land aufhält“, so die Einschätzung von Brandenburgs Generalstaatsanwalt Erardo Rautenberg.

Rautenberg bemüht sich schon seit längerer Zeit um die Aufklärung der Frage, wer genau im Herbst 2015 nach Brandenburg eingereist ist. Im Zuge der Aufklärungsbemühungen war im Herbst 2016 ein Konflikt mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) so weit eskaliert, dass Rautenberg bei der Behörde dort gelagerte Datensätze sogar beschlagnahmen lassen wollte. Das BAMF verweigerte die Herausgabe der Daten mit der Begründung, es fehle die Verhältnismäßigkeit für eine Rasterfahndung. Das Landgericht Frankfurt (Oder) hat sich dieser Sichtweise angeschlossen.

> Der Kontrollverlust begünstigt Betrug im großen Maßstab

Vor diesem Hintergrund blieb der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) nur übrig, in einem zeitaufwendigen Verfahren die Identität und den Verbleib der Eingereisten ohne die Daten des BAMF zu klären. Als juristische Grundlage dient dabei der Anfangsverdacht einer illegalen Einreise. Scharfe Kritik am Bundesamt für Migration und Flüchtlinge kam in der Vergangenheit auch aus Bayern und Mecklenburg-Vorpommern: Der Behörde wurde unter anderem vorgeworfen, sie habe Passfälschungen nicht erkannt.

Laut Medienberichten ist das Bundesamt aber auch auf tausende Manipulationen an Dokumenten gestoßen. Über längere Zeit soll aber eine Weiterleitung der Erkenntnisse an die Ermittlungsbehörden unterblieben sein. Hinzu kommen gravierende technische Probleme.

Das BAMF behandelt erst seit Herbst 2016 alle Asylbewerber erkennungsdienstlich und gleicht die Fingerabdrücke mit den Sicherheitsbehörden ab. Laut einem Bericht der „Welt“ sollen allerdings mehr als 90 Prozent der kommunalen Ausländerbehörden bislang gar nicht im Besitz von Geräten sein, mit denen sich Fingerabdrücke von Asylbewerbern nehmen und mit dem Ausländerzentralregister des BAMF vergleichen lassen.

Der Kontrollverlust auf kommunaler Ebene hat gravierende Folgen: Bundesweit werden immer wieder Betrugsfälle bekannt, bei denen Asylbewerber mit Mehrfachidentitäten Sozialleistungen erschleichen. Allein in Niedersachsen geht man derzeit von mindestens 300 Fällen von Sozialbetrug und Millionenschäden durch Verwendung verschiedener Identitäten aus.

Angesichts solcher Dimensionen überrascht es, dass die brandenburgischen Landesregierung erklärt hat, ihr lägen keine statistischen Daten zu Sozialbetrug durch Mehrfachidentitäten vor. So lautet zumindest die Antwort, die Thomas Jung, der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag, auf eine parlamentarische Anfrage erhalten hat. Bemerkenswert fiel auch die Antwort auf eine Anfrage zum Umgang Brandenburgs mit tschetschenischen Asylbewerbern aus.

Allein von Januar bis November 2016 sind fast 2300 Personen aus der Russischen Föderation, meist Tschetschenen, nach Brandenburg gekommen. Die Anerkennungsquote als Asylberechtigte liegt bei dieser Gruppe bei weniger als fünf Prozent. Fast alle Tschetschenen reisen zudem über Polen nach Brandenburg ein und müssten nach EU-Recht eigentlich dort einen Asylantrag stellen.

Laut der Antwort der Landesregierung sind im Jahr 2016 allerdings nur 22 Familien mit 99 Personen nach Polen zurückgeschickt worden. Ganz offen erklärt die Landesregierung zudem in ihrer Antwort auf die parlamentarische Anfrage des AfD-Innenpolitikers, dass sie sich – „bei grundsätzlichem Festhalten am Dublin-System“ – gegenüber dem Bund im Fall von Asylbewerbern aus der Russischen Föderation für einen „Selbsteintritt in ein nationales Asylverfahren“ einsetzt. Im Klartext bedeutet dies nichts anderes, als dass entgegen EU-Recht die Asylverfahren für Tschetschenen nicht Polen überlassen, sondern in Deutschland bearbeitet werden sollen. *Norman Hanert*

Rot-Rot-Grün gegen jüdisches Erbe

Von Vera Lengsfeld

Aus Lankwitz hörte man bislang höchstens Stadtrandnachrichten. Deshalb dauerte es zwei Jahre, bis es in Berlin durchdrang, dass ein Park, der vor über 100 Jahren von dem jüdischen Arzt James Fraenkel angelegt worden ist, plattgemacht werden soll. Auf dem Gelände sollen sogenannte MUFs (Mobile Unterkünfte) für 450 Asylsucher entstehen.

Eine Bürgerinitiative wurde aktiv unter dem Motto: „Ja zu Flüchtlingsunterkünften, Nein zum Standort Leonorenpark“. Deshalb bemühte sich die Initiative sehr um Alternativvorschläge. Allerdings zeigte sich der rot-rot-grüne Senat nicht kompromissbereit. Er ist im Gegenteil fest entschlossen, sein Vorhaben durchzuziehen. Dabei gäbe es die Möglichkeit, westlich vom Park zu bauen, unter Einbeziehung eines leerstehenden Bettenhauses, das leicht als Unterkunft hergerichtet werden könnte. Dieser Vorschlag wurde mit Hilfe einer acht Jahre alten Bauanfrage des Vivantes-Klinikums abgeschmettert. Üblicherweise gelten Bauanfragen nur drei Jahre. Außerdem könne man auf der Westhälfte des Geländes keine MUFs bauen, weil es MUFs seien, ließ Bezirksbürgermeisterin Richter-Kotowski wissen, ohne ihren erratischen Spruch zu begründen.

Anfang Januar gab die Stadträtin für Umwelt, Maren Schellenberg (Grüne), die Anweisung, keine Fällgenehmigung für die Parkbäume zu erteilen. CDU, Grüne und Linkspartei hatten in der Stadtverordnetenversammlung eine Beschlussvorlage zum Erhalt des Parks eingebracht. Die SPD ließ den Antrag in den Umweltausschuss überweisen, der sich erst Mitte Februar das erste Mal traf.

Mitten im laufenden Verfahren verkündete schon am 18. Januar Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD), dass alle 230 Bäume gefällt würden. Auf einer öffentlichen Anhörung verteidigte sich Schellenberg damit, dass der Senat das Verfahren an sich gezogen hätte, wenn sie die Fällgenehmigung verweigert hätte. So hätte sie wenigstens einige besonders wertvolle Bäume retten können.

Obwohl die Baugenehmigung noch fehlt, soll das Fällen sofort beginnen. Am Wochenende war der Park bereits mit Bauzäunen abgesperrt und wurde von muslimischen Sicherheitsleuten bewacht. Es sammelten sich am Sonntag immer wieder Menschen vor dem Zaun, die das Vorgehen nicht fassen können. Besonders heftig wurde die Frage erörtert, welche Rolle Kollatz-Ahnen spielt. Er ist als Mitglied des Aufsichtsrats von Vivantes am Verkauf des Geländes an die Stadt beteiligt, als Finanzsenator gleichzeitig der Käufer. Dass er ein parlamentarisches Verfahren missachtet und die Beseitigung der Bäume mit verdächtiger Eile vorantreibt, hat ein Gschmäckle. Es sieht aus, als sollten mit allen Mitteln Tatsachen geschaffen werden.

Triumph für Kopftuch

Entschädigung für muslimische Lehrerin – Streit bei Rot-Rot-Grün

Anfang Februar hat das Berliner Landesarbeitsgericht einer klagenden moslemischen Lehrerin eine Entschädigung in Höhe von zwei Monatsgehältern (8680 Euro) zugestanden. Die Frau weigerte sich, während der Dienstzeit ihr islamisches Kopftuch abzulegen, wozu sie ihr Dienstherr aufgefordert hatte. Nun bekam die Frau Recht.

Islamische Vereine bejubeln die Entscheidung genauso wie die kleinen Koalitionsparteien Linkspartei und Grüne. Desgleichen begrüßen sowohl die evangelische als auch die katholische Kirche das Urteil. Die Partei des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller (SPD) scheint dessen ungeachtet fest entschlossen zu sein, vor das Bundesarbeitsgericht zu ziehen, um das Kopftuchverbot doch noch durchzusetzen.

Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne) jubelt, die Entscheidung des Landgerichts sei „der Anfang vom Ende des Neutralitätsgesetzes“. Es sei „so nicht zu halten“. Die Vize-Landeschefin der Linkspartei, Sandra Brunner, teilt diese Auffassung.

In der Urteilsbegründung heißt es unter anderem, dass ein Kopftuchverbot nur dann mit der Verfassung vereinbar sei, wenn von der Tuch tragenden Lehrerin „eine konkrete Gefährdung für den Schulfrieden“ ausgehe. Das sehen sie im vorliegenden Fall offenbar nicht.

> Bürgermeister will in die nächste Instanz gehen

Linke und Grüne riskieren mit ihrer Zustimmung zu dem Urteil Streit mit dem Partner SPD. Die Berliner Sozialdemokraten hatten sich Ende 2015 in einer Mitgliederbefragung mit klarer Mehrheit für die Beibehaltung des Neutralitätsgesetzes ausgesprochen, SPD-Fraktionschef Raed Saleh (selbst mit orientalischem Immigrationshintergrund) gilt als kompromissloser Kopftuchgegner, und die beiden betroffenen SPD-Senatoren Andreas Geisel (Innen) und Sandra Scheeres (Schule) haben bereits deutlich gemacht, das sie dieses Urteil so nicht hinnehmen werden. So prüft Scheeres nun die Urteilsbegründung.

Die SPD hat im Parlament andere Alternativen zur Regierungsbildung als Rot-Rot-Grün. SPD, CDU und FPD verfügen zusammen über eine Mehrheit und selbst die Berliner AfD-Fraktion würde einer solchen Regierungsbildung sicher nicht im Wege stehen. Deren integrationspolitischer Sprecher Gottfried Curio findet weiteres Abwarten in dieser Angelegenheit „nicht verantwortungsvoll“. Auch die CDU hat den Senat aufgefordert, in Sachen Kopftuchurteil zum Bundesarbeitsgericht zu gehen. *Hans Lody*

Nun doch die »Wippe«?

Haushaltspolitiker vorgeführt: Abrücken von Schlosskolonnaden

Überraschend haben sich die Fraktionsführer von Union und SPD, Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Thomas Oppermann, auf einen neuen Anlauf zum Bau des umstrittenen Einheitsdenkmals in Berlins Mitte geeinigt. Laut Unionsfraktionsvize Michael Kretschmer und CDU-Kulturpolitiker Marco Wanderwitz soll sowohl am Entwurf als auch am Standort in der Nähe des im Bau befindlichen Schlosses festgehalten werden.

Nach einer Kostenexplosion und diversen Querelen galt das vom Bundestag bereits 2007 beschlossene „Freiheits- und Einheitsdenkmal“ eigentlich schon als chancenlos. Erst im April 2016 hatte der Haushaltsausschuss des Bundestages das Projekt einer beweglichen, leicht gewölbten Schale als zu teuer und zu reparaturanfällig gestoppt. Unter anderem hatten Bauauflagen des Landes und die Umsiedlung einer Fledermauspopulation die Kosten von elf auf knapp 15 Millionen Euro getrieben.

Freigegeben hatte der Ausschuss stattdessen Mittel für eine Rekonstruktion der historischen Schlosskolonnaden auf eben jenem Denkmalsockel, der für das Einheitsdenkmal vorgesehen war. Laut Kretschmer ist diese Rekonstruktion nun aber wieder vom Tisch.

> Eigentlich war das »Einheitsdenkmal« schon abgehakt

Berlins Stadtentwicklungssenatorin Kathrin Lompscher (Linkspartei) kann das als Erfolg verbuchen. Lompscher hatte die Kolonnaden abgelehnt. Abzuwarten bleibt, ob auch der Haushaltsausschuss des Bundestages die jüngste Wende rund um das Einheitsdenkmal mitmacht und das nötige Geld freigibt.

Skepsis ist inzwischen auch bei einem weiteren Projekt in Berlins Mitte angebracht, für das der Haushaltsauschuss 2016 grünes Licht gegeben hat. Im November haben die Haushälter 62 Millionen Euro für den Wiederaufbau von Schinkels Bauakademie bewilligt. Wie sich auf einem von Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) veranstalteten „Statusforum“ abgezeichnet hat, soll nun allerdings erst einmal eine gründliche Debatte über mögliche Nutzungen des Gebäudes in Gang kommen.

Am Ende der Diskussion soll offenbar ein Architektenwettbewerb klären, wie sich die gefundenen Nutzungswünsche baulich umsetzen lassen. Dass der Schinkelbau, der als Meilenstein der Architekturgeschichte gilt, mit diesem Vorgehen tatsächlich zügig aufgebaut werden kann, erscheint damit wieder fraglich. *N.H.*

MELDUNGEN

Lebenslänglich für Dschihadisten

Stockholm – In Schweden wurde jetzt erstmals ein Asylbewerber zu lebenslanger Haft verurteilt, der als Dschihadist in Syrien gekämpft hatte. Haisam Sakhanh war nach Überzeugung des Gerichts Mitglied einer islamistischen Gruppe, die im Mai 2012 an der Tötung von sieben Männern im Nordwesten Syriens beteiligt war. Anfang 2013 hatte er in Schweden einen Asylantrag gestellt, dem stattgegeben wurde. Auf einem Video, das von der „New York Times" 2013 ins Internet gestellt worden war, ist zu sehen, wie Sakhanh einen syrischen Soldaten hinrichtet. Den Umständen nach handelt es sich bei Sakhanh um einen schwedischen Fall Amri, nur mit dem Unterschied, dass er seinen „Dschihad" in einem islamischen Land gegen andersgläubige Muslime und nicht in seinem Asylland durchgeführt hat. *B.B.*

Sondersteuer für Spielhallen

Rom – Um den maroden Staatshaushalt zu sanieren, will Italiens Ministerpräsident Paolo Gentiloni die rund 96000 Spielhallen im Lande zusätzlich besteuern. Die Regierung rechnet durch die Sondersteuer mit Steuermehreinnahmen in Höhe von rund 1,5 Milliarden Euro jährlich. Schon jetzt beschert das Glücksspiel dem italienischen Staat jährlich Einnahmen in Höhe von rund neun Milliarden Euro. Im vergangenen Jahr machte der italienische Glücksspielsektor mit 96 Milliarden Euro rund acht Prozent mehr Umsatz als 2015. Schätzungen zufolge ist die Anzahl der Spieler an Spielautomaten in Italien auf 30 Millionen gestiegen. Von dem von der Vorgängerregierung im September angekündigten Programm zur Bekämpfung der Glückspielsucht will Gentiloni angesichts der zu erwartenden Sondereinnahmen nichts mehr wissen. *J.H.*

Vom Außenseiter zum Favoriten

Warum Emmanuel Macron Frankreichs nächster Präsident werden könnte

Der Kandidat der Partei des Amtsinhabers François Hollande für die französischen Präsidentschaftswahlen im kommenden Frühjahr gilt selbst unter seinen sozialistischen Parteifreunden als links und dürfte kaum eine Mehrheit der Franzosen hinter sich vereinen können. Der Kandidat der Partei „Les Républicains" (Die Republikaner, LR), galt als Favorit – bis sich die Vorwürfe der Vetternwirtschaft verdichteten. Es bleibt Emmanuel Macron, obwohl er keine etablierte Partei hinter sich weiß.

Selten ist ein Kandidat zu den Präsidentschaftswahlen in Frankreich so tief gestürzt wie der konservative Hoffnungsträger François Fillon. Alles schien angerichtet für einen Einzug des LR-Kandidaten in den Elysée-Palast zu sein. Doch nun steht seine Kampagne vor dem Aus, bevor sie richtig begonnen hat. Ob er am 23. April auf dem Wahlzettel stehen wird, ist offen.

Fillons Sprecher ist unter Beschuss geraten. Er habe es versäumt, einen Teil seiner Abgaben für den Zeitraum 2010 bis 2013 zu begleichen, meldet die Wochenzeitung „Canard enchaîné". Die Staatsanwaltschaft im Pariser Vorort Nanterre habe Untersuchungen eingeleitet.

Zuvor war bereits Fillon selber unter Druck geraten. Die Justiz prüft den Vorwurf, er habe seine Frau nur zum Schein beschäftigt. Auch an seinen Sohn sollen Gelder geflossen sein.

Nachdem Fillon in den Meinungsumfragen in den Keller gerutscht ist, hat nun wieder Marine Le Pen, Vorsitzende des (FN) National, beste Chancen, die erste Runde am 23. April zu gewinnen. In der Stichwahl zwei Wochen später gilt sie dagegen nur als Außenseiterin.

Favorit ist plötzlich ein Jung-Star, der nicht einmal eine etablierte Partei hinter sich weiß. Vor nicht mal einem Jahr entstand „En marche" (Vorwärts), und jetzt wird deren Frontmann Emmanuel Macron bereits als ernstzunehmender Anwärter auf das höchste Staatsamt bejubelt. In allen Umfragen liegt der 39-Jährige inzwischen auf Platz zwei hinter Marine Le Pen, wenn es um das Ergebnis des ersten Wahlgangs geht. Für den zweiten Wahlgang sagen ihm die Meinungsforschungsinstitute einen deutlichen Sieg voraus. Im August 2016 hatte Macron die Sozialistische Partei verlassen und tritt nun ohne Unterstützung einer etablierten Partei an. Unter Staatspräsident François Hollande war er kurzzeitig Minister, überwarf sich aber mit diesem. Nachdem der Amtsinhaber auf eine erneute Kandidatur verzichtet hatte, ging bei den internen Vorwahlen der Sozialisten Benoit Hamon als Sieger hervor. Der kurzzeitige Minister für Bildung, Hochschulen und Forschung im Kabinett von Manuel Valls setzte sich jetzt überraschend gegen Valls durch. Er gehört zum linken Flügel der Partei und will die geschwächte Linke wiederbeleben. Seine Forderungen gelten aber in weiten Kreisen als absurd und nicht finanzierbar. So fordert er beispielsweise ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle und eine 32-Stunden-Woche. Ihm werden keine realistischen Chancen eingeräumt, in die Stichwahl einzuziehen. Zu blass, zu bieder, zu radikal kommt er rüber.

> Sollte Marine Le Pen (FN) beide Wahlgänge gewinnen, wäre das eine Überraschung

Macron hingegen ist für die Medien ein Dauerthema. Im Wahlkampf präsentiert er sich gerne an der Seite der 24 Jahre älteren Ehefrau Brigitte, die seine Französischlehrerin war. Ein von der Klatschpresse unterstelltes homosexuelles Verhältnis zu einem prominenten TV-Journalisten ließ er unkommentiert. Seiner Popularität tut dies aber keinen Abbruch. Mehr als 150000 Freiwillige engagieren sich für seine Wahlkampagne. Französische Medien sehen in ihm bereits einen Nachfolger von Tony Blair und Matteo Renzi, die jeweils eine Zeitlang als Hoffnungsträger der europäischen Sozialdemokratie galten.

Die hohen Beliebtheitswerte des bekennenden EU-Befürworters sind umso bemerkenswerter, als nirgendwo sonst in der Europäischen Union der Frust über deren Machtelite so ausgeprägt ist wie in Frankreich. Das Land sieht sich als Opfer des „Brüsseler Spardiktats" und schimpft auf die vor allem von Deutschland geforderten Stabilitätskriterien. Marine Le Pen, die kürzlich in Koblenz gemeinsam mit der AfD-Vorsitzenden Frauke Petry auftrat, will ihr Land aus der Euro-Zone herausführen und stellt auch die Mitgliedschaft in der EU in Frage. Macron hält dagegen. „Wir müssen die Drohung ernst nehmen, denn überall in Europa schreiten die Parteien der Lüge und des Nationalismus voran", sagte er dem „Handelsblatt". Doch Macron gibt sich siegessicher: „Marine Le Pen gewinnt diese Wahl nicht, Frankreich scheidet nicht aus dem Euro aus, weil die Franzosen das nicht wollen."

Ein Sieg Le Pens wäre wohl der Anfang vom Ende der Währungsunion. „Die einzige Struktur, die bleiben könnte, ist die alte (D-)Mark-Region: Österreich, Niederlande, Deutschland", sagte sie unlängst der französischen Zeitung „Le Monde". Bisher gilt es aber als unwahrscheinlich, dass Le Pen im zweiten Wahlgang eine wirkliche Chancen habe könnte. Auf maximal 35 Prozent schätzen die Demoskopen ihr Potenzial, eine Überraschung wird aber nicht ausgeschlossen. Denn seit rund zwei Wochen gibt es in Pariser Vororten gewalttätige Proteste gegen Polizeigewalt. Auslöser ist die angebliche Misshandlung eines jungen Schwarzen durch Polizisten. Das Verhältnis zwischen vielen Immigranten in den Vorstädten und der Polizei ist seit Jahren spannungsgeladen. 2005 kam es in ganz Frankreich zu wochenlangen heftigen Ausschreitungen, als zwei Jugendliche auf der Flucht vor der Polizei zu Tode kamen. Während die großen Medien das Thema Polizeigewalt auf die Agenda brachten, stellte sich lediglich der Front National hinter die Ordnungshüter. „Wir müssen jetzt absolute Härte zeigen. Wir können nicht zulassen, dass die Asozialen Bushaltestellen oder Autos anzünden", kommentierte FN-Generalsekretär Nicolas Bay die Lage im französischen Fernsehen. „Das sind rechtlose Viertel, in denen Frankreich nichts mehr zählt." *Peter Entinger*



Könnte von der Radikalität seines sozialistischen und der Affäre um seinen konservativen Rivalen profitieren: Emmanuel Macron, der keiner der etablierten Parteien angehört Bild: action press

Wechselt Putin die Seite?

Donald Trump sucht den Schulterschluss mit Russland gegen China

Auf der Webseite des „Zentralen Militärrates Chinas" steht zu lesen, dass die Gefahr eines Kriegs in der Region um das Südchinesische Meer gestiegen sei. Zehn Tage nach der Vereidigung Donald Trumps zum 45. Präsidenten der USA heißt es dort: „Ein Krieg während der Amtszeit des US-Präsidenten oder ein Krieg, der in dieser Nacht beginnt – das sind nicht einfach Vermutungen, das wird praktisch Realität."

Das sind harte Worte, in der Tat, die von fein ziselierter chinesischer Diplomatenkunst nicht viel spüren lassen. Doch dazu hat die US-amerikanische Seite auch einen Teil beigetragen. Es geht dabei wie schon seit Längerem um jene umstrittenen Riffe im Südchinesischen Meer, die zu Inseln mit Militärbasen ausgebaut werden, um Pekings Anspruch auf die umliegenden Seegebiete zu zementieren.

Darüber hinaus hat die Regierung Trump für Eskalation in einer Sache gesorgt, die für Peking wichtiger ist als der südwestliche Pazifik. Trump hat nämlich erkennen lassen, dass er die sogenannte Ein-China-Politik, die neben den meisten Ländern der Welt auch die USA seit Jahrzehnten befolgen, in Frage stellt beziehungsweise zu einem politischen Hebel machen will, was sehr leicht als Erpressungsversuch verstanden werden könnte. „Ich weiß nicht", so Trump, „warum wir an eine Ein-China-Politik gebunden sein müssen, es sei denn, wir machen ein Abkommen mit China, bei dem es um andere Dinge geht, wie den Handel."

Von den USA so in ihrem Selbstverständnis getroffen, drehten die Chinesen den Spieß alsbald um. Sie nahmen ein paar von Trumps isolationistischen Äußerungen, die USA sollten sich mehr auf ihre eigenen Belange zurückziehen, zum Anlass, den Generaldirektor der Wirtschaftsabteilung des Pekinger Außenministeriums, Zhang Jun, vorzuschicken und erklären zu lassen, dass Peking angesichts solcher Veränderungen in Washington bereit sei, das „Zepter der globalen Führung" zu übernehmen, wenn dies notwendig werden sollte. Doch so kann das Trump auch nicht gemeint haben, denn auch er wird den Weltmachtanspruch der USA nicht so einfach über Bord werfen. „America first" bedeutet eine Reihenfolge, kein Ausschlussverfahren.

> Der amerikanisch-chinesische Konflikt droht zu eskalieren

In diesem Konflikt stellt sich sofort auch die Frage nach der Rolle Russlands. Der Asienexperte Boris Wolchonski erinnert an eine zurückliegende weltpolitische Konstellation: „Während des Kalten Krieges hatte man in China die Außenpolitik gerne mit dem Verhalten eines weisen Affen verglichen, der auf einem Baum oder Berggipfel sitzt und von dort aus den Kampf zweier Tiger betrachtet."

Geht es nach Donald Trump, so wird Russland diese Rolle des weisen und den Zwistigkeiten der Welt entrückten Affen nicht zufallen. Dies ist jedenfalls die Meinung Wolchonskis. Der Analyst sagt im Hinblick auf den neuen Präsidenten der USA: „Er wird versuchen, Russland zu einer Allianz gegen China zu bewegen." Trumps entgegenkommende Haltung gegenüber Moskau und seine so völlig verschiedenen und nachgerade aggressive Art, sich Peking zu zeigen, scheint diese Annahme zu bestätigen. Doch es könnte sehr leicht geschehen, dass Trump hier scheitert. Der Westen und die USA im Besonderen haben Russland und China so fest zusammengeschmiedet, dass dieses Bündnis so schnell nicht scheitern dürfte. *Florian Stumfall*

Allein gegen die Politmafia

Spontane Protestwelle der jungen Generation in Rumänien

In Rumänien ist nach dem Bildungs- nun auch der Justizminister nach nur wenigen Wochen im Amt zurückgetreten. Beide haben dem Druck der Massen nicht widerstanden, die seit Tagen die Rücknahme eines Notdekrets der neuen sozialdemokratischen Regierung zur Legalisierung bestimmter Fälle von Machtmissbrauch und Korruption verlangten. Am Sonntag vorher waren über eine halbe Million Rumänen auf die Straße gegangen, um ihre Wut gegen die Korruption der politischen Klasse zum Ausdruck zu bringen. Das Dekret wurde aufgehoben, und die Regierung hat wenige Tage später einen Misstrauensantrag überstanden. Viele Rumänen fürchten allerdings, dass das umstrittene Amnestiedekret nur der Auftakt zu einem größeren Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit war. Die Proteste werden deshalb weitergehen.

Die spontane Protestwelle der jungen Generation in Rumänien ist ein Zeichen für die neue Vitalität der Gesellschaft in diesem Land, das zu den am wenigsten entwickelten in der Europäischen Union gehört. Rumänien hatte seit dem Sturz der Ceausescu-Diktatur im Jahre 1989 nicht mehr solche Demonstrationen erlebt. 1989 war Rumänien das einzige Land gewesen, in dem die „Wende" mit Gewalt erfolgte, aber auch das einzige Land, in dem ein Teil der kommunistischen Partei einen anderen stürzte. Seitdem bestimmt der obsiegende Teil der Partei, die sich heute „sozialdemokratisch" nennt, immer noch weitgehend die Schicksale des Landes. Daran ändert die Tatsache, dass seit den Präsidentschaftswahlen 2014 mit dem deutschstämmigen Klaus Johannis ein liberaler Antikommunist Staatsoberhaupt ist, wenig, da dessen Aufgaben vornehmlich im Repräsentieren bestehen.

> Von Präsident Klaus Johannis hatten sich viele mehr erhofft

Der Siebenbürger Sachse an der Spitze Rumäniens ist wie die meisten seiner sächsisch-siebenbürgischen Landsleute ein sehr zurückhaltender und bedächtiger Mann. Mit der lauten, oft aggressiven Jovialität der Bukarester politischen Machtelite verbindet ihn wenig. Dennoch konnte er als Hoffnungsträger gegen die Korruption vor zwei Jahren die Präsidentschaftswahlen mit 55 Prozent der Stimmen gegen den Sozialdemokraten Victor Ponta bei 70 Prozent Wahlbeteiligung gewinnen. Die seit einigen Wochen amtierende Regierung der Sozialdemokraten (PSD) unter Parteichef Liviu Dragnea erhielt bei den Parlamentswahlen hingegen nur 40 Prozent der Stimmen bei weniger als 50 Prozent Wahlbeteiligung.

Alleine kann die Straße nicht gegen die korrupten Politiker gewinnen. Die Korruptionsbekämpfer und Demonstranten erhalten zwar durch Johannis, der mit auf die Straße gegangen ist, Rückendeckung, aber auch von ihm sind nach mittlerweile bereits über zwei Jahren Amtszeit viele Rumänen enttäuscht, sonst wäre die Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen nicht so gering gewesen. Dem 57-Jährigen ist der Wechsel vom Bürgermeisteramt in der siebenbürgischen Hermannstadt, wo er mit absoluten Mehrheiten regierte, in den Bukarester Politikdschungel schwergefallen. Für viele wirkt er in Bukarest noch immer wie ein Fremder.

Es bräuchte jetzt eine Politik, die den Menschen eine Perspektive bietet. Darüber, wie diese aussehen könnte, herrscht in der heterogenen Protestbewegung keine Einigkeit. Dabei steht Rumänien vor schwierigen Herausforderungen und der Grundsatzfrage, ob es sich eher die westlichen oder die östlichen Mitglieder der EU zum Vorbild nehmen sollte. *Bodo Bost*

Übernahme mit üblem Beigeschmack

Der Verkauf Opels an den Peugeot-Citroën-Konzern zeigt auch das Versagen deutscher Wirtschaftspolitik

Die Kanzlerin erfuhr aus den Medien davon: General Motors verkauft seinen deutschen Autobauer Opel an den französischen Peugeot-Citroën-Konzern. Mitten im Bundestagswahlkampf wird damit nicht nur der drohende Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen zum Thema, sondern auch die Naivität hiesiger Politiker.

So etwas nennt man auf Französisch einen Hautgout, einen unangenehmen Beigeschmack: Die Übernahme des Autobauers Opel durch die „Group PSA", den Pariser Peugeot-Citroën-Konzern, zeigt auf, wie ungeschickt Deutschlands Wirtschaftspolitiker in der Vergangenheit agierten. Dazu ein Blick zurück: Als General Motors vor einigen Jahren in eine akute Krise geriet, stellte die US-Regierung im Jahr 2009 unter Barack Obama rund 60 Milliarden Dollar an Steuergeldern bereit, um den Detroiter Konzern vor dem wirtschaftlichen Aus zu bewahren. Für einige Zeit stieg die US-Regierung sogar zum Mehrheitsaktionär bei dem Autobauer auf. Ohne das Eingreifen Washingtons wäre der Fall von General Motors mit hoher Wahrscheinlichkeit als eine der größten Unternehmenspleiten in die Geschichte der USA eingegangen. Peugeot-Citroën steht sogar bis heute unter direktem Einfluss des französischen Staates. Der Autobauer hat vor einigen Jahren Staatsgarantien in Höhe von sieben Milliarden Euro für seinen Ableger PSA-Finance erhalten. Neben dem chinesischen Autohersteller Dongfeng und der Peugeot-Familie ist der französische Staat sogar einer der wichtigsten Eigentümer bei PSA.

Im Kontrast dazu inszenierten sich Politiker wie Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) und Rainer Brüderle (FDP) vor einigen Jahren als ordnungspolitische Gralshüter und lehnte Staatshilfen oder gar einen Einstieg des Staates bei Opel ab. Wirtschaftspolitisch lassen sich für eine solche Haltung gute Gründe anführen. Wenn allerdings wichtige Akteure in Paris und Washington mit Blick auf Staatshilfen nach völlig anderen Spielregeln vorgehen, kann von einem freien Wettbewerb unter marktwirtschaftlichen Bedingungen kaum die Rede sein. Inzwischen sehen sich deutsche Politiker mit der Tatsache konfrontiert, dass es die mit Steuermilliarden aufgepäppelten Konzerne General Motors und Peugeot-Citroën sind, die über die Zukunft des deutschen Autobauers Opel entscheiden.

Sie reagieren, so ist zumindest der Eindruck, mit bloßem Aktionismus: Die neue Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) und die Ministerpräsidenten der Bundesländer mit Opel-Standorten – Rheinland-Pfalz, Hessen und Thüringen – wollen auf eine Standortsicherung für alle deutschen Werke und Beschäftigungsgarantien bis mindestens 2020 dringen. Auch Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) will sich dafür einsetzen, dass die drei Opel-Standorte Rüsselsheim, Kaiserslautern und Eisenach erhalten bleiben. Auch solle der Hauptfirmensitz von Opel in Rüsselsheim bleiben und keinesfalls zu einer Unterabteilung eines französischen Konzerns werden.

Tatsächlich aber sind starke Zweifel hinsichtlich der Einflussmöglichkeiten deutscher Politiker angebracht: Selbst Bundeskanzlerin Merkel muss sich im Fall der Opel-Verhandlungen überrumpelt fühlen. Frankreichs Premierminister Bernard Cazeneuve weilte kurz vor Bekanntwerden des Firmenverkaufs zum Staatsbesuch in Berlin, verlor aber offenbar kein Wort über den aufsehenerregenden Deal. Stattdessen soll die Bundesregierung wenige Stunden nach der Abreise Cazeneuves erst durch Medienberichte von den Verhandlungen über Opel erfahren haben.

Branchenexperten sehen Opels Zukunft skeptisch

Zu denken geben sollten auch die bislang gemachten Erfahrungen in der Zusammenarbeit deutscher und französischer Firmen: Die Machtverschiebung zugunsten Frankreichs beim europäischen Luftfahrtkonzern Airbus sorgt immer wieder für Schlagzeilen. Inzwischen fast vergessen ist die Fusion von Hoechst mit dem französischen Konkurrenten Rhône-Poulenc kurz vor der Jahrtausendwende. Das Zusammengehen hat das ehemals zweitgrößte Chemieunternehmen Deutschlands letztendlich zu einer Zweigstelle eines französischen Pharmariesen degradiert.

Auch viele Branchenexperten sehen die Zukunft von Opel unter dem Dach von Peugeot-Citroën skeptisch: Der Schwerpunkt beider Hersteller ist das renditeschwache und hartumkämpfte Massengeschäft mit Klein- und Mittelklassewagen. Beide Hersteller bedienen zudem auch noch vorrangig dieselbe Marktregion, nämlich Europa. Den Staat als Miteigentümer im Rücken, könnte der Kauf von Opel aus Sicht von PSA dennoch Sinn haben. Mit den Marktanteilen von Opel und der Ähnlichkeit der Modellpalette bietet sich den Franzosen die Möglichkeit, langfristig eigene Werke besser auszulasten. Dazu kommt eine gesteigerte Einkaufsmacht gegenüber Zulieferern. Früher oder später werden dabei allerdings auch Arbeitsplätze auf der Strecke bleiben. Nach Berechnungen des Center Automotive Research (CAR) der Universität Duisburg-Essen müsste PSA zur Sanierung von Opel jährlich Kosten in Höhe einer halben Milliarde Euro einsparen. Dies würde dem Abbau von 6250 Arbeitsplätzen entsprechen. *Norman Hanert*



Pkw mit Peugeot-Löwe: Demnächst rollen die Bosse des Peugeot-Citroën-Konzerns bei Opel vor Bild: Reuters

MELDUNGEN

China Partner Nummer 1

Berlin – China war 2016 erstmals Deutschlands wichtigster Handelspartner. Laut Angaben des Deutschen Industrie- und Handelskammertages löste es damit die USA ab, welche erst im Jahr zuvor Frankreich nach dessen 60-jähriger Dominanz von dieser Position verdrängt hatten. Die USA landeten vor allem wegen mangelnder deutscher Nachfrage nach US-Produkten nur noch auf dem dritten Platz. Sie blieben aber selbst angesichts der um fünf Prozent gesunkenen Importe aus Deutschland – ob ihrer schwächelnden Wirtschaft mangelte es den US-Amerikanern spürbar an Kaufkraft – weiterhin Hauptabnehmer der deutschen Wirtschaft im Ausland. *T.W.W.*

Transparenz bei Gehältern

Berlin – Arbeitgeber mit mehr als 200 Beschäftigten müssen zukünftig ihren Angestellten mitteilen, nach welchen Kriterien sie wie bezahlt werden. Zudem sind Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten verpflichtet, regelmäßig ihre Entgeltstrukturen auf die Einhaltung der Lohngleichheit von Männern und Frauen zu überprüfen und darüber Berichte vorzulegen, die frei einsehbar sind. Die Bundesregierung will so für mehr Transparenz und Lohngerechtigkeit sorgen. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.032.261.531.006 €
Vorwoche: 2.032.220.139.946 €

Verschuldung pro Kopf:
24.731 €
Vorwoche: 24.730 €

(Dienstag, 21. Februar 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Deutschland rutscht ab

PwC legt Prognose für die Weltwirtschaftsentwicklung bis 2050 vor

In ihrer Studie „Die Welt im Jahr 2050: Wie die Weltwirtschaft in den nächsten 30 Jahren sich ändern wird", projiziert die Wirtschaftsberatungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) die derzeitigen Wirtschaftsentwicklungen in die Zukunft und kommt zu nicht nur für Deutschland zur Sorge Anlass gebenden Ergebnissen. So werde im Jahr 2050 Deutschland nur noch die neuntgrößte Wirtschaftsmacht der Erde sein. Die USA verlören ihren bisherigen zweiten Platz an Indien und fielen auf den dritten Platz zurück. Die Spitzenposition werde weiterhin China einnehmen. Der Schwerpunkt der Weltwirtschaft werde sich weiter von den alten wirtschaftlichen Schwergewichten in Richtung Schwellenländer in Asien und anderswo verschieben. Die Emerging-7-Staaten, die sieben wirtschaftlich aufstrebenden Schwellenländer China, Indien, Brasilien, Indonesien, Mexiko, Russland und Türkei, würden 2050 fast die Hälfte der weltweiten Wertschöpfung erzeugen, während der Anteil der G7-Staaten USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und Japan auf 20 Prozent falle.

Das jährliche Wachstum der Weltwirtschaft werde sich bis 2050 voraussichtlich bei etwa 2,5 Prozent eingependelt haben. Das der E7-Staaten werde durchschnittlich rund 3,5 Prozent und das der G7-Ländern nur noch etwa 1,6 Prozent betragen. Die höchsten Wachstumsraten mit über fünf Prozent würden dann von Schwellen- und Entwicklungsländern wie Indien, Bangladesch und Vietnam erreicht. Das höchste Wirtschaftswachstum aller europäischen Staaten werde die Türkei mit drei Prozent und das höchste der heutigen EU-Staaten Polen mit 2,5 Prozent erreichen.

Bundesrepublik nur noch neuntgrößte Wirtschaftsmacht

Großbritannien werde ebenfalls 2,5 Prozent Wirtschaftswachstum pro Jahr erreichen und seinen Brexit so gut verkraftet haben, dass es weitaus besser dasteht als Deutschland, das mit einem Wirtschaftswachstum von etwa einem Prozent nur noch vor Italien stehen werde, welches das Schlusslicht der 32 untersuchten Staaten bilden werde. Während die beiden asiatischen Tiger Philippinen und Vietnam mit zehn gewonnenen Plätzen den größten Sprung nach vorne machten, werden Spanien und Italien mit zehn verlorenen Plätzen als die größten Verlierer eingeschätzt.

Aber was sind die Ursachen für diese erwarteten Auf- und Abstiege? „Das Wachstum in vielen Schwellenländern wird durch die relative Populationsdynamik unterstützt werden", stellt PwC fest. Wenn die Populationsdynamik noch durch Investitionen in Bildung und verbesserte makroökonomische Fundamentaldaten begleitet werde und so genügend Arbeitsplätze für junge Menschen in diesen Ländern geschaffen würden, sei dies der Idealfall, stellt PwC fest.

In den etablierten Volkswirtschaften werde das globale Wachstum unter der Alterung der Bevölkerung leiden. Auch in China werde die Zahl der Menschen im Erwerbsalter sinken. Von daher werde auch Chinas Platz an der Spitze der Weltwirtschaft langfristig gefährdet sein. Um sich auf die Entwicklung vorzubereiten, sollten die jetzt führenden Volkswirtschaften antizipatorische Maßnahmen ergreifen, indem sie beispielsweise das Renteneintrittsalter der Alterung der Bevölkerung und der Weltwirtschaftsentwicklung anpassen. Die Prognose gilt jedoch nur für den Fall, dass keine großen Kriege oder sonstigen Katstrophen die Weltwirtschaft nachhaltig hemmen. *Bodo Bost*

Luftkampf der Billigflieger

Ryanair und Co. buhlen um völlig neue Kundenkreise

Für 69 Euro nach New York? Das sei unmöglich, glaubten Marketing-Fachleute der Lufthansa noch vor zwei Jahren. Der norwegische Anbieter Norwegian Air Shuttle will nun den Gegenbeweis antreten. Bereits im Mai soll eine Langstreckenversion der zweimotorigen Boeing „737 Max 8" nonstop von den britischen Inseln die US-Ostküstenflughäfen Providence im Bundesstaat Rhode Island, nahe Boston, und Newburgh im Bundesstaat New York, rund 60 Meilen nördlich von New York City, ansteuern. Gegenüber dem Internetportal „Tagesschau.de" erklärte Unternehmenssprecher Anders Lindström, „dass anschließend geprüft wird, ob wir weitere Ziele ansteuern." Die Norweger verfolgen eine ähnliche Strategie wie der Branchenführer Ryanair. Bevorzugt werden Flughäfen ausgewählt, die nicht in unmittelbarer Nähe von Ballungszentren liegen. In Deutschland findet sich der Hauptzielflughafen im Niemandsland des Hunsrücks, rund 100 Kilometer von Frankfurt am Main entfernt. In London steuert der irische Anbieter einen Landflughafen an, der eine gute Autostunde von der Hauptstadt entfernt liegt.

Aber die Billig-Anbieter wollen nicht länger nur vor den Toren der Städte agieren. In Frankfurt – dem deutschen Flughafen mit dem niedrigsten Billiganteil von knapp vier Prozent – geht Ryanair ab März mit zwei Maschinen an den Start und versetzt allein damit den Branchenführer Lufthansa in helle Aufregung. Der kontert nun mit seiner Billig-Linie Eurowings und will das Angebot stark ausbauen, um mit Ryanair konkurrieren zu können. Möglich wurde deren Coup, weil der Flughafenbetreiber Fraport die Gebühren senkte. Bislang galten die dem Billiganbieter als zu hoch. Derart angelockt vom dicken Geschäft, geht Ryanair aufs Ganze. Die Iren steigern die Zahl ihrer Strecken aus Deutschland von 190 auf 245. Zusätzliche Flüge gibt es bei ihnen vor allem ab Berlin, Nürnberg und Hamburg.

Der Branchenführer Lufthansa ist in heller Aufregung

Von Frankfurt aus will unterdessen nach Ryanair gleich der nächste Billigflieger durchstarten. Die ungarische Fluggesellschaft Wizz Air kündigte in der vergangenen Woche eine Verbindung nach Sofia ab Mai und eine nach Budapest ab dem 15. Dezember an. Der Wizz-Einstieg sei ein „starkes Signal für Low-Cost-Verkehre in Frankfurt", sagte Fraport-Vetriebsmanager Winfried Hartmann. „Da werden wir noch deutlich mehr sehen."

Die Hintergründe für diese Expansion liegen auf der Hand: Die klassischen Mittelmeer-Destinationen sind ausgereizt. Nun setzt man vermehrt auf Geschäftskunden, die eher Wert auf Service und Stadt-Nähe legen. Angesichts der Tatsache, dass viele Firmen bemüht sind, Reisekosten zu deckeln, wittern Ryanair und Co. dort eine zusätzliche Einnahmequelle. Der Sprung nach Übersee birgt aber auch Risiken. Denn bei langen Flügen kommt das Kostenmodell der Billigflieger ins Wackeln. So müssen Besatzungen übernachten. Die Flugzeuge sind meist nicht für Langstreckenflüge ausgelegt. Zudem ist das Kerosin, die Hauptkostenquelle für alle Anbieter gleich. Auf der Langstrecke fehlen den Billigfliegern viele klassische Kostenvorteile oder sie fallen zumindest deutlich geringer aus, erklärt der Luftfahrtexperte Stephan Nagel von der Hamburger Beratungsgesellschaft Prologis-Strategy. Er prophezeit „einen brutalen Verdrängungskampf." *Peter Entinger*

Feiglinge

Von Angelika Barbe

Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher.“ (Bertolt Brecht)

Wie in dieser Zeitung berichtet, haben der katholische Kardinal Marx und der evangelische Bischof Bedford-Strohm beim Besuch des Jerusalemer Tempelbergs ihre Amtskreuze abgelegt. Das sei auf Bitten der jüdischen und arabisch-muslimischen Gastgeber geschehen, machten sie der Öffentlichkeit weis. Tatsächlich wurde von israelischer Seite kein solches Ansinnen gestellt. Wir wurden von christlichen Amtsträgern belogen. Warum eigentlich? Sollte vertuscht werden, dass einzig Muslime sie zum Ablegen der Kreuze vor dem Besuch der Al-Aksa-Moschee aufgefordert haben, nicht jedoch Israel? Ist der Islam doch nicht so tolerant, wie sie uns einzureden versuchen?

Was bedeutet diesen Kirchenfürsten, die vom deutschen Staat fürstlich entlohnt werden, das Kreuz – das Symbol des Leids Jesu? In der DDR hielten viele zu ihrem christlichen Glauben, obwohl das mit Ausgrenzung und Verfolgung bestraft wurde. Sie aber – geschützt vom deutschen Rechtstaat – unterwerfen sich feige mit einer Lüge dem radikalen Islam und damit dem Unrecht, Christen, Juden und alle in ihren Augen Ungläubigen zu verachten, zu diffamieren und – wo sie können – zu verfolgen und zu töten.

Kardinal Lehmann ruft allen Ernstes Gläubige auf, bloß nicht die AfD zu wählen, weil die Partei „gefährlich“ sei „wie einst die NSDAP“ und für ihn als Christen nicht wählbar. Womit begründet er diese Behauptung? Dabei hätte er allen Grund, an das Unrecht der umbenannten SED, die mehr als 250 000 politische Gefangene, mehr als 1000 Grenztote, mehr als 3,5 Millionen Flüchtlinge auf dem Gewissen hat, zu erinnern. Bis jetzt hat kein AfD-Mitglied Verbrechen begangen wie die zur „Linken“ mutierte SED. Deren Mitglieder werden heute von den Mainstream-Parteien hofiert, vom zwangsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Talkshows eingeladen und dürfen sich gar als „Friedenstauben“ tarnen.

Die SED-Rechtsnachfolger gaben vor dem Berliner Landgericht selbst zu, „identisch mit der SED und mit der PDS und mit der Linken zu sein“. Was also hindert Kardinal Lehmann daran, an die Opfer der SED-Diktatur zu erinnern? Bis heute weigern sich die Schuldigen, Verantwortung zu übernehmen, Buße zu tun und Entschädigungen für die SED-Opfer aus ihrem Parteivermögen zu zahlen. Warum bedient sich der Kardinal eines Hass-Kommentars und damit einer Lüge gegen eine neu gegründete Partei, die sich gleichermaßen für die Opfer der kommunistischen SED-Diktatur und des islamischen Faschismus einsetzt? Warum stellt sich der Kardinal nicht auf die Seite der mit einer Todesfatwa belegten Christin Sabatina James oder des Moslems Hamed Abdel-Samad?

„Es fehlt der Mut zur Intoleranz gegenüber jenen, die unsere Demokratie umbringen wollen“ (Carlo Schmid)

Solange hohe Kirchenvertreter zum Unrecht der Christen- und Judenverfolgung durch den radikalen Islam schweigen, die Opfer verraten und sich ängstlich vor den intoleranten Ideologien des Kommunismus und des Islam ducken, sind sie Heuchler, die als kirchliche Repräsentanten versagt haben. Tatsächlich sind sie das „Pack“, das unser Vizekanzler in Mitteldeutschland ausgemacht haben will.

Was das ZDF über Putin lehrt

Von Bodo Bost

Russlands Präsident Wladimir Putin soll Deutschlands offene Grenzen genutzt haben, um massenhaft tschetschenische Spione nach Europa zu schleusen. Das hat zumindest der hochdekorierte Enthüllungsjournalist Egmont Koch im 43-minütigen ZDF-Film „Putins kalter Krieg. Ein russischer Spion packt aus“ behauptet, der in der Mediathek des Senders im Internet (www.zdf.de/dokumentation/zdfzoom/zdfzoom-putins-kalter-krieg-100.html) anzuschauen ist.

Durch Geständnisse eines Überläufers des russischen Geheimdienstes FSB wurde bekannt, dass unter der steigenden Zahl tschetschenischer Asylsucher in Europa, vor allem in Deutschland, viele keine Flüchtlinge sind, sondern sportlich durchtrainierte junge Angehörige des russischen Geheimdienstes tschetschenischer Abstammung. Diese wurden allerdings nicht nur sportlich auf ihre neue Rolle in Deutschland bestens vorbereitet, sondern auch mit erlogenen Verfolgungsgeschichten, die passend vom russischen Geheimdienst mit entsprechenden Dokumenten versehen wurden, sodass ihre Besitzer schnell als asylberechtigt anerkannt wurden. Als Asylberechtigte durften sie wieder zur erneuten Befehlsentgegennahme oder zur Berichterstattung unkontrolliert nach Russland zurück reisen, das Land, das sie angeblich verfolgt.

> »Putins Kalter Krieg. Ein russischer Spion packt aus«

Während der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz Hans-Georg Maaßen offen in der Sendung von „Operationen gegen Deutschland und deutsche Interessen“ sprach, war vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg niemand bereit, zu dem offenbar massenhaften Asylmissbrauch durch tschetschenische Lügenerzähler im Auftrag Putins Stellung zu beziehen. Schon bei der Rekonstruierung des angeblichen Fluchtweges bei der Einzelfallprüfung hätte den offenbar mangelhaft ausgebildeten Entscheidern des Bundesamtes auffallen müssen, dass in Russland niemand, vor allem kein Verfolgter, ohne Kenntnis und Hilfe des Geheimdienstes 3000 bis 4000 Kilometer quer durch Russland reisen und über unbewachte Grenzabschnitte im Baltikum unbemerkt in den Schengen-Raum gelangen kann. Solche als Immigranten getarnte Spione sollten dann in Europa tschetschenische Asylsucher ausspionieren und ihre Erkenntnisse den Diensten des Oberhaupts der russischen Teilrepublik Tschetschenien, Ramsan Kadyrow, melden. Timur Dugasajew, der Vorsitzende eines tschetschenischen Kulturvereins in Kiel, gab in der Sendung zu, dass er seine Landsleute überwacht und seine Informationen an die tschetschenische Führung weitergibt. Auf die Frage, warum der Leistungssportler als Anhänger Kadyrows dennoch Asyl in Deutschland bekommen habe, erklärt er grinsend, weil seine „Geschichte“ gut war.



Soll im Auftrag Putins tschetschenische Spione nach Deutschland eingeschleust haben: Der tschetschenische Präsident Ramsan Kadyrow, hier bei Putins Jahresansprache in Moskau, lässt Landsleute im Ausland überwachen

Bild: Ullstein

Gegenwind



Warum Entwicklungshilfe in Afrika so wenig bringt

Von Florian Stumfall

Wer heute angesichts der beginnenden Völkerwanderung aus Schwarzafrika nach Europa dazu aufruft, die Ursachen für den Migrationswunsch zu bekämpfen, gesteht damit ein, dass ein halbes Jahrhundert der Entwicklungshilfe einen vollständigen Misserfolg darstellt. Viele Milliarden in den verschiedensten Währungen haben nicht verhindern können, dass die meisten Staaten der Subsahara seit ihrer Entlassung aus der kolonialen Abhängigkeit an Wohlstand und Lebenskraft eingebüßt haben. Afrikas größter Ölexporteur, Nigeria, gehörte vor 25 Jahren zu den 50 reichsten Ländern der Welt. Heute zählt es zu den 25 ärmsten. Das hindert die große Mehrheit der in Europa für die Entwicklungspolitik Verantwortlichen nicht daran, dem schlechten Geld gutes nachzuwerfen in der irrigen Annahme, was viel Geld nicht habe erreichen können, müsse mit noch mehr Geld gelingen.

Von einzelnen, sehr wenigen Ausnahmen abgesehen, ist das Gegenteil richtig. Das Geld, das aus Europa nach Afrika gelangt, trägt dazu bei, das Elend zu vergrößern und zu verewigen. Der kenianische Nationalökonom James Shikwati sagt: „Wenn das Steuergeld eines anderen ein Projekt finanziert, verspüren die Menschen an Ort und Stelle keine Verantwortung dafür. Es fehlt dann der Wille zu säen. Deshalb scheitern so viele Entwicklungshilfeprojekte. Wer Afrika helfen will, darf den Afrikanern nicht sagen, wie man an sein Geld kommt.“

Die gegenwärtige Praxis der Entwicklungshilfe treibt die sonderbarsten Blüten. Viele Länder machen es wie die Demokratische Republik Kongo, deren Regierung für Titel wie Bildung oder Gesundheitswesen gar keine Haushaltsposten vorsieht. Die Begründung: Anliegen von solch nebensächlichem Charakter finanzieren ohnehin die Europäer, also kann man eigene Anstrengungen unterlassen. „Die Hilfe untergräbt die Entwicklung eines kompetenten, unbestechlichen und den Interessen der Bevölkerung dienenden Staatsapparates“, so der ugandische Journalist Andrew Mwenda, der für seinen Themenkomplex „Afrikanische Regierungen und ihre Abhängigkeit von Entwicklungsgeldern“ schon wiederholt einsitzen musste.

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Dass europäisches Geld Kranken und Kindern zugutekommt, ist die Ausnahme. Im Allgemeinen versickern die Millionen und Milliarden in düsteren Kanälen. Haben früher die Kolonialmächte Afrika ausgebeutet, so tun das heute die einheimischen korrupten Eliten. Volker Seitz, 17 Jahre lang als Botschafter in verschiedenen afrikanischen Ländern, schreibt in seinem vorzüglichen Buch „Afrika wird armregiert“: „Der Abstand zwischen Superreichen und Bettelarmen wird immer größer ... Selbst wenn Entwicklungsgelder zweckgebunden ausgegeben werden müssen, finden sie auf Umwegen doch den Weg in die falschen Kassen ... Es gibt Staatschefs, die in einer Woche New York für sich und ihre Entourage schon mal das Jahresgehalt unserer Bundeskanzlerin ausgeben. Erheben Medien tatsächlich einmal entsprechende Vorwürfe, meinen sie, sie mit dem Totschlagargument ‚das ist Rassismus‘ entkräften zu können.“

Tatkräftig zum Erhalt eines elenden Afrika, trägt auch die kopfstarke Gilde der Helfer bei. Allein in Deutschland übt sich ein halbes Dutzend staatlicher und halbstaatlicher Einrichtungen darin, rund sechs Milliarden Euro in die Entwicklungsländer zu streuen, wobei die bestens honorierten und per Business Class reisenden Mitarbeiter von der Unübersichtlichkeit und dem Misserfolg ihres Treibens leben.

Was Afrika und die Entwicklungshilfe angeht, ist zumindest eines sicher: Diese mag vielfach von ehrlichem Willen gelenkt sein, kluge Analyse und klare Strategie sind es jedenfalls nicht. Vielmehr webt hier eine überaus seltsame Mischung von schlechtem Gewissen, das eine selbstgefällige Moralität mit ins Spiel bringt, und dem unbekümmerten Erwerbssinn vieler, die an der Entwicklungs-Industrie beteiligt sind: Angefangen bei vielen der Front-Leute bis hin zu den Teilen der Industrie, die sich ziemliche Brocken der staatlichen Investitionen im afrikanischen Ausland wieder zurückholen. Über allem aber schwebt die Überzeugung, dass Afrika nicht so sein darf wie es ist, sondern so werden muss, wie wir sind.

Das führt dazu, dass, was Afrikas Lebensverhältnisse angeht, bereits die Ursachenforschung fehlgeht. Man misst, ebenso egozentrisch wie egalitaristisch, mit europäischen Leisten und nimmt als Parameter ökonomische Daten, wo man als erstes die kulturellen Gegebenheiten bedenken sollte. Die Länder der subsaharanischen Welt sind durchgehend dadurch gekennzeichnet, dass sie bis in die Kolonialzeit des 19. Jahrhunderts hinein in Subsistenzwirtschaften gelebt haben. Wesentliche Einkommenszweige waren Feldbau und Viehzucht, allerdings vorwiegend in regionalem Umfang ohne wesentliche Vorratshaltung oder Handel. Ökonomische Strategien wurden nicht entwickelt, mittel- oder langfristige Planung unterblieb. Der Umstand, dass in einer Vielzahl der Bantu-Sprachen Begriffe für einigermaßen präzise Zeitangaben wie „heute“ oder „morgen“ fehlen, spiegelt die scheinbare ewige Gegenwart eines naturnahen Daseins wider.

Dieses hatte aber seine Schattenseiten: Mangel, Hunger, Seuchen, geringe Lebenserwartung und hohe Kindersterblichkeit als Normalfall. Diese harte Ordnung wurde durch den Einzug der Europäer in Frage gestellt, deren Lebensweise bei den Afrikanern Begehrlichkeiten weckte. So entstand ein Dilemma, das bis heute anhält: Verständlicherweise wollen die Menschen die Vorzüge beider Welten, die der entwickelten mit der Fülle an Gütern, auch völlig unnützen, und gleichzeitig das Fortbestehen der paradiesischen Illusion vom afrikanischen Traum.

> **Der Autor**: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Das ist die eine Seite, die zweite aber ist ein wenig schwieriger. Aus europäischer Sicht nicht zu Unrecht, wird das Scheitern afrikanischer Staaten auch auf schlechte Regierung, Korruption und Nepotismus zurückgeführt. Dabei scheint niemand zu bedenken, dass das, was da scheitert, die Staaten, etwas zutiefst Unafrikanisches ist. Zwar gab es schon vor den Europäern größere schwarze Reiche, Lunda etwa, das Reich der Luba im südlichen Westafrika oder das Reich des Shaka Zulu in Natal. Doch diese Gebilde waren keine Staaten im europäischen Sinne, die Vorstellung von einem Staat als abstraktem Gebilde hat in Afrika nicht bestanden. Die größeren Lebenseinheiten wurden ebenso wie die kleinen paternalistisch geführt. Der Sippenälteste hat eine Allzuständigkeit, sei es in der Familie, dem Clan oder auch einem Herrschaftsgebiet, das ein ganzes Volk umfasst.

Bei der Dekolonialisierung in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts haben die abziehenden Europäer ihre Hinterlassenschaft in Staaten gegliedert, ohne dass die betroffenen Völker davon gewusst hätten, was das ist, und ohne dass die neuen Führer daran gedacht hätten, andere Regeln anzuwenden als diejenigen, die sie aus ihrem paternalistischem System her kannten. Das bedeutet, der Chef hat die Verfügung über die Finanzen – der Westen nennt das Kleptokratie; oder aber: Er ist in seiner Verantwortung, für seine Leute zu sorgen, mit Posten und Zuwendungen – der Westen nennt es Nepotismus. Zwei Systeme also streiten miteinander, und das kann zu keinem Erfolg führen. Wer also Afrika ändern will, muss das Denken der Afrikaner ändern. Fragt sich allerdings, wer das Recht dazu hat. Europäische Politiker jedenfalls nicht.

Florian Stumfall

Rothäute im Dienste des Sozialismus

In der DDR blühte in Literatur und Film das Geschäft mit den Indianern – Für Karl May fand man Ersatz sogar aus dem Westen

Obgleich aus Sachsen stammend, galt Karl May, der am 25. Februar vor 175 Jahren geboren wurde (die *PAZ* berichtete), für die DDR als ein an den Westen verlorener Autor. Dafür tröstete man sich dort mit Indianergeschichten, in denen die vom Imperialismus bedrohten Rothäute zusätzlich einen ideologisch verträglichen roten Anstrich bekamen.

Indianer „zerfallen“ in Irokesen, Dakota, Cheyenne und andere, die alle kein „r“ sprechen können und es durch „l“ ersetzen. Sie verehren ihre „Squaws“, schwingen Tomahawks, rauchen Friedenspfeife und beenden Gespräche mit „Howgh, ich habe gesprochen“. Das und mehr war völkerkundliches Allgemeinwissen bei DDR-Kindern. Details bezog man nicht von Karl May, der im fernen Rumänien reüssierte. Dort startete der 1950 gegründete Jugendbuchverlag seine deutsche Abteilung mit Mays „Schatz im Silbersee“. Das war in der DDR undenkbar, weshalb der „Karl-May-Verlag“ 1959 vor ideologischen Drangsalen vom sächsischen Radebeul ins fränkische Bamberg umzog.



Neben Erich Honecker der bekannteste „DDR-Oberindianer“ (Udo Lindenberg): Gojko Mitic (Mitte), hier als Häuptling bei den Karl-May-Spielen von Bad Segeberg *Bild: pa*

Mitteldeutsche Leser vermissten ihn kaum, sie hatten längst Ersatz. Nicht gerade ein „Magnet“ war 1955 „Mein Freund Chinino“ von Hans Schönrock, der wie May nie in den USA war und seine Indianerstories daheim erdichtete. Kreatives Gegenteil war Erich Wustmann (1907–1994), dessen TV-Serie „Unter Indianern, Lappen und Beduinen“ DDR-Straßen „leer fegte“. Zuvor hatten in den 1950er Jahren Autoren wie Liselotte Welskopf-Henrich (1901–1979) und Anna Jürgen (d. i. Anna Müller-Tannewitz, 1899–1988) Bestseller verfasst, die Präriespannung mit ethnographischen Fakten effektvoll bereicherten, anders als May, der Indianern altgermanische „Blutsbrüderschaft“ unterschob. Ihre Werke wurden in den 1970er Jahren verfilmt, als die SED von ideologischen Kahlschlägen ablenken wollte und so in der DDR und in ganz Osteuropa Kinoerfolge einfuhr.

An dieses Genre und seine gelegentlichen ideologischen Klimmzüge erinnert sich später Roland Garve, Zahnarzt, Stasi-Opfer und nach der Wende Reiseschriftsteller: „Das Besondere an diesen ostdeutschen Filmen war, dass sie immer auf die Indianer fokussierten. Die Guten waren stets die Indianer, die Weißen und die Trapper waren die Bösen. Ich habe die Filme alle im Kino gesehen. Ihr Held war immer derselbe: Gojko Mitic, der aus Serbien stammt. Die Filme waren die sozialistische Antwort auf die Winnetou-Filme, dabei wurden sie alle, West wie Ost, in Jugoslawien gedreht“.

Nämlich im Nationalpark Plitwitzer Seen, der 1979 als eines der ersten Naturwunder UNESCO-Weltnaturerbe wurde. Nach „Juga“ durften junge DDR-Bürger nicht, sie trösteten sich daheim, weiß Garve: „In vielen Indianerbüchern waren Zeichnungen, die wir nachmalten und versuchten, uns genauso anzuziehen. Wir fühlten uns eben als Indianer. In den Ferienlagern gab es fast immer Indianerfeste, wir waren vormittags sozialistische Pioniere, nachmittags Rothäute, ich war immer der Häuptling“.

Garve hat wie die ganze DDR-Jugend alle Indianerfilme gesehen und Indianerbücher gelesen, eine erstaunliche Leistung, da doch etwa Welskopf-Henrichs „Söhne der großen Bärin“ fünf Bände umfasste, jeder über 500 Seiten dick. Sie behandeln das Schicksal der Dakota-Indianer unter dem jungen Häuptling Harka im US-Bürgerkrieg, bei der Präriebesetzung, im Indianerkrieg, beim Eisenbahnbau und bei weiteren Umbrüchen.

Die Autorin hatte ab 1940 Material gesammelt, vor allem im Berliner Museum für Völkerkunde. Von 1951 bis 1967 verfasste und veröffentlichte sie die Romane, die ihr, im Zivilberuf Professorin für alte Geschichte an der Ost-Berliner Humboldt-Universität, zeitlebens kaum jemand zutraute. Zumal in den Romanen historische Ereignisse nur Kulissen sind, vor denen sich spannende Jagd-, Kampf- und Kriegsszenen abspielen, deren Authentizität sie den 1929 erschienenen Memoiren des Häuptlings Buffalo Child verdankte.

Welskopf-Henrichs Bücher wollte zunächst niemand drucken, da laut SED-Doktrin „die Amerikaner doch alle Indianer ausgerottet hätten“. 1951 ebnete ihr der ostpreußische Autor Johannes Bobrowski den Weg zu einem Kleinverlag, wo er Lektor war und der durch die „Bärin“ groß wurde: Sechs Millionen Exemplare in 15 Sprachen, vorwiegend „im Ostblock“.

Das Markenzeichen der Autorin war die moralische Scheidung in edle Indianer und böse-brutale Weiße. Mit „Klassenkampf“ hatte das nichts zu tun: „Ich bin Genossin“, räumte sie ein, stand aber auf Kriegsfuß mit Defa-Regisseuren und hatte beste Fans unter Dissidenten wie Wolf Biermann.

Zu ihrer Rigorosität bildete Anna Jürgen einen korrigierenden Kontrast. Die hatte 1949 mit „Blauvogel – Wahlsohn der Irokesen“ einen Riesenerfolg erschrieben. Mit „acht oder neun hatte man Blauvogel gelesen“, bezeugt Garve, stellvertretend für mehrere DDR-Generationen. Nur für dieses Buch hatte die Rheinländerin Anna Müller-Tannewitz das Pseudonym Anna Jürgen genommen. Damit wollte sie aber nicht ihr „Fremdgehen“ in die DDR tarnen, wo sie 1950 das Preisausschreiben „für neue Jugendliteratur“ des Ministeriums für Volksbildung gewann. Das war damals keine Sünde, wie Daisy Weßel 1987 in ihrer Dokumentation über die USA in mitteldeutscher Belletristik darlegte: In der DDR waren Buchpreise niedriger, Autorenhonorare und Auflagen höher, auch konnte man bei 20 Verlagen für Belletristik leichter „landen“. Das nutzte Anna Jürgen für ihre spannende Geschichte von dem kleinen Georg Ruster, der nach 1755 im „French and Indian War“ von Irokesen entführt wird, sich ihnen aber so gut anpasst, dass ihm am Ende die Welt der Weißen völlig fremd ist.

Was Jürgen besonders überzeugend darstellt: Sind die Indianer anfänglich noch „Pack“ und „rote Hunde“, so lernen Georg (und mit ihm alle Leser) die Irokesen schätzen. Ihr Leben in Großfamilien ist solidarisch, ihre Gastfreundschaft enorm, Kindererziehung kommt ohne Prügeln aus, die Geschlechter sind gleichberechtigt. Und die Kinderwelt spiegelt alles wider, weswegen Georg nach manchen Leiden als neues Familienmitglied „Blauvogel“ heimisch wird. Der freut sich zuletzt über erfolgreiche Rachefeldzüge seines von Weißen gepeinigten Stammes.

Wolf Oschlies

Ein Freund Mahlers

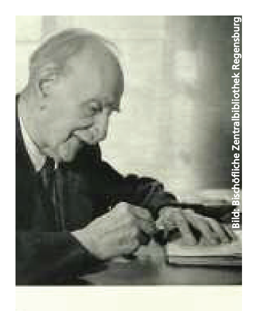
Regensburg stellt den Komponisten Josef Bohuslav Foerster vor

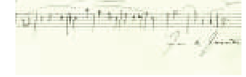
Dem „Leben und Werk des Komponisten Josef Bohuslav Foerster“ widmet sich bis 16. März eine Ausstellung in der Bischöflichen Zentralbibliothek Regensburg mit 16 Texttafeln und in Vitrinen zu sehenden Dokumenten. Doch wer war dieser heute weitgehend unbekannte Josef Bohuslav Foerster?

Der am 30. Dezember 1859 in Prag Geborene stammt aus einer traditionsreichen Musiker- und Kantorenfamilie. Nach einer Ausbildung an der Prager Orgelschule war er bis 1888 Organist an der St. Adalbert-Kirche in Prag. Von 1889 bis 1894 leitete er den Chor an der Kirche Maria Schnee. 1888 heiratete er die Sopranistin Berta Lautererová. Diese erhielt im Herbst 1893 ein Engagement an der Oper des Stadttheaters Hamburg, sodass Foerster seiner Gattin folgte und in Hamburg als privater Musiklehrer und Musikkritiker wirkte.

Eine enge Freundschaft entwickelte sich mit Gustav Mahler, der von März 1891 bis April 1897 Kapellmeister am Hamburger Stadttheater war. 1901 wurde Foerster Professor für Klavierspiel am Hamburger Konservatorium. Zwei Jahre später folgte er seiner Frau nach Wien, da diese von Mahler an die Wiener Hofoper verpflichtet worden war. Auch in Wien arbeitete Foerster als Privatlehrer und Korrespondent von Prager Zeitungen, zudem schrieb er für tschechische Musikzeitschriften. In dieser Zeit erlangte er hohe Anerkennung als Komponist, sodass er 1909 als erster tschechischer Komponist einen Urhebervertrag mit der Universal-Edition in Wien abschloss.

Nach der Gründung der Tschechoslowakei kehrte Foerster in seine Heimat zurück. Ab 1919 lehrte er am Prager Konservatorium, wo er von 1922 bis 1936 auch eine Meisterklasse für Kom-





Tonsetzer Foerster mit Handschrift einer Komposition *Bild: Bischöfliche Zentralbibliothek Regensburg*

ponisten leitete. Ferner wirkte er als Lektor für Musiktheorie an der Philosophischen Fakultät der Karls-Universität und war von 1931 bis 1939 Präsident der Tschechischen Akademie der Wissenschaften und Künste. Er starb als anerkannte und geschätzte Persönlichkeit am 29. Mai 1951 im mittelböhmischen Ort Vestec bei Altbunzlau [Stará Boleslav].

Foerster gehört zu den produktivsten und vielseitigsten tschechischen Komponisten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Sein tief im katholischen Glauben verwurzeltes Schaffen vermittelt zwischen der älteren Generation der tschechischen Musik (Smetana, Dvorák, Fibich) und den vielfältigen Strömungen des 20. Jahrhunderts. Stilistisch hat Foerster seine Basis in der Spätromantik, er ist aber vorwiegend lyrisch geprägt und greift Impulse etwa von Tschaikowsky, Grieg und Mahler oder Vertretern der französischen Musik (Fauré, Debussy) auf.

Foerster komponierte in fast allen Gattungen und Besetzungen, darunter sechs Opern, fünf Sinfonien, diverse Konzerte, sinfonische Dichtungen und Orchestersuiten, Kammermusik, Kantaten, Chorwerke und Lieder. In der Zeit in Hamburg und in Wien vertonte er vor allem deutsche Texte.

Neben der Musik sei auch auf Foersters journalistisches und literarisches Werk verwiesen. Zudem widmete er sich der Malerei. *Markus Bauer*

Die Ausstellung ist bis 16. März montags bis mittwochs von 9 bis 12 Uhr und von 13 bis 17 Uhr sowie donnerstags von 9 bis 18 Uhr im Foyer der Bischöflichen Zentralbibliothek (St.-Peters-Weg 11–13, 93047 Regensburg) zu besichtigen.

Tasche voller Deng

Zum 100. Geburtstag von Anthony Burgess

Es galt für Autoren als Auszeichnung, wenn Englands Meisterregisseur Stanley Kubrick einen ihrer Romane verfilmte. Aus Nabakovs „Lolita“, Arthur C. Clarkes „2002: Odyssee im Weltraum“, Stephen Kings „Shining“ oder Arthur Schnitzlers „Traumnovelle“ – als „Eyes Wide Shut“ – schuf er cineastische Meilensteine. Anthony Burgess hingegen empfand es als Belastung, dass Kubrick 1971 seinen Roman „A Clockwork Orange“ in die Kinos brachte.

Burgess, der im Laufe seines Lebens über 50 Bücher veröffentlichte, fühlte sich seitdem reduziert als „Autor von ‚Uhrwerk Orange‘ (so der deutsche Titel)“, das er für eines seiner schwächeren Werke hielt und dessen Verfilmung er – anders als das Publikum – für missraten hielt. Hätte Kubrick einen seiner Romane der Malayischen Trilogie, einen der vier „Enderby“-Romane oder sein Mammutwerk „Der Fürst der Phantome“ („Earthly Powers“) verfilmt, dann würden diese Werke heute Bestseller sein.

»Uhrwerk Orange« war sein Bestseller

So aber wurde es „Uhrwerk Orange“, das man als Pendant zu Orwells „1984“ verstehen kann. Burgess thematisiert darin eine von gewalttätigen Jugendgangs geprägte utopische Welt, in welcher der autoritäre Staat die im Roman „Droogs“ genannten Banden mit Gehirnwäsche umerziehen will. Ähnlich wie Orwell bediente sich Burgess eines „Neusprechs“, der bei ihm „Nadsat“ heißt. Der Jugendslang klingt auf Deutsch dann so: „Die Taschen hatten wir voll Deng, und insofern wäre es nicht nötig gewesen, dass wir noch losgingen und irgendeinen starrigen Fecken in der dunklen Stadt tollschockten, bis er in seinen Blut schwamm …“

Die im Roman geschilderte Vergewaltigung einer Frau kann Burgess nur unter seelischer Pein geschrieben haben. Im Zweiten Weltkrieg wurde seine Ehefrau in London von desertierten US-Soldaten misshandelt, woraufhin sie eine Fehlgeburt erlitt. Als bei ihm in den 50er Jahren fälschlicherweise ein Gehirntumor diagnostiziert wurde und man ihm prophezeite, nur noch ein Jahr zu leben, schrieb er binnen zwölf Monaten fünf Romane als finanzielle Absicherung für seine Frau.

Bis dahin war der am 25. Februar 1917 in Manchester geborene Burgess, dessen Mutter im Jahr darauf an der Spanischen Grippe starb, als Literaturdozent und Lehrer unter anderem in Borneo und Malaya tätig. Nach der falschen Tumor-Diagnose setzte er seine immense Romanproduktion fort, schrieb Sprachstudien zu seinem Idol James Joyce, aber auch Sinfonien und eine Oper. 1993 starb der Musikliebhaber, der in „Uhrwerk Orange“ Beethovens 9. Sinfonie virtuos mit Gewaltphantasien in Verbindung bringt, an Lungenkrebs in London. *H. Tews*

MELDUNGEN

Wunderkind McCullers

Zürich – Am 19. Februar wäre Carson McCullers 100 Jahre alt geworden. Berühmt wurde die US-Autorin mit ihrem Roman „Das Herz ist ein einsamer Jäger“ (Diogenes Verlag). Im Verlag Ebersbach & Simon ist nun von Barbara Landes die Romanbiografie „Die Ballade vom Wunderkind Carson McCullers“ erschienen (224 Seiten, 19,95 Euro). Am 6. März findet im Potsdamer Literaturladen Wist um 19.30 Uhr ein McCullers-Abend statt. *tws*

Alles dreht sich um Tizian

Hamburg – In der Hamburger Kunsthalle ist der Renaissancemaler Tizian bei zwei Ausstellungen der heimliche Star. In der Schau „Die Poesie der venezianischen Malerei – Paris Bordone, Palma il Vecchio, Lorenzo Lotto, Tizian“ geht es um das Œuvre von Paris Bordone (1500–1571), der im Schatten seines Lehrers Tizian stand und dessen Bilder erstmalig in Deutschland im Kontext zu Zeitgenossen präsentiert werden. Daneben findet die Ausstellung „Holzschnitte aus der Zeit Tizians“ statt. Dabei sind 30 Druckgrafiken venezianischer Künstler des 16. Jahrhunderts mit Schwerpunkt auf Arbeiten nach Entwürfen Tizians zu sehen. Beide Ausstellungen laufen vom 24. Februar bis 21. Mai. *tws*

Ein langer Weg zum großen Knall

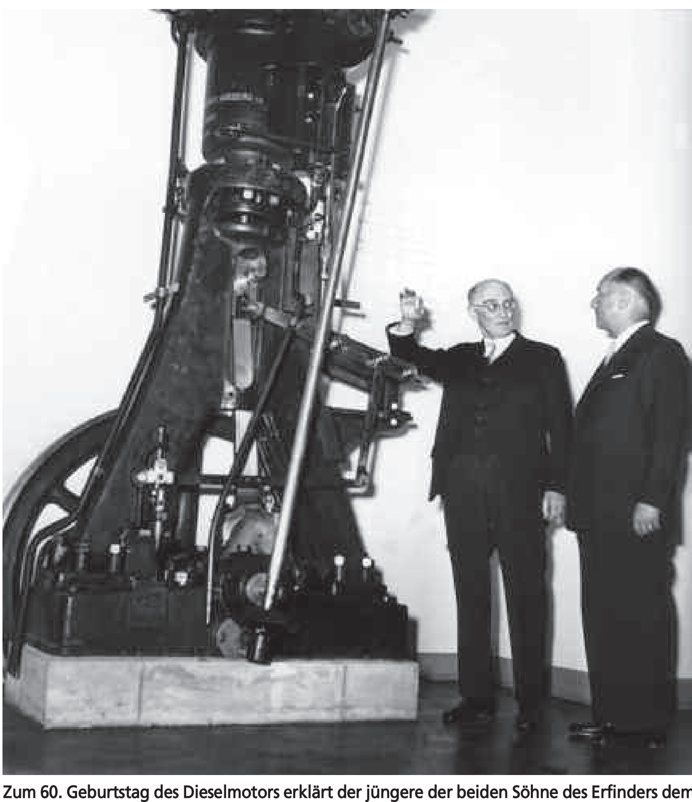
Warum Rudolf Diesel seinen vor 125 Jahren zum Patent angemeldeten Motor mit einer sozialen Idee verband

Es steht nicht gut um den Diesel. Nicht erst nach den Abgasmanipulationen bei Volkswagen gerät eine ebenso geniale wie soziale Erfindung in Verruf. Lange Zeit stand er im Ruf, nur für extrem schwere Antriebsmaschinen geeignet zu sein, dann galt er als ruppiger, nagelnder Stinker und aktuell haftet ihm das Image an, die Umwelt zu verpesten. Rußausstoß, Feinstaub und Stickoxyden verderben das Image. So schreibt man keine Erfolgsstory.

Rudolf Diesel, der am 18. März 1858 in Paris geborene Namensgeber des Diesel, wuchs in einer Zeit auf, in der Karl Marx die Revolution predigte und die Arbeiter anstachelte, den Kapitalisten die Produktionsmittel abzunehmen. Der Ingenieur Rudolf Diesel wollte sozialen Frieden. Es müsste gelingen, einen kleinen, beweglichen Motor zu entwickeln, mit dem auch Handwerker arbeiten könnten.

Das war nun das komplette Gegenstück zu der von Marx und Engels propagierten Enteignung. Und später, sehr viel später, als der Ingenieur Rudolf Diesel längst sein technisches Meisterstück geliefert hatte, schickte er auch die Theorie zu seinen sozialen Ideen hinterher. 1903 veröffentlichte er sein Buch „Solidarismus". Darin entwickelte er den Gedanken, in breiten Schichten durch Fleiß und Tatkraft neues Kapital zu bilden. Mit 10 000 Exemplaren war das Buch „Solidarismus" gedruckt worden, verkauft wurden nur ein paar Hundert.

Soziale Probleme waren schon von früher Jugend für Rudolf Diesel allgegenwärtig. Sein Vater, ein Buchbinder, war von Augsburg nach Paris gezogen, um dort die Hausdame Elise Strobel zu heiraten. Das Einkommen war knapp, der Brotkorb hing hoch. 1870, nach Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges, musste die Familie Paris verlassen, sie siedelte nach London über. Wirtschaftlich besser ging es ihr dort nicht. Die Eltern mussten sich entschließen, Sohn Rudolf für fünf Jahre in die Obhut der Familie seines Onkel Christoph Barnickels in Augsburg zu geben. Der unterrichtete an der dortigen Gewerbeschule, die dann auch der Zögling Rudolf besuchte.



Zum 60. Geburtstag des Dieselmotors erklärt der jüngere der beiden Söhne des Erfinders dem damaligen Wirtschaftsminister und späteren Ministerpräsidenten Bayerns die Erfindung seines Vaters: Der erste Versuchs-Dieselmotor, der in den Jahren 1893 bis 1895 erbaut wurde und jetzt im MAN-Museum steht, Eugen Diesel und Hans Seidel (v.l.) Bild: pa

Schon früh war das technische Interesse Rudolf Diesels erkennbar gewesen. In Paris hatte er 1867 bei der Weltausstellung über Dampfomnibusse, Elektrizität und den Gasmotor von Nicolaus Otto gestaunt.

In London dann konnte Diesel das Science Museum besuchen. Da standen sie, die Originale und die Modelle der Dampfmaschinen von James Watt, Thomas Savery, Thomas Newcomen und Richard Trevithick sowie der Heißluftmotor von John Ericsson. Da war es kaum verwunderlich, dass Diesel schließlich unter dem Einfluss des Onkels in Augsburg beschloss, „Mechaniker" zu werden, was heute dem „Ingenieur" entspricht.

Das Studium an der Technischen Hochschule in München absolvierte er 1880 mit der besten Leistung seit Bestehen der Hochschule.

Was Rudolf Diesel antrieb, war seine Suche nach einem neuen Antrieb. Am 28. Februar 1892, vor 125 Jahren, glaubte er, es geschafft zu haben, er meldete beim Kaiserlichen Patentamt in Berlin eine „Neue rationelle Wärmekraftmaschine" an. Und am 23. Februar 1893 wurde sein Patent mit der Nummer 67207 für ein beziehungsweise eine „Arbeitsverfahren und Ausführungsarbeit für Verbrennungsmaschinen" erteilt. Aber noch war das blasse Theorie auf dem Papier. Gebaut war noch nichts, geschweige denn erprobt. Erst im August knallte es das erste Mal in einer Versuchshalle in Augsburg. Doch bis ein halbwegs ausgereifter Motor in Betrieb genommen werden konnte, vergingen noch Jahre. Für die Kollegen war Diesel nur ein brillanter Theoretiker. Seine Theorie allerdings war einleuchtend und simpel: Wird Gas in einem Behälter zusammengepresst, entsteht Wärme. Wenn man also, so Diesels Überlegungen, in einem Zylinder Luft fest genug zusammenpresse, müsste eingespritzter Treibstoff sich von allein entzünden. Die dadurch ausgelöste Explosion müsste den Kolben bewegen. Nicht umsonst spricht man vom „Selbstzünder", denn es ist ein entscheidender Unterschied des Dieselmotors gegenüber dem nach Nicolaus August Otto benannten Ottomotor, dass das Treibstoff-Luft-Gemisch sich durch die Kompression selber entzündet und es keines Zündfunkens durch eine Zündkerze bedarf.

Geprobt wurde in der Maschinenfabrik Augsburg, später MAN. 1897 arbeiteten die ersten stationären Dieselmotoren, ab 1903 wurden die ersten Schiffe damit ausgerüstet. Der Wirkungsgrad war in der Tat mit 26,2 Prozent relativ hoch. Auf militärischem Gebiet waren Pioniere die mit Dieselmotoren statt Dampfturbinen angetriebenen Panzerschiffe der „Deutschland"-Klasse „Deutschland", „Admiral Scheer" und „Admiral Graf Spee". Inzwischen werden die meisten Schiffe von Dieselmotoren angetrieben. Neben die klassischen Dieselmotoren, bei denen die Kraft der Motoren (über ein Getriebe) direkt auf die Schiffsschrauben übertragen wird, ist mittlerweile der dieselelektrische Antrieb getreten. Dabei wird mithilfe der Dieselmotoren Strom erzeugt, der dann das Fahrzeug antreibt. Neben Wasserfahrzeugen werden auf diese Weise auch Diesellokomotiven angetrieben. Außer für den Antrieb von Fahrzeugen wird mit Dieselmotoren erzeugter Strom auch stationär genutzt. Mit in stationären Notstromaggregaten erzeugtem Strom werden beispielsweise in Krankenhäusern Ausfälle im Netz überbrückt.

Rudolf Diesel Bild: CF

Seit den 1920er Jahren findet der Dieselmotor in größerer Zahl in Lastwagen Verwendung. 1936 wurde er erstmals auch in Personenwagen eingebaut. Mercedes 260 und Hanomag „Rekord" machten den Anfang. So richtige Freude wollte aber lange nicht aufkommen. Personenwagen mit Dieselantrieb galten als „Nagler" und „Stinker". Sie waren teurer, schwerer und langsamer als vergleichbare Fahrzeuge mit Ottomotoren. Berüchtigt war die sogenannte Rudolf-Diesel-Gedenkminute, die Zeit, die man als Fahrer warten musste, bis der Motor bei Kälte vorgeglüht und endlich startklar war.

Dafür hatten die Dieselmotoren einen niedrigeren Verbrauch als vergleichbare Ottomotoren, waren robuster und begnügten sich mit Dieselkraftstoff statt des teureren Benzins oder gar Supers. Das wussten insbesondere Taxibetreiber zu schätzen, welche die Nachteile des Diesels dafür in Kauf nahmen.

Aber die Entwicklung ging weiter. 1968 baute zuerst Peugeot und dann 1976 VW erstmals Kleinwagen mit Dieselantrieb. Bis dahin hatte die Meinung vorgeherrscht, dass bei Kleinwagen der Verbrauch ohnehin niedrig sei und sich der teurere Dieselmotor deshalb nicht lohne. Suezkrise und Ölpreisschock führten jedoch zu einer neuen Sensibilität und zum Umdenken. Und als dann die Motoren mit Direkteinspritzung entwickelt wurden und die Turbolader Einzug hielten, änderte sich das Image des Dieselmotors weg vom Trecker- hin zum laufruhigen, spritzigen Motor. Nun gab es auch, was früher in Deutschland als Widerspruch in sich erschienen wäre: Dieselfahrzeuge von BMW. Dem Diesel schien die Zukunft zu gehören. Gutmenschen fuhren, wenn schon Auto, dann Diesel, denn wer Diesel fuhr, beteiligte sich politisch korrekt und sozial verträglich am Energiesparen. So werden mittlerweile die meisten Dieselmotoren für Personenkraftwagen gebaut.

Allerdings droht sich das Blatt allmählich zu wenden. Der Diesel ist zunehmend in den Fokus der Umweltschützer geraten. Die Hersteller sehen sich mit immer höher geschraubten Grenzwerten konfrontiert. Mit Partikelfiltern, Katalysatoren und Harnstoffeinspritzung versuchen sie, der Dieseltechnologie die Zukunft auch im Personenkraftwagenbau zu sichern. Das erhöht die Produktionskosten. Zudem ist Dieseltreibstoff durch weltweite Nachfrage im Preis gestiegen, er ist nicht mehr die günstigere Alternative. Dennoch dürfte der Abschied vom Diesel noch nicht so nahe sein, wie es manche Umweltaktivisten gerne sähen. *Klaus J. Groth/M.R.*

Ein Ereignis wirft seine Schatten voraus

»Reichssaalwandteppich« auf dem Weg vom Östergötlands Museum zur DHM-Ausstellung »Der Luthereffekt«

Der von Maria Aurora Gräfin von Königsmarck und ihrer Schwester Amalia Wilhelmina Gräfin von Königsmarck gefertigte sogenannte Reichssaalwandteppich wird derzeit für den Transport vom schwedischen Östergötlands Museum nach Berlin vorbereitet. Vom 12. April bis 5. November zeigt ihn das Deutsche Historische Museum in der Ausstellung „Der Luthereffekt. 500 Jahre Protestantismus in der Welt" im Martin-Gropius-Bau, Berlin. Der Wandteppich ist ein herausragendes Beispiel für die Verflechtung von lutherischem Glauben und Staat in Schweden. Er ist 2,27 mal 2,47 Meter groß und aus Seide und Wolle gestickt.

Der Schwedische Reichstag nahm 1686 ein neues Kirchgesetz an, das die Einheit von Kirche und Staat besiegelte. Damit wurde das Luthertum im Schwedischen Reich zur Staatskirche und durchdrang alle Lebensbereiche. Der Wandteppich zeigt die Repräsentanten der vier Stände, die einen Eid auf die Bibel und das Gesetzbuch leisten.

Maria Aurora von Königsmarck war eine der schillerndsten Persönlichkeiten ihrer Zeit und befreundet mit der schwedischen Königin Ulrika Eleonora. Voltaire bezeichnete sie als „die berühmteste Frau zweier Jahrhunderte". Mit 18 Jahren zog sie an den schwedischen Hof in Stockholm, bevor sie zunächst Maîtresse August des Starken wurde und später Pröpstin des Stiftes Quedlinburg.

»Die berühmteste Frau zweier Jahrhunderte« schuf das Kunstwerk mit ihrer Schwester

Neben dem Königsmarck'schen Wandteppich sind in „Der Luthereffekt" unter anderem auch eine seltene Zeremonialtrommel der Sámi, der indigenen Bevölkerung Fennoskandinaviens, zu sehen. Gegen Ende des 17. Jahrhundert setzte in Schweden eine verstärkte, häufig gewaltsame Missionierung der Sámi ein. Die meisten dieser Trommeln wurden in diesem Zusammenhang verbrannt. Gezeigt werden auch Brautkronen sowie Braut- und Schandbänke, welche die kirchliche Sanktionierung von gesellschaftlichem Verhalten in Schweden veranschaulichen.

Die Ausstellung „Der Luthereffekt" erzählt die weltumspannende Wirkungsgeschichte des Protestantismus, von seiner Entstehung im Europa des 16. Jahrhunderts über seine Entwicklungen auf vier Kontinenten bis heute. Die Ausstellung thematisiert die globale Vielfalt und die Ausprägungen des Protestantismus in Schweden, den USA, Korea und Tansania, aber auch sein Konfliktpotenzial zwischen Kulturen und Religionen. Sie ist eine von drei Nationalen Sonderausstellungen im Reformationsjahr 2017. *PAZ*



Vereidigung der Ständerepräsentanten auf die Bibel und das schwedische Gesetz: Den um 1690 entstandene Wandteppich der Maria Aurora von Königsmarck zeigt das Deutsche Historische Museum vom 12. April bis zum 5. November in seiner Ausstellung „Der Luthereffekt. 500 Jahre Protestantismus in der Welt" im Martin-Gropius-Bau, Berlin

Bild: Östergötlands Museum, Linköping

Meister der »Zigarren«

Vor 100 Jahren starb der Entwickler und Begründer des Starrluftschiffbaus Ferdinand Graf von Zeppelin

Ferdinand Graf von Zeppelin, der vor 100 Jahren verstarb, ist mittlerweile genauso zum Mythos geworden wie seine flapsig auch „Zigarren“ genannten Luftschiffe. Trotzdem gibt es viele Facetten im Leben des Luftfahrtpioniers, die kaum bekannt sind.


Der Graf im Todesjahr: Ferdinand von Zeppelin Bild: Nicola Perscheid_CF

Je älter Ferdinand Graf von Zeppelin wurde, umso häufiger musste er Abstürze von Luftschiffen durch Unfälle, aber auch Feindeinwirkung im Kriege erleben. Deshalb war für ihn ab 1915 klar, dass wohl doch eher dem Flugzeug die Zukunft gehört. Aus diesem Grund begann er sich nun mit der Entwicklung von großen schweren Propellermaschinen zu befassen, die anstelle der Luftschiffe als strategische Bombenträger dienen sollten. Eine davon war die in der Berliner Zeppelin-Staaken Flugzeugbau GmbH entwickelte R.VI, die später tatsächlich mehrere Angriffe gegen England flog und dabei erstmals 1000-Kilo-Bomben abwarf.

Um den Fortgang der Arbeiten an dem viermotorigen Doppeldekker zu kontrollieren, reiste von Zeppelin Anfang Februar 1917 in die Reichshauptstadt. Letzte Fotos zeigen ihn dort bei der Besichtigung eines halbfertigen R.VI-Rumpfes. Bald darauf bekam der Graf starke Verdauungsbeschwerden. Deshalb musste er schließlich ins Charlottenburger Krankenhaus gebracht und am Darm operiert werden. Diesen schwierigen Eingriff überstand Zeppelin zwar, doch erlag der 78-Jährige am Mittag des 8. März 1917 einer nachfolgenden Lungenentzündung.

Daraufhin verordnete Zeppelins Landesvater, Württembergs König Wilhelm II., drei Tage Staatstrauer. Auch sonst war das Echo auf das Ableben des berühmten Luftschiff-Konstrukteurs enorm. Der Präsident des Preußischen Abgeordnetenhauses, Hans Graf von Schwerin-Löwitz, verglich Zeppelin gar mit Otto von Bismarck. Kaiser Wilhelm II., der den „verrückten Grafen vom Bodensee“ einstmals „von all den Süddeutschen den Dümmsten“ genannt hatte, schrieb im Beileidstelegramm an die Witwe, nun sei einer „der größten Söhne des Vaterlandes“ dahingegangen, dessen „Ruhm unvergänglich ist“.

Es handelte sich um keine Eintagsfliege. Vielmehr nahm in der nachfolgenden Zeit Zeppelin im kollektiven Gedächtnis der Deutschen sehr viel Platz ein. Benannt wurden nach ihm Würste, Fahrräder, Autos, Züge, Aussichtstürme, Brücken, Passagierschiffe sowie der einzige deutsche Flugzeugträger, der zwar unvollendet blieb, doch immerhin zu Wasser gebracht wurde. Selbst heute erinnern noch 640 Straßen, 14 Schulen und seltsamerweise sogar 22 Apotheken landauf landab an den Luftfahrtpionier.

Der am am 8. Juli 1838 im württembergischen Konstanz zur Welt gekommene Spross einer sowohl wohlhabenden als auch adeligen Familie interessierte sich schon früh für Technik. Insofern entsprach es seinen Neigungen, dass er nach einer Privatausbildung seine Schülerlaufbahn an einer Polytechnischen Schule in der Landeshauptstadt Stuttgart beendete. Danach konnte er seinen technischen Interessen vorerst nicht weiter nachgehen. Der Vater bestand darauf, dass sein Sohn wie er die Offizierslaufbahn einschlug. So besuchte er die Kriegsschule in Ludwigsburg. Nach der zweijährigen Ausbildung ließ er sich jedoch beurlauben, um an der Universität Tübingen ein naturwissenschaftlich-technisches Studium aufzunehmen. Diese Beurlaubung endete jedoch, als das österreichfreundliche Württemberg nach dem Ausbruch des Sardinischen Krieges zwischen Österreich auf der einen Seite sowie Sardinien und Frankreich auf der anderen zu mobilisieren begann, und Zeppelin eingezogen wurde. Er wählte ein Ingenieurkorps bei Ulm, denn dort konnte er noch am ehesten innerhalb der Armee seine Interessen weiterverfolgen.

Nach dem Ausbruch des Sezessionskriegs zog es Zeppelin nach Amerika, wo er 1863 von Abraham Lincoln empfangen wurde. Der US-Präsident verschaffte ihm die Möglichkeit, als Militärbeobachter auf Seiten der USA am Krieg teilzunehmen. Während dieses Einsatzes unternahm der Graf eine Ballonfahrt über Saint Paul in Minnesota, die sein zukünftiges Schaffen auf das Nachhaltigste beeinflussen sollte, weil er die Risiken der Unlenkbarkeit von Ballons sofort erkannte.

Wieder aus Amerika zurück, kämpfte von Zeppelin im Deutschen Krieg von 1866. Während des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 erlebte er erneut die militärischen Möglichkeiten, die der Ballon bot. So beobachtete er französische Aufklärungsflüge und Verbindungsflüge zwischen dem von den Deutschen eingeschlossenen Paris und dem noch französisch beherrschten Hinterland.

Nach Krieg und Reichsgründung avancierte der vollkommen parkettsichere Adelsspross erst zum württembergischen Militärbevollmächtigten und dann zum Gesandten in Berlin. 1890 beging er allerdings den Fauxpas, gegenüber dem preußischen Staatsministerium des Äußeren den preußischen Oberbefehl über die württembergischen Truppen zu kritisieren. Das verärgerte den Kaiser und führte zudem zu negativen Bewertungen der militärischen Eignung Zeppelins. Deshalb nahm er bald darauf seinen Abschied aus dem aktiven Militärdienst.

Im Anschluss hieran widmete sich der gerade erst 52-jährige Generalleutnant außer Diensten ganz der Sache, die ihm schon seit 1874 am Herzen lag, nämlich der Konstruktion eines steuerbaren Starrluftschiffs. Dabei warfen ihm von Kaiser Wilhelm II. bestellte Sachverständige zunächst jede Menge Knüppel zwischen die Beine. Letztlich konnte er das Vorhaben nur unter Einsatz von über 400000 Mark Eigenkapital realisieren. Der Erstflug des „LZ 1“ (Luftschiff Zeppelin 1) am 2. Juli 1900 löste jedoch große Begeisterung unter der Bevölkerung sowie ein Umdenken bei den Militärs aus. Auch Wilhelm II. änderte nun seine Meinung über Zeppelin.

Den vollkommenen Durchbruch erzielte der Luftfahrtpionier aber erst nach dem Unglück mit „LZ 4“, das am 5. August 1908 bei Echterdingen in Flammen aufging. Hernach erbrachte die Zeppelinspende des deutschen Volkes nämlich die beeindruckende Summe von reichlich sechs Millionen Mark. Damit stand das Luftschiffprojekt endlich finanziell auf sicheren Füßen und diverse zivile und militärische Luftschiffe konnten gebaut werden.

Wolfgang Kaufmann/PAZ

Der Moment der Woche

Erderwärmung? Frostig geht es zu im saarländischen Mandelbach – und heiß her im Lager der Klimaforscher. Weil die Daten nicht nur in Deutschland (kältester Januar seit 30 Jahren), sondern überall auf der Welt nicht der Theorie von der Erderwärmung entsprechen, wurden sie einfach gefälscht. Ein Riesenskandal, den ein US-amerikanischer Forscher nun ausplauderte. John Bates, bei der Nationalen Ozean- und Klimabehörde (NOAA) der USA bis zu seiner Pensionierung für die Archivierung der Daten zuständig, rückte damit heraus. Eine entscheidende Studie der NOAA wurde so frisiert, dass sie 2015 rechtzeitig zur Klimakonferenz in Paris für Alarmstimmung sorgte. Die Betrugsdaten belegten scheinbar, dass die Erde auch in den letzten Jahren wärmer geworden war. Der Hintergrund: Die sogenannte „Klimapause" ist für die Anhänger der Erderwärmung ein Riesenproblem. Seit 1998 bleibt die Durchschnittstemperatur auf dem Planeten allen Vorhersagen zum Trotz unverändert. Bild: Getty

Defekte Mädchen

Geschlechterrassismus in der Schule

Bemerkenswerte Sätze standen da im „Spiegel". Im ansonsten meist streng feministisch ausgerichteten Hamburger Nachrichtenmagazin rechnete eine altgediente Lehrerin aus Nordrhein-Westfalen mit dem deutschen Bildungssystem ab. Der Umgang mit dem männlichen Geschlecht war Sigrid Wagner besonders eindringliche Worte wert: Jungen werde ständig Bosheit, Heimtücke und berechnendes Verhalten unterstellt. „Ich habe erlebt, dass Mädchen gute Noten kriegten, obwohl sie nie etwas sagten. Die fehlten ohne Entschuldigung und bekamen trotzdem ihre Eins. Bei einem Jungen, der zwei Tage fehlte, hieß es: Geh gleich mal ins Sekretariat, Attestpflicht", schrieb Sigrid Wagner, die als Vertretungslehrerin 22 Jahre lang an allen Schultypen gearbeitet hatte.

Wie stark Jungen im deutschen Schulsystem benachteiligt werden, zeigen auch aktuelle Daten aus Berlin. Im Jahr 2016 erlangten dort 50,3 Prozent der Mädchen die Hochschulreife, aber nur noch 41,4 Prozent der Junge. Noch krasser ist das Verhältnis am hinteren Ende der Bildungsskala: Jungen brechen die Schule doppelt so oft ab wie Mädchen.

Für Feministinnen ist die Sachlage angesichts solcher Daten klar: Männer sind nun einmal – frau hat es ja schon immer geahnt – das dümmere Geschlecht. Unverkennbare Genugtuung klingt aus ihren Kommentaren zur männlichen Bildungsmisere. Marianne Grabucker, Feministin und Vorsitzende des Juristinnenbundes in Bayern, verkündet schon Mitte der 80er Jahre in ihrem Bestseller „Typisch Mädchen": „Die Anerkennung der Mädchen kann nur auf Kosten der kleinen Buben geschehen."

Grabucker und andere Radikalfeministinnen haben ihr Ziel längst erreicht: Wissenschaftliche Studien belegen, dass Jungen für gleiche Leistungen schlechtere Noten bekommen als Mädchen. Die Berliner Pädagogikprofessorin Renate Valtin wies es für die Fächer Deutsch und Sachkunde nach. Eine andere Untersuchung in Hamburg belegte, dass Jungen einen besseren Leistungsdurchschnitt als Mädchen benötigen, um eine Empfehlung für das Gymnasium zu bekommen. Woran es grundsätzlich liegt, hat der niederländische Schriftsteller Leon de Winter („Geronimo") auf den Punkt gebracht: „Unsere Schulen tun gerade so, als wären Jungen defekte Mädchen." *Frank Horns*

Ein kleiner deutscher Mönch

Martin Luther – »der Geschäftsführer des Weltgeistes«

Groß sind die Feierlichkeiten zum 500-jährigen Jubiläum der Reformation. Dennoch scheint sich die Evangelische Kirche ihres Gründervaters mehr zu schämen, als das sie ihn zu schätzen weiß. Schleunigst sollte sie umdenken, wenn sie nicht in der Bedeutungslosigkeit verschwinden will. Martin Luther ist ein Titan des Geistes, der Deutsche mit der größten weltgeschichtlichen Bedeutung,

Am 31. Oktober 1517 trat Martin Luther mit 95 Thesen über den Ablass an die Öffentlichkeit und löste damit die Reformation aus, eine der größten geistigen Revolutionen in der Weltgeschichte. Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der große Philosoph des deutschen Idealismus, schritt jeden Reformationstag mit Frack und Zylinder zur Kirche, um Martin Luther zu ehren, der durch sein Werk den Menschen die Freiheit gebracht habe.

Für Hegel ist Luther als ein „welthistorisches Individuum" ein „Geschäftsführer des Weltgeistes". Er hat dem Weltgeist den entscheidenden Schubser gegeben, um zu seiner letztendlichen Bestimmung, der Freiheit, zu kommen. Denn, so das berühmte Diktum von Hegel, „die Weltgeschichte ist der Fortschritt im Bewusstsein der Freiheit". So kommt es nach Hegel, dass die Freiheit ganz klein bei den Orientalen anfängt als Despotie des einen willkürlichen Herrschers. Bei den Griechen und Römern erweitert sie sich auf einige wenige Mitglieder der Oberschicht. Bei ihnen wurden einige frei, aber nicht der Mensch als solcher. „Erst die germanischen Nationen sind im Christentum zum Bewusstsein gekommen, dass der Mensch als Mensch frei, die Freiheit des Geistes seine eigenste Natur ausmacht."

Und nicht zufällig kann ein kleiner deutscher Mönch diese Weltrevolution des Geistes in die Wege leiten. Denn, so Hegel: „Die alte und durch und durch bewahrte Innigkeit des deutschen Volkes hatte aus dem einfachen schlichten Herzen diesen Umsturz zu vollbringen." Luthers „einfache" Lehre ist, dass die „wahrhaftige Geistigkeit", Jesus Christus, nicht in äußerlicher Weise gegenwärtig ist, sondern im Glauben. Sie ist in der Subjektivität des Individuums vorhanden. Damit braucht der Mensch nicht mehr die institutionelle Vermittlung der Kirche. Das Herz, „die empfindende Geistigkeit des Menschen", ist in den Besitz der Wahrheit gekommen. Sie wird aus freien Stücken aufgenommen. Hegel: „Dies ist der wesentliche Inhalt der Reformation; der Mensch ist durch sich selbst bestimmt, frei zu sein."

Unmittelbar zugänglich ist die Wahrheit jedem Menschen durch die Bibel. Diese muss daher in die Sprache des Volkes übertragen werden. Luther übersetzt sie in die Meißener Kanzleisprache, eine Sprache, die wir heute als „frühneuhochdeutsch" bezeichnen. So kommen die vier Grundprinzipien des Luthertums schnell zusammen: 1) sola scriptura (allein die Schrift zählt) 2) sola gratia (allein die Gnade) 3) sola fide (allein der Glaube) und 4) solus Jesus Christus (allein Jesus Christus).

Entscheidend ist für Luther dabei die Innerlichkeit des Glaubensaktes. Alles andere des lutherischen Protestantismus gruppiert sich um dieses zentrale Motiv. Wie Norbert Bolz in seinem großartigen Buch „Zurück zu Luther" richtig schreibt, „ist die individuelle Erfahrung des lebendigen Gottes Luthers religiöse Urszene". Der Mensch ist durch sein intimes Verhältnis im Glauben zu Gott gerechtfertigt, ihm werden die Sünden vergeben. Gleichzeitig bleibt er aber auch Sünder, denn er führt eine Doppelexistenz und lebt in zwei Reichen – der civitas dei als Reich Gottes und der civitas terrena als diesseitige Welt. Diese Welt ist zwar von Gott geschaffen, aber sie ist in Schuld und Sünde gefallen. Unter günstigen Bedingungen kann sie allerdings durch Vernunft und Gewissen in einem gewissen Gleichgewicht gehalten werden, denn die Aufgabe des weltlichen Regimentes ist es, die Schöpfung vor den zerstörerischen Auswirkungen der menschlichen Sünde zu schützen.

Mit dieser Lehre von den zwei Reichen entlässt Luther, wie Norbert Bolz schreibt, die sozialen Systeme in ihre Autonomie. Die Welt wird verweltlicht, sie folgt ihren eigenen Gesetzen. Mit Luther ist ein religiöser Fundamentalismus nicht möglich. Es gibt keine religiöse Politik, weil Politik und Gesellschaft ihren eigenen Regeln folgen. Damit wird auch die Säkularisierung unseres Weltverständnisses vorangetrieben. Luther hat den Startschuss für die Aufklärung und für die moderne Wissenschaft gegeben. Allerdings hat er auch die Grenzen der modernen Vernunft aufgezeigt: Gott lässt sich nur im Glauben erschließen, niemals im Erkennen. Gott bleibt den Menschen verborgen: Deus absconditus.

Die Sünde in der diesseitigen Welt hat für Luther drei Quellen: das Fleisch, die Welt und den bösen Geist. Von diesen Sünden kommt der Mensch auf Erden nicht los, allerdings gibt es neben den tragischen Kampf des Menschen gegen diese Sünden, den Luther bis zur Verzweiflung und Identitätskrise mit sich selbst geführt hat, drei weltliche Gnadenformen, welche die archaische Triebhaftigkeit und Ungeselligkeit auf eine soziale Spur setzen. Im Bereich der Sexualität ist es die Gnadenform der Ehe. Sie ist die Mitte zwischen wollüstiger Totalhingabe und kaum einzuhaltender Askese. Die Ehe zügelt Sexualität ohne sie grundsätzlich zu verwerfen. Genauso muss auf Erden die zweite Formbestimmung der Sünde, die „Welt" gezügelt werden. Hier geht es um die menschliche Aggressivität, um den Hobbesschen „Krieg aller gegen alle". Auch hier findet Luther eine Gnadenform: den Staat! Er befriedet mit seinem Gewaltmonopol die Gesellschaft. Das ist seine wesentliche Funktion. Ihr sind alle anderen gesellschaftlichen Ansprüche – wie etwa Glück oder soziale Gerechtigkeit – unterzuordnen. Deswegen war Luther auch ein scharfer Gegner der Bauernkriege, die das Land mit Gewalt und Chaos überzogen.

Der böse Geist muss nach Luther durch eine dritte Gnadenform in Schach gehalten werden: durch Beruf und Arbeit! Nur so ist ein gesittetes Leben möglich. Hier sind wir nun an einer Stelle bei Luther angelangt, wo er wohl die nachhaltigste Wirkung auf die Weltgeschichte ausübte. Denn, so die berühmte These von Max Weber, die luthersche Aufwertung von Arbeit und Beruf führte zu einer „innerweltlichen Askese", die letztendlich durch eine rationelle Lebensführung das Werden des Kapitalismus ermöglichte. Weber schrieb wörtlich: „Die innerweltlich protestantische Askese sprengte die Fesseln des Gewinnstrebens, indem sie es nicht nur legalisierte, sondern direkt als gottgewollt ansah." So entspringt der Kapitalismus nicht aus

Das Herz ist im Besitz der Wahrheit

dem Zerfall religiöser Bindungen zum Beispiel durch die Aufklärung, sondern im Gegenteil durch religiöse Leidenschaft.

In England und dem jungen Amerika fiel dieses Gedankengut auf besonders fruchtbaren Boden. Der Puritaner Richard Baxter formulierte gar: „Wenn Gott dir einen Weg zeigt, auf welchem du rechtmäßig mehr gewinnen kannst als auf einem anderen, wenn du dann diesen Weg verschmähst und den weniger gewinnbringenden wählst, so durchkreuzt du eine Absicht deiner Berufung und weigerst dich, Gottes Knecht zu sein."

Nun, Luther hat mit seiner Würdigung von Beruf und Arbeit diese kapitalistische Geisteshaltung zwar angestoßen, er hat sie sich aber nie in dieser Form zu Eigen gemacht. Für ihn war klar, dass die Großkaufleute wie die Fugger von der Obrigkeit gezügelt werden mussten. Geldverleih und Handelsgeschäft galten ihm als anrüchig. Ihm kam es auf die produktive Leistung (eben durch Arbeit) an. Zinseszins und Wucher lehnte er scharf ab. fünf Prozent waren für ihn die magische Grenze, im Jahre 1539 waren Zinssätze von 40 Prozent und darüber in Leipzig nicht unüblich.

Luther stand für einen gezügelten und eingehegten Kapitalismus, wo Wohlstand und Gewinn durch eigene Arbeit und nicht durch Spekulation erreicht werden sollten. Bis in die heutige Zeit scheint diese Differenz von Luther und Calvin die Unterscheidung zwischen dem Finanzgebaren der angelsächsischen Länder und den Ländern Mitteleuropas auszumachen: Turbokapitalismus oder „rheinischer Kapitalismus"!

Luther ist fürwahr in seinen Auswirkungen ein Titan des Geistes, der Deutsche mit der größten weltgeschichtlichen Bedeutung. Völlig zu Recht betont der Historiker und Philosoph Klaus Rüdiger Mai, dass Luther von seiner evangelischen Amtskirche, die sich ja sogar seiner schämt, neu entdeckt werden müsse, wenn diese Kirche nicht in der Bedeutungslosigkeit verschwinden will. Luther würde, wenn er heute noch lebte, ganz sicher Stellung beziehen gegen den „Wohlfühlprotestantismus", der eigene Botschaft in interreligiösen Dialogen relativiert und Sozialarbeit mit Verkündigung verwechselt. Nicht umsonst hat Luther in seiner letzten Predigt gegen die hohen Damen und Herren der Obrigkeit gewettert, die dem Volk vorgaukeln, (nur) sie würden Gottes Wort verstehen. Doch Gott „machts doch so, dass das Evangelium den Hohen und Weisen verborgen bleibt, und regiert seine Kirche ganz anders, als sie es denken und verstehen". Das lässt uns hoffen! *Jost Bauch*

Der Autor ist Soziologieprofessor und leitet in einer Doppelspitze das Studienzentrum Weikersheim in Baden-Württemberg. Die renommierte Denkfabrik versteht sich als Diskussionsforum für einen freiheitlichen Konservatismus auf christlichem Fundament.

Hammerschläge, die die Welt verändern: Luther nagelt seine 95 Thesen an die Kirchentür in Wittenberg. Ob die Szene wirklich stattgefunden hat, ist umstritten Foto: Interfoto

PAZ, Nummer 8: Ein technischer Fehler führte dazu, dass leider an dieser Stelle in der vorherigen Ausgabe die letzte Zeile des Artikels „Wenn 180 Millionen Asylsucher kommen" fehlte. Der letzte Satz lautet: „Nicht falsche Loyalität und Integration, sondern nur konsequente Abwehr könnte nationale Gesellschaftsstrukturen gegen die begonnene Völkerwanderung aus Afrika retten."

MELDUNGEN

Ordensburg wird versteigert

Preußisch Eylau – Die Deutschordensburg in Pr. Eylau soll demnächst versteigert werden. Laut der russischen Nachrichtenagentur „Sputnik" hat Natalja Kusnezowa, die Leiterin der örtlichen Agentur für Immobilien, das auf einer Sitzung der Regionalregierung mitgeteilt. Im vergangenen Jahr war ein Teil des Dachs bei einem Brand beschädigt worden. Die örtlichen Behörden sollen vor dem Verkauf noch Renovierungsarbeiten durchführen, da die Burg im derzeitigen Zustand nicht den Sicherheitsvorschriften entspreche. Das Dach des denkmalgeschützten Gebäudes ist einsturzgefährdet. *MRK*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. 7: Elbing [Elblag] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Milomlyn] – Osterode, Baustelle; Osterode – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Bergheim [Gorki] – Schwenteinen [Swietajny], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode – Alt Jablonken [Stare Jablonki], Baustelle. Straße Nr. 16c: Allenstein - Großborken [Borki Wielkie], Baustelle. Straße Nr. 51: Allenstein – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 53: Ortelsburg [Szczytno] – Olschinen [Olszyny], Baustelle. Straße Nr. 63: Konopken [Konopki], Baustelle. *E.G.*

Seltene Ansichten von Königsberg

Museum Friedländer Tor präsentiert Katalog zur Ausstellung – Russen hegen große Sammelleidenschaft

Postkarten aus Ostpreußen erfreuen sich bei den heutigen russsischen Bewohnern großer Beliebtheit. Das Museum Friedländer Tor hat dem in einer Ausstellung mit der Herausgabe eines Katalogs Rechnung getragen.



In den Mauern des Friedländer Tors: Präsentation des Ausstellungskatalogs Bild: J.T.

Das Museum Friedländer Tor hat unter dem Titel „Post-Studien" einen Katalog zu einer Ausstellung seltener Ansichten von Königsberg vorgestellt.

Die Stadt hat eine jahrhundertelange Geschichte, und um den Geist der Stadt besser zu verstehen, ist es notwendig, an die Vergangenheit zu erinnern. Kataloge mit Ansichten von Königsberg vor dem Krieg wurden schon sehr viele herausgegeben. Die Besonderheit des nun vorgestellten Bands besteht darin, dass die Mehrheit der darin enthaltenen Ansichtskarten zum ersten Mal veröffentlicht werden. Es sind Ansichten interessanter und wenig bekannter Orte.

Ansichtskarten von Königsberg erfreuen sich besonders unter Sammlern großer Beliebtheit. In Königsberg gibt es viele von ihnen. Die Sammler interessieren sich nicht nur für die Stadtansichten zu Beginn des 20. Jahrhunderts, sondern auch für die Texte auf der Rückseite, die eine reiche Illustration der Alltagsgeschichte der Stadt darstellen.

Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts waren Postkarten ein wichtiges Kommunikationsmittel. Deshalb wurde ihrer Gestaltung viel Aufmerksamkeit und Sorgfalt gewidmet. Die am weitesten verbreitete Methode der Postkartenherstellung in Deutschland war die Monochrom- und Farb-Lithographie. Diese Technologie war sehr kostspielig und zeitaufwändig. Das galt besonders für farbige Karten, da die Herstellung der erforderlichen Platten aus Stein viel Zeit benötigte, und dann waren für die Aufbringung der Farben mehrere Durchläufe sowie eine korrekte Ausrichtung und Trocknung nötig. Daher konnte die Wartezeit bis zu einer neuen Auflage mehrere Wochen dauern.

Ein anderes Verfahren ist die Herstellung sogenannter getönter Postkarten, die unter Verwendung der Farbe Schwarz und der Kombination von mehreren Graustufen vorgenommen wurden. Diese Methode war schneller und billiger.

Wenig bekannte Orte der Stadt gezeigt

Eine andere Art des Druckens war der sogenannte Lichtdruck. Dabei wurde als Druckunterlage Glasplatten oder Metallplatinen verwendet, die mit einer lichtempfindlichen Schicht belegt waren. Auf ihnen entstand ein Negativbild. Obwohl sich mit diesem Verfahren nicht die originalen Farben wiedergegeben ließen, erlaubte es doch, scharfe und detaillierte Bilder herzustellen. Doch die im Lichtdruck-Verfahren produzierten Karten waren einfarbig. Erst die Kombination von Lichtdruck und Farblithografie ermöglichte es, farbige Postkarten schnell und relativ günstig herzustellen. Eine weitere verbreitete Methode war die Fotogravur. Bei dieser Herstellungsart wurden die Bilder auf Kupferplatten mit einer besonderen Methode eingeritzt. So konnten auch farbige Postkarten gedruckt werden.

Während der Katalogpräsentation erfuhren die Museumsbesucher etwas über die Entstehungsgeschichte des Buchs, sowie auch über Hintergründe für die Auswahl der enthaltenen Postkarten. Darüber hinaus wurden in den Vitrinen des Museums schwarz-weiße und farbige Postkarten aus dem Katalog im Original gezeigt.

Jurij Tschernyschew

Erzbischöfliches Museum geplant

Häuser in der Allensteiner Straße St. Barbara werden zurzeit restauriert

Bis Ende 2018 soll in der Allensteiner Altstadt in der Straße St. Barbara das bereits lange geplante erzbischöfliche Museum entstehen. Es wird in den Mauern von drei Mietshäusern des 19. Jahrhunderts beheimatet sein. Diese Häuser wurden im Laufe der Jahre von Priestern, Nonnen und Mitgliedern der Kurie von Allenstein und von Bischöfen bewohnt. Auch die Caritas führte hier ihre wohltätige Arbeit aus. Erst vor drei Jahren wurden hier das Kirchenamt und ein touristisches Büro für Pilger eingerichtet. Heute ist jedoch nur die in Kirchenkreisen bekannte Diözesanbuchhandlung übriggeblieben.

Der Priester Zbigniew Czernik, Kunsthistoriker und Pfarrer an der ehemaligen Garnisonkirche, hat die Vorbereitung der Wiederbelebung des Sitzes des zukünftigen Museums übernommen. Zunächst wurden ein Projekt entworfen und die Baugenehmigungen eingeholt.

Ende 2016 erhielt die Metropolenkurie in Allenstein Fördergelder für die Einrichtung des erzbischöflichen Museums von Ermland aus dem regionalen Programm der Woiwodschaft Ermland-Masuren. Zu diesem Zweck wurden etwa zwei Millionen Euro aus EU-Mitteln vergeben. Die gesamte Tranche für Süd-Ostpreußen beträgt über zehn Millionen Euro. Gelder für die Renovierungen historischer Denkmäler erhalten auch noch andere lokale Museen und Kirchen. Die höchste Finanzhilfe wurde für die Modernisierung des Barockhauptsitzes des Museums in Elbing gewährt.

Aktuell werden zwei Häuser in der Straße von St. Barbara restauriert, in denen das neue erzbischöfliche Museum entstehen soll. Die beiden Gebäude werden durch ein Verbindungsstück zusammengefügt. Sie sind in einem schlechten Zustand. Die Sanierungsarbeiten sollen zum Jahresende beendet sein.

Das Museum des Erzbistums von Ermland in Allenstein kann etwa 250 Exponate aufnehmen. Die Ausstellungsfläche soll 1300 Quadratmeter groß sein. Neben den Ausstellungsräumen werden sich im Museum eine Restaurierungswerkstatt, Gästezimmer und ein Café befinden.

Das Erzbistum Ermland hat viele Exponate zur Geschichte der Region in seinem Besitz. Für die Bischöfe arbeiteten bedeutende Bildhauer, Maler und Handwerker. In den Sammlungen der Diözese sind auch Originalmanuskripte von Nikolaus Copernicus. Die Kirche hat jedoch viele weitere Schätze. Derzeit sind sie an verschiedenen Standorten untergebracht und stehen deshalb nicht einem breiteren Publikum zur Verfügung. Von Zeit zu Zeit werden sie auf Ausstellungen gezeigt. Beispiele dafür, welch reiche Sammlungen in Kirchen vorhanden sind, kann man auf der Ausstellung „Baptismalia 1050" sehen. Sie wurde für die Burg von Allenstein anlässlich des Jahrestages der Taufe Polens vorbereitet. Große Sammlungen, die dort präsentiert sind, stammen aus einer Reihe ermländischer Pfarreien. Das neue Museum soll ein Ort werden, wo dies alles systematisch gezeigt werden kann.

Exponate aus Malerei, Bildhauerei und Goldschmiedekunst

Im Museum der Erzdiözese von Ermland werden Objekte sakraler und religiöser Kunst zu sehen sein, beginnend ab dem 13. Jahrhundert. Es sind Exponate und Denkmäler aus dem Bereich der Malerei, der Bildhauerei und der Goldschmiedekunst.

Zwei Dauerausstellungen über die Geschichte der Erzdiözese von Ermland, ihre Kunst und Liturgie sind vorgesehen. Zusätzlich zu den zwei Dauerausstellungen bieten die Organisatoren auch temporäre Ausstellungen, wie auch die Vermarktung der Werke junger Künstler aus dem südlichen Ostpreußen.

Schirmherr des Museums ist Bischof Jan Oblak. Von 1982 bis 1988 war er Metropolit in Allenstein. Er ist unter anderem bekannt durch Veröffentlichungen über die Vergangenheit des Ermlands, wofür er im Jahr 1982 Ehrenmitglied der Polnischen Historischen Gesellschaft wurde.

Leszek Chaburski

Postkarten reden

Ostpreußenkarten im Internet

Unter www.eastprussia.ru findet man eine Internetseite des russischen Postkartensammlers Konstantin Kartschewskij aus Königsberg. Der Heimatforscher und Sammler ist ein kreativer Mensch, Reisender und Unternehmer. Kartschewskij betreibt seine Seite seit 2013. Heute sind darauf über 100 alte Postkarten von Städten und Dörfern in Ostpreußen zu sehen. Unter den Rubriken „Die Geschichte der Postkarte" (die Idee dazu entstand übrigens im Jahr 1868 in Karlsruhe), „Königsberg", „Ostseeküste", „Kurische Nehrung" und „Rominter Heide" findet man eine reichhaltige Auswahl. Daneben gibt es auch Artikel über Ritterburgen und Militärfriedhöfe, wo deutsche, russische und polnische Soldaten begraben sind, über die Natur und sogar über die Bierproduktion. Es gibt eine Menge interessanter und oft auch unerwarteter Themen.

Eine neue Seite der Geschichte für Postkartensammler ist die Kollektion von Artikellisten von Verlagen, welche die Karten herausgegeben haben. Einige dieser Verlage existieren noch heute, wie der bekannte Gräfe und Unzer Verlag.

Kartschewskij verbindet eine langjährige Freundschaft mit dem ehemaligen Leiter des Königsberger Sammlerklubs, Evgeny Dvoretski, der jetzt in Hamburg lebt (siehe *PAZ* Nr. 14, April 2014). Auf der Seite wird auch Dvoretskis zweisprachiges Buch „Pobethen in alten Ansichtskarten", dessen Mitautor Dietmar Wrage ist, vorgestellt.

Der Betreiber der Internetseite überrascht nicht nur mit Postkarten. Um etwas über die Denkmäler der Volksabstimmung von 1920 im südlichen Ostpreußen zu schreiben, hat er eine 300 Kilometer lange Fahrt in Begleitung seines 13-jährigen Sohns unternommen. Das Ergebnis sind Fotografien und historische Informationen, die nur wenigen Russen bekannt sind. Leider ist die Internetseite nur auf Russisch, aber die Karten schweigen nicht.. Sie sprechen für sich. Über info@eastprussia.ru kann man mit dem Autor in Kontakt treten. Er antwortet auf Deutsch. *E.D.*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

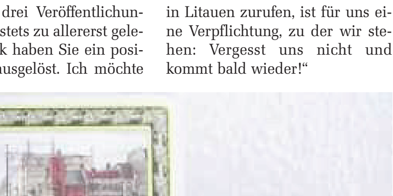
nehmt zuerst einmal auf diesem Weg meinen herzlichsten Dank vor allem für die guten und ehrlichen Wünsche zu meinem Geburtstag entgegen, die mir Kraft geben sollen, so weiter zu machen wie bisher, was angesichts der vielen vorliegenden Zuschriften auch notwendig ist. Und da hilft mir unser „Königsberger Wanderer“ **Jörn Pekrul** eine Brücke zu bauen vom Einst zum Heute, indem er auf die letzten Folgen unserer Kolumne eingeht: „Ich finde es gut, dass Sie diese schweren Erinnerungswochen der Vertreibung hervorheben. Als Nachgeborener kann man sich vor der Lebensleistung der Erlebnisgeneration nur verneigen. Wer diese Grausamkeiten mitgemacht hat, um dann ohne Willkommenskultur und unter Hintanstellung eigener Traumata das zerstörte Restland klaglos wiedermit aufzubauen, der hat auf dem dunklen Grund der Geschichte leuchtende Sterne hinterlassen. Sie werden noch lange durch die Zeit strahlen – als Beispiel und Ermutigung für nachfolgende Generationen. Und wir nehmen den Staffelstab gerne auf. Persönlich sind mir dazu zwei nützliche Helfer gegeben. Das ist zum einen Ihre Kolumne und die ganze Ostpreußische Familie, zum andern das aktuelle Buch ‚Wir letzten Kinder Ostpreußens‘ von Freya Klier. Beide lösen bei mir Interesse aus, das sich dann verselbstständig.“

Das beweist Jörn Pekrul immer wieder mit seinen Entdeckungen, an denen er uns in Wort und Bild teilnehmen lässt. Und mich nun mit einem „Fund“ überraschte, der für mich den Bogen über ein intensiv gelebtes Jahrhundert überspannt. „Etwa Hübsches für Frau Geede“, das war das Motto seiner letzten Königsberger Wanderung. Und es dauerte nicht lange, da wurde er fündig. Ausgerechnet im Roßgartenviertel, wo ich geboren und aufgewachsen bin, entdeckte er auf einem Markt eine große Teedose, deren Anblick ihn zuerst irritierte, denn diese eindeutig für ein russisches Käuferpotenzial sehr aufwendig angefertigte kastenförmige Dose zeigt Alt-Königsberger-Motive. Auf dem Deckel sieht man die Hohe Brücke und eine Alltagsszene aus der damaligen Zeit, die Ränder sind mit Panoramen aus dem alten Königsberg verziert, die besonders den Dom hervorheben. Die Beschriftungen im Innern mit den vier ebenfalls mit Alt-Königsberger Motiven verzierten Spezialdosen für verschiedene Teesorten sind ausschließlich in Russisch gehalten, aber zum Teetrinken benötigt man ja keinen Dolmetscher. Dass ich mich als altgewohnte Teetrinkerin darüber besonders gefreut habe, kann man wohl verstehen. Aber noch mehr zählt die Freude darüber, dass sie da zielbewusst erstanden wurde, wo ich als Kind gespielt habe. So schließt sich eben der Lebensbogen und öffnet sich wieder für das Heute.

Und da muss ich mich zuerst ganz herzlich bei den beiden „Bernds“ bedanken, die mir ihre Glückwünsche in einer Großanzeige in der *PAZ* überreichten. Also da war ich doch überrascht und möchte hier dem so aktiven Mithelferduo **Bernd Dauskardt/Bernd Brandes** meinen herzlichen Dank aussprechen und das nicht nur für diese Gratulation, sondern vor allem für ihre immer wache Bereitschaft zum Lösen vieler Fragen und Probleme, die in unserer Ostpreußischen Familie anstehen.

Was dabei bewirkt wird, ist einem Schreiben von Herrn Brandes zu entnehmen, das ich an unsere Familie weiterreichen soll, denn es handelt sich um die „Wolfskinder“, denen er zusammen mit seinem Mitstreiter **Manfred Schweinehagen** die ersehnte Deutschlandreise ermöglichen will. Wir hatten in drei Folgen über diese Hilfsaktion berichtet und dadurch wohl einige Leser veranlasst, spontan eine finanzielle Beihilfe zu leisten. Nun bedankt sich Herr Brandes dafür und berichtet zugleich über die geplante Realisierung dieses Vorhabens:

„Mit den drei Veröffentlichungen in Ihrer stets zu allererst gelesenen Rubrik haben Sie ein positives Echo ausgelöst. Ich möchte Sie nun bitten, wieder diesen Faden aufzugreifen. Damit die Spender auch wissen, was wir mit ihrem Geld planen. Mit dem von Manfred Schweinehagen und mir gehaltenen Vorträgen vor Landfrauen, Seniorenkreisen etc. und Ihrem Aufruf haben wir momentan eine Spendensumme in Höhe von 2200 erreicht. In vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Vater der Wolfskinder, Herrn Dr. **Wolfgang von Stetten**, wollen wir vier Wolfskinder zu einem Deutschland-Besuch einladen. Wir haben nur das Problem, dass die meisten nicht mehr ihre Muttersprache sprechen, sodass wir diese Frage zunächst bei einem kommenden Besuch im Memelland klären können. Aber mit den bisher eingetroffenen Spenden ist es uns möglich, den vier Wolfskindern in Deutschland ein angemessenes Reisegeld zu überreichen. Der letzte Satz, den uns die Wolfskinder stets beim Abschied in Litauen zurufen, ist für uns eine Verpflichtung, zu der wir stehen: Vergesst uns nicht und kommt bald wieder!“



Alt-Königsberger Motive auf einer russischen Teedose Bild: Privat

Und damit wären wir bei den Erfolgen, die ich ja angekündigt hatte und auf die wohl schon viele Leser gewartet haben. Da bahnt sich einer an, der beweist, dass sich die These, die wir in der Suchanzeige in Folge 3 brachten – „jetzt ist es spät, aber nicht zu spät“ – bewahrheitet hat. Aufgestellt hatte sie die Polin **Lidia Sierocinska** aus Owidz, die für die Mutter ihres Freundes nach einer Jugendfreundin aus Hinterpommern sucht. Diese war die Tochter einer Köchin, die bei der **Familie Zollenkopf** in Milewo, Gemeinde Neuenburg, beschäftigt war. Irene hatte mit der gleichaltrigen Zollenkopf-Tochter Else gespielt, es war eine feste Kinderfreundschaft, die selbst nach über 70 Jahren mit Vertreibung, Trennung und neuen Grenzziehungen nie vergessen wurde. Nun wollte die Polin helfen und hatte Erfolg. Uns erreichte die Nachricht, dass Else unter ihrem Ehenamen heute in Osnabrück lebt und dass sie bereits von einer Leserin über die Suche informiert wurde, ebenso Frau Sierocinska als Vermittlerin. Ob und wie sich die beiden Frauen zusammenfinden ist noch nicht bekannt, und deshalb ist dies als eine erste Stufe einer Erfolgsmeldung anzusehen.

Und hier haben wir voll ins Schwarze getroffen, aber wir waren auch schon sehr zielsicher gewesen, als wir das Anliegen von Frau **Sabine Barry** brachten: Sie suchte eine von der Schriftstellerin **Gertrud Papendick** geschriebene Erzählung, die auf einem Geschehen in der Familiengeschichte von Frau Barry basiert. Ihre verstorbene Großmutter war mit der Königsberger Schriftstellerin befreundet gewesen, nun fragte die Enkelin nach dieser in Ostpreußen spielenden Geschichte, die nach dem Krieg in einer der ersten ostpreußischen Anthologien erschienen war. Kurz nach der Veröffentlichung von Frau Barrys Suchwunsch in unserer Kolumne kam auch schon eine Bestätigung meiner Annahme mit diesem Schreiben von Sabine Barry:

„Kaum war meine Anfrage nach einer bestimmten Geschichte von Gertrud Papendick erschienen, klingelte bei mir das Telefon. Frau **Marianne Becker** meldete sich aus Berlin, sie hatte Ihren Artikel im ‘Ostpreußenblatt’ gelesen, besaß die gewünschte Geschichte und wollte sie mir zuschicken. Vor lauter Überraschung und Freude konnte ich zuerst gar nichts sagen. Zudem war ich von der Geschwindigkeit überwältigt, mit der meine Bitte aufgegriffen worden war. Frau Becker, eine Nichte von Gertrud Papendick, hatte alles säuberlich kopiert, mit einer hübschen Karte versehen und zur Post gebracht. Schon am nächsten Tag konnte ich voller Rührung die Geschichte lesen. Zugegeben: Gertrud Papendick hat sie literarisch etwas ausgeschmückt, im Kern aber stimmte sie selbst in Kleinigkeiten. Meine Großmutter hat mir diese Geschichte, die von der Geburt meiner Mutter im tiefverschneiten Ostpreußen handelte, oft erzählt. So möchte ich mich für diese schnelle und erfolgreiche Vermittlertätigkeit herzlich bedanken, die mir so viel Freude bereitet hat“.

Und mir auch – nicht nur durch diese schnelle Erfüllung eines Leserwunsches sondern auch durch eine unerwartete Zuschrift, die beweist, welche Kreise manchmal ein nur kurz angesprochenes Thema ziehen kann. Frau Barry hatte im Nachlass ihrer Großmutter einen Ausschnitt aus einem alten „Ostpreußenblatt“ gefunden, der einen Beitrag von mir über eine meiner Königsberger Lehrerinnen enthielt. Da Gertrud Papendick ja pädagogisch tätig gewesen war, hatte Frau Barry diesen Ausschnitt als Brücke zu ihrer Anfrage genutzt. Zu meiner Überraschung meldete sich daraufhin Frau **Dorothea Blankenagel**, die ebenfalls von der Oberschullehrerin unterrichtet worden war – nur sehr viel später. Sie hatte sogar deren Todesanzeige aufbewahrt. Und aus dieser entnahm ich nicht nur, dass **Helene Baumm** im Oktober 1979 im Alter von 90 Jahren verstorben war, sondern dass sie auch kurz nach ihrem letzten Geburtstag ein Dankschreiben verfasst hatte, in das sie auch meinen Beitrag im „Ostpreußenblatt“ mit einschloss. Und das erfuhr ich dank Frau Blankenagel erst jetzt.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Von Jägern und Gejagten

Die Berlinale wurde zum Ort der polnischen Selbstreflexion des deutschen Ostens

Polens Beitrag bei den Berliner Filmfestspielen „Berlinale 2017“ ist der Film „Pokot“ (Jagdstrecke) der Regisseurin Agnieszka Holand. Das Drehbuch schrieb die Schriftstellerin Olga Tokarczuk, quasi Niederschlesierin in erster Generation und Preisträgerin des internationalen Brückepreises der Europastadt Görlitz-Zgorzelec 2015.

„Neurode (Nowa Ruda) und Habelschwerdt (Bystrzyca Klodzka) im Glatzer Kessel sind die Orte des Geschehens – Polens Peripherie, ein Landstrich, der bis 1945 nie polnisch war, das Glatzer Bergland mit seiner wie barocke Architektur wirkenden Natur, mit seinen Geheimnissen. Wenn all das für die Region werben soll, dann freue ich mich. Viele werden erst durch den Film erfahren, dass wir solche Orte haben“, so die Schriftstellerin Olga Tokarczuk bei „Radio Wroclaw“, dem öffentlich-rechtlichen niederschlesischen Regionalsender.

Der Film ist ein Kriminal-Drama. Die Dorflehrerin für Englisch Janina Duszejko liest in den Sternen und spricht mit Tieren. Eines Nachts im Winter findet sie die Leiche ihres Nachbarn, eines Wilderers. Um die Leiche findet Duszejko ausschließlich Spuren von Rehen. Bald schon werden weitere Opfer tot aufgefunden. Alle verbindet ihre Leidenschaft – die Jagd. Die Polizei sucht nach dem Täter, doch Duszejko hat ihre eigene Theorie. Ist es möglich, dass die Jäger zu Gejagten wurden?

„Ich wollte erreichen, dass die Geschichte metaphorisch, allegorisch anmutet und zu einer tiefen Reflexion über das Verhältnis des Menschen zur Natur, aber auch gegenüber den schwächeren – den Tieren – motiviert“, so Tokarczuk. „Die Aufgabe der Literatur, des Films, der visuellen Kunst ist es, Grenzen zu erweitern, Standpunkte aufzuweisen, für deren Annahme man sonst keinen Anlass hat. Ich möchte erreichen, dass der Zuschauer den Film als Provokation sieht, dass er dadurch verwirrt wird. Und wenn er mit der Geschichte nicht einverstanden ist, dann ist es gut so. Ich muss mir treu bleiben, provozieren, Grenzen erweitern und unbequeme Fragen stellen“, versprach Tokarczuk, die viele Jahre als Psychologin mit verhaltensgestörten Jugendlichen gearbeitet hat.

Provoziert hat Tokarczuk viele polnischen Leser, indem sie die deutsche Geschichte Niederschlesiens literarisch verarbeitete oder die Geschichte des Judentums in Europa schildert und dabei die Polen nicht immer im besten Licht erscheinen ließ. Vor allem Letzteres brachte eine Welle der Entrüstung in den rechtskonservativen Kreisen Polens.

In Niederschlesien sieht man Olaga Tokarczuk durch ein anderes Prisma. Man schätzt ihren regionalen Blick, ihre Liebe zur Heimat. Rafal Gronicz, Bürgermeister des polnischen Teils der Europastadt Stadt Görlitz-Zgorzelec, sprach während der „Brückepreisverleihung“ im Görlitzer Gerhart Hauptmann-Theater davon, dass Tokarczuks Literatur ein Paradoxum aufdeckt, nämlich, dass die „möglichen“ und bereits geführten Gespräche zweier einst verfeindeten Nationen – der Polen und Deutschen – zueinander führen. „Es gibt aber auch die „unmöglichen“ innerpolnischen Gespräche. Diese sind notwendig, aber es ist immer noch nicht möglich, diese zu führen, weil sie so viele extreme Emotionen hervorrufen“, so der Bürgermeister. Damit spielte er auf die Anfeindungen der Autorin gegenüber an, weil sie Antisemitismus und Xenophobie der polnischen Gesellschaft in ihrer Kunst anprangert. Das Wichtigste für Gronicz im Schaffen von Tokarczuk ist jedoch nicht das Provozieren, sondern „die Hilfe im Erforschen der eigenen Wurzeln, der Heimaterkundung und der Stärkung unserer niederschlesischen Identität“.

Damals sprach Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth die Laudatio auf Olga Tokarczuk. Süssmuth räumte in ihrer Rede dem Thema „verlorene Heimat“ erstaunlich viel Raum ein. „Viele unserer Menschen wollen wieder zurück in – was Sie, Olga Tokarczuk, Mikrokosmos benennen – in das Lokale, das Regionale. Ich bezweifle, dass man ohne Heimat, ohne Bezug zu einem regionalen Ort, der einem nicht wegen des Ortes, sondern wegen seiner Eigenart, wegen seines Charakters Heimat wird, Globales aufbauen oder Weltsicht bekommen kann“, so Süssmuth.

Für Tokarczuk ist das Schreiben über ihre Heimat ein Mittel zum eigenen „Selbstverstehen“. Was den Film angeht, so ist sie zuversichtlich. Mit ihrer Weltanschauung passt Tokarczuk sowieso besser nach Berlin als irgendwo nach Polen. Allenfalls vielleicht ins heutige Niederschlesien, das durch seine westliche Lage und seine Prosperität insgesamt neue Maßstäbe östlich von Oder und Neiße setzt.

Der als Öko-Thriller bezeichnete Film „Pokot“ erhielt den „Silbernen Bären Alfed-Bauer-Preis der Berlinale 2017“ für das Eröffnen neuer Perspektiven.

Chris W. Wagner

Wir gratulieren ...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Wisch, Konrad, aus Kumehnen, Kreis Samland, am 26. Februar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Rauscher, Edith, geb. **Hagen**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 2. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Gerlach, Erna, geb. **Rosengart**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 2. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Borutta, Hans, aus Sellmenthöhe, Kreis Lyck, am 28. Februar
Dzingel, Hans, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 29. Februar
Vogt, Erna, geb. **Petrick**, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, am 26. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Rokotta, Kurt, aus Lyck, am 1. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Gläßmann, Karl, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 1. März
Horn, Martha, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 25. Februar
Liebold, Käte, geb. **Glandien**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 26. Februar
Opalka, Elisabeth, geb. **Chmielewski**, aus Paterschobensee, Kreis Ortelsburg, am 26. Februar
Paslawski, Gerda, geb. **Olschewski**, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 26. Februar
Pohl, Hedwig, geb. **Chlebowitz**, verw. **Dieck**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 1. März
Wanzke, Ursula, geb. **Braun**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Abrolat, Gertrud, geb. **Graschtat**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 27. Februar
Kutzmutz, Erika, geb. **Lagerpusch**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 1. März
Maaß, Helene, geb. **Nilotzki**, aus Neidenburg, am 26. Februar
Matzigkeit, Siegfried, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, am 25. Februar
Melzer, Hildegard, geb. **Pichler**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Burk, Paul, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 27. Februar
Drochner, Heinz, aus Schlichtingen, Kreis Elchniederung, am 27. Februar
Frank, Angela, geb. **Ott**, aus Wehlau, am 28. Februar
Giesel, Elisabeth, geb. **Rockel**, aus Grünhoff, Kreis Samland, am 28. Februar
Herrendörfer, Maria, geb. **Klimaschewski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 24. Februar
Hlavaka-Mozarski, Rose, aus Prostken, Kreis Lyck, am 2. März
Hohmann, Ursula, aus Lyck, am 25. Februar
Jestrzemski, Hildegard, aus Lyck, am 24. Februar
Kowalsky, Martha, geb. **Bury**, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 26. Februar
Kühl, Lilly, geb. **Weichler**, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 26. Februar
Lasarzik, Ilse, aus Treuburg, am 28. Februar
Meier, Gerhard A., aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 2. März
Neuweiler, Lotte, geb. **Dohmann**, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 24. Februar
Petrat, Hilmar, aus Bartztal, Kreis Ebenrode, am 28. Februar
Pichottka, Elfriede, aus Prostken, Kreis Lyck, am 29. Februar
Ruppenstein, Erwin, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 1. März
Schwarz, Lydia, geb. **Hill**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 2. März
Segatz, Luzi, geb. **Schneider**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 27. Februar
Steimmig, Gerda, aus Lyck, am 28. Februar
Quick, Irma, geb. **Fohs**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 2. März
Walendy, Bruno, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, am 26. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Andrick, Bruno, aus Neidenburg, am 26. Februar
Bernhard, Wilhelm, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 27. Februar
Daudert, Erich, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 2. März
Forster, Betty, geb. **Buchholz**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 26. Februar
Giehmann, Hildegard, aus Prostken, Kreis Lyck, am 27. Februar
Jankowski, Erich, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 1. März
Jork, Elfriede, geb. **Lehmann**, aus Modelk und Muschak, Kreis Neidenburg, am 27. Februar
Klein, Ingeborg, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 27. Februar
Lendzian, Helga, geb. **Gramatzki**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 62, am 24. Februar
Porath, Edeltraut, aus Lyck, am 1. März
Poweleit, Edith, geb. **Meller**, aus Pobethen, Kreis Samland, am 24. Februar
Riewe, Lydia, geb. **Grabowski**, aus Neidenburg, am 1. März
Sopp, Gertrud, geb. **Wrobel**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 26. Februar
Sywottek, Heinrich, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 1. März
Weichler, Horst, aus Neidenburg, am 1. März
Wilmann, Erna, geb. **Stegmann**, aus Alt Passarge, Kreis Heiligenbeil, am 23. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Buchholz, Traute, geb. **Palkies**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 24. Februar
Draempaehl, Else, geb. **Markowski**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 2. März
Holfert, Martha, geb. **Olschewski**, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 26. Februar
Kulessa, Anneliese, geb. **Pilgrim**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 1. März
Loose, Ruth, geb. **Dombrowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 28. Februar
Lubitzki, Horst, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 25. Februar
Madeyka, Gottfried, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 2. März
Neunfinger, Erika, geb. **Böhnke**, aus Schönhöhe, Kreis Ortelsburg, am 26. Februar
Ork, Hedwig, geb. **Scheller**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 28. Februar
Ringies, Ursula, geb. **Gregorz**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 27. Februar
Schellong, Hildegard, aus Schalensee, Kreis Lötzen, am 25. Februar
Steinert, Karl-Heinz, aus Treuburg, am 27. Februar
Strelski, Oscar, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 24. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Butzek, Gustav, aus Wildheide, Kreis Ortelsburg, am 28. Februar
Gehlhaar, Walter, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 27. Februar
Hergert, Eleonore, geb. **Mertsch**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 27. Februar
Klausmann, Karl-Heinz, aus Sarkau, Kreis Samland, am 26. Februar
Klein, Brigitte, geb. **Budnick**, aus Königsberg, am 28. Februar
Krämer, Christel, geb. **Pfarr**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. März
Kröger, Irene, geb. **Kiy**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 2. März
Plota, Lisbeth, geb. **Glowatz**, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 25. Februar
Steppat, Bruno, aus Hüttenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 1. März
Warschewski, Edtih, geb. **Zarsen**, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, am 2. März
Welsch, Cuno, aus Kleingrenzberg, Kreis Elchniederung, am 28. Februar
Royal, Wanda, geb. **Ruppenstein**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 27. Februar
Sprenger, Herta, geb. **Mett**, aus Bartztal, Kreis Ebenrode, am 25. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Baudy, Gisela, geb. **Makolies**, aus Tilsit, am 25. Februar
Dirschl, Meta Olga, geb. **Dombrowski**, aus Skuripen, Kreis Neidenburg, am 24. Februar
Dix, Henny, geb. **Galla**, aus Hardichhausen, Kreis Neidenburg, am 2. März
Grau, Bodo, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 25. Februar
Heuft, Helene, geb. **Wisbar**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 2. März
Kairat, Elisabeth, geb. **Scheffler**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 1. März
Kalwa, Herbert, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 28. Februar
Kelch, Edith, geb. **Rosowski**, aus Schobendorf, Kreis Ortelsburg, am 26. Februar
Kischnick, Benno, aus Georgenswalde, Kreis Samland, am 27. Februar
Kruska, Siegfried, aus Ukta, Kreis Sensburg, am 25. Februar
Kunze, Alma, geb. **Lemke**, aus Grünwalde, Kreis Samland, am 28. Februar
Kuschel, Hildegard, geb. **Marzian**, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 28. Februar
Maciejczyk, Gerda, geb. **Wojkos**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 1. März
Makowe, Rosemarie, geb. **Juzewitz**, aus Pottlitten, Kreis Heiligenbeil, am 1. März
Reichelt, Brigitte, aus Lyck, Memeler Weg 8, 25. Februar
Rimkus, Waltraut, geb. **Endrullat**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 29. Februar
Rubbel, Herta, geb. **Garnies**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 2. März
Raff, Helmut, aus Wissowatten, Kreis Lötzen, am 26. Februar
Ritter, Helene, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 28. Februar
Sand, Ernst, aus Kirpehnen, Kreis Samland, am 28. Februar
Schmieder, Gertrud, geb. **Steffens**, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 25. Februar
Schulz, Helga, geb. **Tessmer**, aus Lötzen, am 24. Februar
Sdorra, Siegfried, aus Kreuzborn, Kreis Lyck, am 27. Februar
Steinbacher, Christa, aus Wagonen, Kreis Ebenrode, am 1. März
Thiemcke, Hildegard, geb. **Buslowski**, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, am 24. Februar
Uzgidis, Ruth, geb. **Kupzyk**, aus Ringen, Kreis Treuburg, am 26. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Apel, Resi, geb. **Scheer**, aus Groß Degesen, Kreis Ebenrode, am 2. März
Baran, Gerda, geb. **Kühnast**, aus Maldanen, Kreis Ortelsburg, am 2. März
Bartelsen, Brigitta, geb. **Kowalzik**, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 26. Februar
Evers, Ingrid, geb. **Stieglitz**, aus Wehlau, am 24. Februar
Günther, Albert, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 24. Februar
Guttmann, Ursula, geb. **Preuß**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 2. März
Hanisch, Käthe, geb. **Godlinski**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 1. März
Hanke, Charlotte, geb. **Schieschollek**, aus Michelsdorf, Kreis Ortelsburg, am 26. Februar
Kappus, Siegfried, aus Ebenrode, am 24. Februar
Krüger, Hans-Heinrich, aus Lyck, am 25. Februar
Kuehn, Elfriede, geb. **Hellmann**, aus Wolfsee, Kreis Lötzen, am 2. März
Lüttin, Heinz, aus Biothen, Kreis Wehlau, am 2. März
Meyer, Dieter, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 28. Februar
Meyerhoff, Lisette, geb. **Gorski**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 27. Februar
Möller, Margarete, geb. **Kalkstein**, aus Grünwiese, Kreis Heiligenbeil, am 26. Februar
Möller, Renate, geb. **Thomas**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Februar
Moog, Ingrid, aus Lötzen, am 24. Februar
Rautenberg, Karl, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 25. Februar
Raven, Ingrid, geb. **Spieshöfer**, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, und aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 24. Februar
Rohmann, Manfred, aus Ramecksfelde, Kreis Lyck, am 25. Februar
Segendorf, Werner, aus Bruckhöfen, Kreis Ebenrode, am 26. Februar
Sparka, Dorothea, geb. **Brandt**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 25. Februar
Taschke, Heinz, aus Neidenburg, am 24. Februar
Tennigkeit, Herbert, aus Größpelken, Kreis Tilsit-Ragnit, am 28. Februar
Thews, Horst, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 26. Februar
Wiek, Siegfried, aus Klein Rödersdorf und Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 26. Februar
Wornowski, Ernst, aus Schönbrück, Kreis Allenstein, am 26. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Baran, Reinhard, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 27. Februar
Döhring, Wolfgang, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 1. März
Fischer, Anita, geb. **Kukla**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 25. Februar
Fuge, Norbert, aus Rossen-Gerlachsdorf, Kreis Heiligenbeil, am 25. Februar
Geisler, Marie-Luise, geb. **Wenzel**, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 28. Februar
Holländer, Edeltraut, geb. **Herrmann**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 2. März
Ninka, Wolfram, aus Richtenberg, Kreis Treuburg, am 28. Februar
Schaal, Hannelore, geb. **Zilz**, aus Dräwen, Kreis Ebenrode, am 28. Februar
Schröder, Brigitte, geb. **Sinnhöfer**, aus Ebenrode, am 1. März
Sinagowitz, Siegbert, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 2. März

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Termine der LO

2017
18. bis 19. März: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg
1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
28. bis 30. April: Kulturseminar in Helmstedt
8. bis 10. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt
13. Mai: Das große Jahrestreffen der Ostpreussen
17. Juni: Sommerfest des VdGEM in Osterode
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Nachruf

Die Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen) in der Landsmannschaft Ostpreußen verliert eine treue Seele und einen beherzten Vertreter. Für sein völkerverbindendes Wirken und seine ehrenamtlichen Leistungen im heimatpolitischen Bereich wurde Martin Mathiszig 1996 mit dem Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet.

Martin Mathiszig wurde am 4. September 1928 in Kattenau, das zum Kreis Ebenrode gehörte, als zweiter Sohn des Bezirksbauernführers Johannes Mathiszig geboren. Seiner unbeschwerten Kindheit auf dem Lande widmete er zahlreiche unveröffentlichte Aufsätze. Durch die Kriegsgeschehen landete er nach der Flucht über das gefrorene Haff mit Pferd und Wagen in Sittensen (Niedersachsen). Sein Bruder wurde seit 1945 an der Ostfront vermisst.

Dank der mitgebrachten Pferde und seinem aussergewöhnlichen technischen Geschick gelang es ihm, bereits 1950 ein Transportunternehmen zu gründen. Dafür baute er zu Beginn eigenhändig die benötigten Fahrzeuge, zum Erstaunen der Technischen Prüfungsanstalten TÜV. In den folgenden 59 Jahren seines Betriebs wurden fast alle Reparaturen von eigener Hand durchgeführt. Sein Motto war „Geht nicht, gibt's nicht“.

Wie bereits seine Eltern Johannes und Lisbeth Mathiszig, die über mehrere Jahrzehnte Karteiführer und Kassenwart der Kreisgemeinschaft waren, unterstützte er bereits in den 70er Jahren die Kreisdokumentation. Seine Schwester Inge Höft, geborene Mathiszig, war bis zu ihrem Tod 2013 Kirchspielvertreterin. Das Engagement von Martin Mathiszig gelangte zur Blüte dank der Annäherung der Ost-West-Beziehungen und der Aussicht, sein geliebtes Heimatland endlich einmal wiederzusehen.

Durch das Buch „Perestroika“ von Michail Gorbatschow motiviert, versuchte er im Januar 1988 vergeblich den Kontakt zu der heutigen Bevölkerung seines Heimatortes Kattenau aufzunehmen. Im November 1989 gelang es ihm, unter abenteuerlichen Verhältnissen, sei-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

nen Traum zu verwirklichen und den Heimatboden für wenige Stunden zu betreten, nach 45 Jahren des Wartens und Hoffens.

Ein Jahr später erreichte ihn der Hilferuf der russischen Deutschlehrerin von Kattenau, die ein lebensrettendes Medikament für ihren Sohn Aljoscha benötigte. Martin Mathiszig gelang es, die fehlenden Arzneimittel zu besorgen, und konnte sie sogar persönlich überbringen. Der Junge wurde gesund. Dies war der Beginn einer humanitären Hilfe, die er in kompletter Eigenleistung für die bedürftigen Bewohner von Kattenau organisierte. Von 1991 bis 2005 konnte er 22 Hilfstransporte mit einem zum Teil dafür extra angeschafften LKW durchführen.

Durch seinen Enthusiasmus und seine herzliche, verbindliche Art, ist es ihm gelungen, Menschen aus Ost und West zusammenzubringen. In seinem Bekanntenkreis konnte er Begleiter für die langen Fahrten in das russische Dorf gewinnen. Bei der russischen Bevölkerung in Furmanowka hat er das Interesse für die eigene Ortsgeschichte, sowie die deutsche Sprache und Kultur geweckt, wodurch Kontakte entstanden, die bis heute nicht abgebrochen sind.

Martin Mathiszig verstarb leider am 23. Januar 2017 in Rotenburg/Wümme.



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

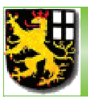
Heimattreffen

Zum 49. gesamtdeutschen Heimattreffen am Sonnabend, 11. März, laden wir alle Landsleute und daran Interessierte herzlich ein. Es findet in der Zeit von 10 bis 17 Uhr im Spornitzer „Landhotel“ statt. Wir wollen gemeinsam die Heimat gegenwärtig werden lassen. Es wird viel Wissenswertes über Ostpreußen zu erfahren sein. Eine spannende Filmvorführung wird es ebenfalls geben.

Das Hotel kann entweder mit dem Pkw über die Bundesautobahn 24 und nach deren Verlassen am Abzweig Neustadt-Glewe oder mit der Bahn über den Eisenbahnknotenpunkt Ludwigslust erreicht werden.

Das Hotel verfügt über ausreichend Parkplätze und bietet auch für die Weitgereisten eine Unterkunft. Eine Übernachtung sollte aber rechtzeitig mit Frau Troch unter Telefon (038726) 88460 vereinbart werden.

Auskunft erteilt Dr. Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brinckman-Str. 14 b, Parchim, Telefon/Anrufbeantworter/Fax: (03871) 226238.



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin: Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreterin Monika Buddych, Op de Dümmer 32, 45772 Marl/Westf., Telefon (02365) 691690. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Die Termine 2017

Liebe Kreis Mohrunger und liebe Heimatfreunde, zunächst wünsche ich Ihnen ein gesundes und friedvolles Jahr 2017! Hiermit möchte Ihnen die zurzeit anstehenden Termine bekanntgeben:

24. Februar: Kassenprüfung für das Geschäftsjahr 2016.

25. Februar: Kreisausschuss-Sitzung. Die schriftlichen Einladungen wurden an die Kassenprüfer und Kreisausschuss-Mitglieder termingemäß verschickt. Die Kassenprüfung und Kreisausschuss-Sitzung finden in unserer Patenstadt Gießen statt.

Am 16. und 17. September findet unser diesjähriges Heimatkreistreffen in Bad Nenndorf, Grandhotel Esplanade/L Orangerie, Bahnhofstraße 8, statt. Der Programmablauf für das Heimatkreistreffen wird noch bekanntgegeben. Über eine zahlreiche Teilnahme würden wir uns sehr freuen.

Termine in der Heimat

6. Juni: 10-jähriges Bestehen der Mohrunger Stuben in Mohrungen.

25. August: Herders Geburtstags-Feier.

26. August: 25-jähriges Bestehen des Vereins der Deutschen Bevölkerung „Herder“ in Mohrungen.

Auch hier würden wir uns über Ihre Teilnahme sehr freuen.

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries,

Förderkreis Kirche Mühlhausen

In Hannover trafen sich der Vorstand und weitere Mitglieder des Förderkreises Kirche Mühlhausen zu ihrer jährlichen Sitzung. Wegen des winterlichen Wetters waren nur wenige erschienen, die notwendigen Beschlüsse konnten jedoch gefasst werden. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Nach wie vor sind: Vorsitzender: Martin Lehmann, Stellvertreterin: Gisela Scholz, Schriftführerin Dagmar Trowitz und Schatzmeisterin: Erika Zschiesche. Letztere ist gleichzeitig Schatzmeisterin und Geschäftsführerin der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau! Aus der Berichterstattung ist hervorzuheben, dass die Tätigkeit der Evangelisch-Lutherischen Kirche durch die Verwaltung leider immer mehr eingeengt wird. So müssen zum Beispiel alle Verträge, auch Bauaufträge, im Entwurf dem Justizministerium des Bezirks vorgelegt werden. Im Sommer 2017 wird die Restaurierung der Holzdecke des Langhauses abgeschlossen sein. Danach wird in der Kirche ein feierlicher Gottesdienst zur 500-jährigen Wiederkehr der Reformation abgehalten. *Martin Lehmann*



Preußisch Eylau: Die Mühlhauser Kirche. Im Sommer soll die Restaurierung der Holzdecke abgeschlossen sein Bild: Lehmann



Zum Vormerken

Bitte den Termin des Kreistreffens Preußisch Eylau vormerken: 30. September und 1. Oktober in Verden!





SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Jahresfahrt

Unter dem Motto „501 Jahre Schlossberg in Ostpreußen“ lädt die Kreisgemeinschaft vom 7. Juli bis zum 15. Juli zur Jahresfahrt ein. Unter anderem geht es nach Schlossberg, Ebenrode, Wystiten (Vistytis),Nord-Masuren, in die Rominter Heide, nach Trakehnen, Insterburg, Gumbinnen, Königsberg und Danzig. Das Programm:

1. Tag: Fahrt ab Wuppertal und weiteren Zustiegen über Hannover, Berlin, nach Posen zur ersten Übernachtung.

2. Tag: Fahrt durch das Warthe-Weichsel Gebiet mit zirka einstündigem Fotostopp in der Kopernikus-Stadt Thorn. Weiter geht es über Osterode und Allenstein zur Übernachtung in Sensburg.

3. Tag: Heute befahren Sie eine besonders schöne Route. Über Lötzen am Löwentinsee, der Feste Bojen, durch die wunderschöne Moränenlandschaft über Benkheim erreichen Sie Goldap. Besuch am „schönen Berg“ und im Haus der Heimat. Weiter fahren Sie durch die Wälder der südlichen Rominter Heide. Sie sehen das Viadukt in Staatshausen den Bahnhof in Szitkehmen das Drei-Länder-Eck wo Polen, Russland und Litauen aneinandergrenzen sowie den Wystiter See. Von Wystiten aus fahren Sie entlang der alten ostpreußischen Grenze nach Kibarten, wo Sie die litauisch-russische Grenze passieren. Über Ebenrode erreichen Sie Trakehnen. Sie wohnen im Gasthaus Alte Apotheke und in Privatquartieren. Auf Wunsch kann das neue Hotel in Ebenrode gebucht werden. Drei Übernachtungen sind vorgesehen.

4. Tag: Führung durch das ehemalige Gestüt Trakehnen. Anschließend Zeit zur freien Verfügung zum Beispiel für Besuche der Heimatorte mit Mietwagen. In Absprache mit allen Reiseteilnehmern ist auch ein Bus-Ausflug zum Beispiel durch den Kreis Schlossberg oder in die Rominter Heide geplant.

5. Tag: Fahrt nach Schloßberg zur Stadtbesichtigung mit Besuch des Privat-Museums. Durch die Dörfer der Umgebung fahren Sie nach Insterburg und Georgenburg mit Besichtigung des dortigen Gestütes und der Burgen. Anschließend in Gumbinnen besuchen Sie die Salzburger Kirche. Übernachtet wird in Trakehnen.

6. Tag: Fahrt mit Foto-Stopp in Taplaken an der alten Pregel-Schleuse, nach Königsberg. Nach einer Stadtrundfahrt steht der restliche Tag zur freien Verfügung. Möglichkeit zu einer Schifffahrt von Königsberg nach Pillau.

7. Tag: Von Königsberg fahren Sie bei Heiligenbeil über die polnische Grenze durch das Weichseldelta nach Danzig. Dort steht unter anderem eine Stadt-Rundfahrt auf dem Programm.

8. Tag: Vormittags geht es zum Orgelkonzert in der Kathedrale Oliva. Anschließend fahren Sie nach Karthaus und weiter durch die kaschubische Schweiz und das südliche Pommern in die pommersche Hauptstadt Stettin.

9. Tag: Gut ausgeschlafen und mit schönen Erinnerungen wird die Heimreise angetreten.

Anmeldung und weitere Informationen bei Scheer–Reisen, Leonhardstraße 26, 42281 Wuppertal, Telefon (0202) 500077, E-Mail: info@scheer-reisen.de.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

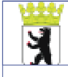
Ansbach – Sonnabend, 25. Februar, 15 Uhr, Orangerie, Promenade 33: Fasenacht mit Spielen, Rätseln und Quiz.

Bamberg – Mittwoch, 15. März, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Monatstreffenmit einem Vortrag zum Thema „Bilder zur Osterliturgie“.

Buchen – Donnerstag, 9. März, 14.30 Uhr: Gemütlicher Nachmittag in einer Hütte mit Kaffeetafel, Liedern und einem literarischen Beitrag: Die Gutsbesitzertochter, E. Klawitter erzählt in liebenswert-treffender Weise über ihre Mädchenjahre in Masuren. Abfahrt in Buchen ist um 14 Uhr. Weitere Informationen unter Telefon (06281) 8137.

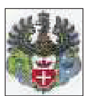
München – Freitag, 10. März, 14 Uhr, Haus des deutschen Ostens, Lilienberg 5: Zusammenkunft der Frauengruppe,

Nürnberg – Dienstag, 28. Februar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Nürnberg-Langwasser (Gegenüber der U1): Unser Motto heißt „Ein wenig Helau“. Gäste sind willkommen!



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr.



Königsberg – Freitag, 24. Februar, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon 4944404.



Frauengruppe – Mittwoch, 8. März, 13:30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Treffen der Gruppe. „Wir freuen uns auf den Frühling“. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremervörde – Krankheitsbedingt muss die Jahreshauptversammlung im Barlachhaus auf den 24. März (14.30 Uhr) verschoben werden. Informationen: Wolfgang Paul, Telefon (0471) 86176.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16



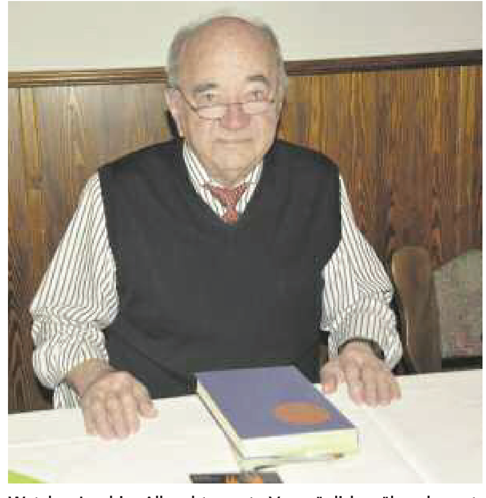
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Fast einhundert Gäste kamen zum Neujahrsempfang des Hamburgers Landesverbandes des Bundes der Vertriebenen (BdV). Der Vorsitzende Willibald Piesch begrüßte unter anderem den aus Oberschlesien stammenden Weihbischof des Erzbistums Hamburg Hans-Jochen Jaschke sowie die Vertreter der Hamburgischen Bürgerschaft, Gerhard Lein von der SPD und Alexander Wolf von der AfD. Ebenfalls unter den Gästen: Der Regisseur Michael Uhl vom Hamburger Ohnsorg-Theater.

Mit Johannes Brahms „Ungarischen Tänzen Nr. 5“ – am Klavier vom Westpreußen Horst Sombert virtuos intoniert – wurde der Empfang eröffnet. In ihren Grußworten hoben die Ehrengäste die Bedeutsamkeit dieses Jahres, bezüglich der Reformation durch Luther und der Bundestagswahl am 24. September hervor. Regisseur Uhl dankte den Mundartsprechern für die bisherige Hilfe. Das geplante Theaterstück mit Mundarten des deutschen Ostens und norddeutschem Plattdüütsch möchte er spätestens 2018 dem Publikum vorstellen.

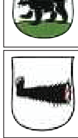
Nach dem offiziellen Teil wurde lebhaft diskutiert. Bei Sekt und einem kleinen Imbiss wurden Prognosen zu Bundestagswahlergebnisse gewagt. Die Ostpreußin Christel Neumann erheiterte mit dem Gedicht „Neujahr“. Helga Seeger trug einen Gruß der Siebenbürgischen Sachsen für 2017 vor. Der Pastor im Ruhestand Peter Voß leitete mit seiner Anekdote über deutsches Volksliedgut im eisigen Sibirien zum Ausklang ein. Mit dem deutschen historischen „Kein schöner Land...!“ klang der Empfang dann aus.



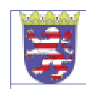
Wetzlar: Joachim Albrecht wusste Vergnügliches über den ostpreußischen Humor zu berichten Bild: Rühl

KREISGRUPPEN





Insterburg, Sensburg – Mittwoch, 1. März, 12 Uhr, Hotel „Zum Zeppelin“, Frohmestraße 123-125: „Trickbetrüger, die sich als falsche Polizeibeamte ausgeben“ – aus aktuellem Anlass wird uns der Polizeioberkommissar Herr Beneke mit einem Vortrag einige Sorgen nehmen. Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon (040) 587585, Fax: (040) 52678519, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 25. Februar, 14.30 Uhr, Luise-Büchner-Haus, Grundweg 10, Darmstadt-Kranichstein: Unter musikalischer Begleitung mit dem Akkordeon-Duo Karin Liedke und Rudi Mohr feiern wir gemeinsam unser „Preußisches Fasteloawend“. Lustigen Beiträgen, auch aus dem Kreise unserer Besucher, hören wir gerne zu. Wir freuen uns auf ein Wiedersehen und einen fröhlichen Nachmittag.

Kassel – Donnerstag, 2. März, 14.30 Uhr, AWO-Heim, Am Wehrturm 3: „Das schöne Samland“ – Lichtbildervortrag von Werner Rossius. Im Rahmen des Heimatnachmittages findet auch ein Lichtbildervortrag statt.

Wetzlar – Montag, 13. März, 18.30 Uhr, Restaurant „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: „Was Essen zum Genuss macht“ ist das Thema beim Treffen der Kreisgruppe. Dazu spricht die Kulturbeauftragte der ost- und westpreußischen Landsmannschaft in Hessen, Karla Weyland. Zum Programm gehört auch ein Grützwurstessen, das es gegen Vorbestellung gibt. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

– Bericht –

Nur noch selten ist im Alltag der ostpreußische Dialekt zu hören. Umso mehr freuten sich die Besucher beim Treffen der Kreisgruppe Lahn-Dill in den Grillstuben in Wetzlar diesem besonderen Dialekt lauschen zu können. „Mein Vater unterhält sich mit seiner Schwester immer in Ostpreußisch. Dabei kommt es ganz oft zu Missverständnissen. Jetzt weiß ich, dass dies nicht alleine ihnen so ergeht“, so einer der Besucher.

Albrecht, der selbst aus Ostpreußen stammt, konnte den Dialekt vorzüglich und trug kleine Geschichten und Witze vor, die Schmunzeln und Lachen hervorriefen. „Als kleiner Junge habe ich immer schon bewundert, wie mein Vater Witze erzählte“, so Albrecht. Dabei sei ihm die Trockenheit der Witze aufgefallen und das Aneinander vorbei reden. Dazu hatte der ehemalige Versicherungskaufmann aus Wetzlar einige Beispiele mitgebracht. Etwa dieses: Der Großvater will den Enkel von der Schule abholen. Vor dem Schultor fragt ihn eine Frau: „Erwarten Sie ein Kind?“ Antwortet der Großvater: „Nein, ich bin immer so dick!“.

Albrecht, der seine eigene Geschichte in einem Buch unter dem Titel „Katjuscha lässt grüssen – Königsberg im Januar 1945“ veröffentlichte, hatte auch einige grundsätzliche Aussagen zum Humor parat. So sagte er, dass Freude und Humor sehr wichtig für die Gesundheit seien. Ein Kleinkind lache etwa 100 mal am Tag. Der Erwachsene habe das verlernt und würde nur noch 15 mal die Lippen zu einem Lachen formen. Mit Humor gehe vieles leichter, es sei wohltuend für Leib und Seele. Wer lache, komme leichter durchs Leben und sei erfolgreicher.

Der Ostpreuße kenne vor allem deftigen Humor. Dazu hatte er etliche Beispiele im Gepäck. Etwa dieses: Auf masurischen Bauernhöfen lebten drei Generationen unter einem Dach. Die alte Großmutter hörte nicht mehr gut und hat etliches missverstanden. Als sie fragte, was denn ihr Enkel Fritz gerade mache, erhielt sie zur Antwort: „Der Fritz liegt auf der Veranda“. Darauf die Oma: „Ach, was die Mädchen heute für komische Namen tragen“. Albrecht konnte viele solcher Witze zum Besten geben. Abends fällt aus der Bibel ein buntes Ahornblatt. Da sagt die Ehefrau: „Schau mal, was ich gefunden habe“. Darauf der Mann: „Ich glaube, das ist Adams Unterhose.“

Nicht nur Albrecht hatte Beispiele ostpreußischen Humors mitgebracht. Auch die Besucher kramten Bücher oder Erinnerungen hervor und gestalteten so eine gelungene Veranstaltung mit.

Der Vorsitzende der Kreisgruppe Kuno Kutz wies darauf hin, dass die Landeskulturtagung der Landsmannschaft am 22. und 23. April in Weilburg ausgerichtet wird. Und er gab bekannt, dass der Bund der Vertriebenen am Dienstag, 25. Juli eine Fahrt zum Modehaus Adler in Haibach bei Aschaffenburg plant, zu der auch eine Modenschau gehört. Auf der Rückfahrt werden die Teilnehmer eine Stadtrundfahrt in Frankfurt machen.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

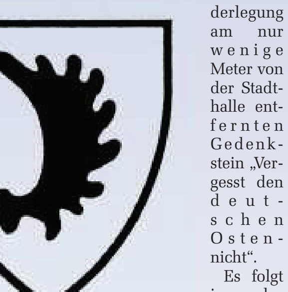
Fragen und Antworten zum LO-Jahrestreffen in Neuss

Im Zusammenhang mit dem Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) am 13. Mai 2017 in der Stadthalle Neuss erreichen die Bundesgeschäftsstelle verstärkt Fragen zum Ablauf der Veranstaltung. Nachfolgend möchten wir die am häufigsten gestellten Fragen beantworten.

Warum gibt es keine Deutschlandtreffen der Ostpreußen mehr?

Trotz des guten Zuspruchs beim Deutschlandtreffen in Kassel 2014 sind die Teilnehmerzahlen bei den Bundestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen rückläufig. Die Zahl der Besucher hat sich in den letzten 20 Jahren um Dreiviertel reduziert. Viele Ostpreußen sind nicht mehr in der Lage, die Strapazen einer langen Reise und eines zweitägigen Treffens auf sich zu nehmen. Hinzu kommt, dass wegen des hohen Kostenaufwandes – die Landsmannschaft Ostpreußen erhält für die Treffen keine öffentlichen Zuschüsse – die Deutschlandtreffen nur alle drei Jahre stattgefunden haben. Vor diesem Hintergrund sind der Bundesvorstand und die Ostpreußische Landesvertretung zu der Überzeugung gekommen, dass es sinnvoller ist, ab 2017 in kürzeren Abständen dezentrale Treffen an wechselnden Orten durchzuführen.

Worin unterscheidet sich das Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Neuss von den Deutschlandtreffen der Ostpreußen?



Es handelt sich bei dem Jahrestreffen um eine eintägige Veranstaltung. Ein Treffen der Heimatkreise ist nicht geplant. Daher ist auch keine Reservierung von Plätzen für die Kreisgemeinschaften in der Stadthalle vorgesehen. Einzelne Kreisgemeinschaften, Landesgruppen und Einrichtungen werden ihre Arbeit an einem Ausstellerstand im Foyer präsentieren. Im Eingangsfoyer findet auch die gastronomische Versorgung der Teilnehmer statt und werden Kulturausstellungen präsentiert. Wegen der begrenzten Platzkapazitäten gibt es keine gewerblichen Aussteller wie Reiseveranstalter, Buchhändler oder Bernsteinverkäufer.

Was erwartet die Besucher konkret in Neuss?

Das Jahrestreffen beginnt am Sonnabendmorgen mit einer Kranzniederlegung am nur wenige Meter von der Stadthalle entfernten Gedenkstein „Vergesst den deutschen Osten nicht“.

Es folgt in der Stadthalle die Festveranstaltung mit Fahneneinmarsch und mit der Ansprache des Sprechers Stephan Grigat. Nach der Mittagspause mit kostenfreier Gulaschsuppe wird es ein kurzweiliges Kulturprogramm mit dem Sänger Bernstein, dem Schauspieler Herbert Tennigkeit, der Volkstanzgruppe Saga aus Bartenstein und der DJO-Spielschar „Klingende Windrose“ geben. Die Festveranstaltung wird musikalisch vom Musikverein Holzheim umrahmt.

Warum können Eintrittskarten nur im Vorverkauf und nicht an den Tageskassen erworben werden?

Der große Saal der Stadthalle Neuss bietet bei einer Bankettbestuhlung maximal 900 Personen Platz. Um eine Überfüllung der Veranstaltung zu vermeiden und die gastronomische Versorgung der Teilnehmer planen zu können, werden Karten ausschließlich im Kartenvorverkauf angeboten. Nur so kann verhindert werden, dass Teilnehmer wegen Überfüllung der Veranstaltung in Neuss vor verschlossener Tür stehen.

Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte an die: Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. Sebastian Husen, Telefon (040) 414008-23, husen@ostpreussen.de.

Kartenvorverkauf:

Eintrittskarten zum Preis von zehn Euro pro Stück, zuzüglich einem Euro Versandkostenpauschale erhalten Sie bei der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Christiane Rinser-Schrut, Telefon (040) 414008-0, Fax (040) 414008-50, E-Mail: rinser@ostpreussen.de.

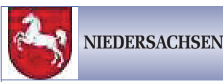
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 9. März, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen.

Osnabrück – Dienstag, 7. März, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Sonnabend, 11. März, Parkhotel: Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen. Anmeldung bis Mittwoch, 1. März bei Else Tober, Telefon 13993614 oder bei Barbara Kleine, Telefon 74282.

– Nachruf –

Alfred Sell erblickte am 31. August 1928 in Partheinen, Kreis Heiligenbeil, unweit des Frischen Haffs das Licht der Welt. Nach dem Schulbesuch trat er als kaufmännischer Lehrling in die ostdeutsche Maschinenfabrik Rudolf Wermke ein.

Im Anschluss an die Lehrzeit wurde Alfred Sell im August 1944 als Luftwaffenhelfer nach Königsberg einberufen. Im Sudetenland geriet er bei Kriegsende in russische Gefangenschaft, aus der er sich nach wenigen Tagen durch Flucht nach Sachsen entziehen konnte. In Aue im Erzgebirge musste er Zwangsarbeit leisten, bis er 1947 in den Westen flüchtete.

In Bramsche in Niedersachsen fand er seine Eltern wieder. Er absolvierte eine zweite Ausbildung als Maschinenbauer und war über viele Jahre beruflich als Verkaufsleiter in einer Firma für Maschinen und Werkzeuge tätig. Auch privat fand er sein Glück. 1950 heiratete er seine aus Pommern stammende Frau, die ihm eine treue Begleiterin wurde. Aus der Ehe stammt eine Tochter.

Der landsmannschaftlichen Arbeit fühlte sich Alfred Sell frühzeitig verpflichtet. 1960 trat er in die Landsmannschaft Ostpreußen und in den BdV ein, in dem er viele Jahre den stellvertretenden Vorsitz der Kreisgruppe Osnabrück innehatte. 1985 übernahm er die Leitung der Kreisgruppe der Ost- und Westpreußen in Osnabrück. Er organisierte zahlreiche Veranstaltungen zur Kultur und Geschichte Ost- und Westpreußens. Seit der Öffnung der Grenzen wurden unter seiner Leitung auch regelmäßige Fahrten in das dreigeteilte Ostpreußen unternommen. Dass heute ein reges und vertrauensvolles Miteinander das Verhältnis zwischen den Einheimischen und den Vertriebenen in Osnabrück prägt, ist auch ein Verdienst von Alfred Sell.

In Würdigung seiner außergewöhnlichen Leistungen und seines Einsatzes für Ostpreußen und seine Menschen bekam Alfred Sell am 29. November 2003 das Goldene Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen verliehen.

Nach fast 30 Jahren musste er aus gesundheitlichen Gründen den Vorsitz der Kreisgruppe der Ost-und Westpreußen aufgeben.

Er verstarb am 25. Januar. Die Mitglieder der Heimatgruppe trauern um ihren Ehrenvorsitzenden!

Auf nach Anklam!

Das große Frühlingstreffen der Ostpreußen

Anklam - Am Sonnabend, dem 11. März 2017, findet von 10 bis 17 Uhr in der Mehrzweckhalle „Volkshaus“ Anklam, Baustraße 48-49 (Stadtzentrum/Nähe Markt) das Große Frühlingstreffen der Ostpreußen statt. Es ist der Auftakt für ein Jubiläumsjahr, denn die Landesgruppe der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern feiert 2017 ihr 25-jähriges Bestehen. Dazu sind alle Landsleute von nah und fern mit Angehörigen und Interessenten herzlich eingeladen. Eigens zu diesem Anlass nimmt der russische Kant-Chor Gumbinnen eine weite Anreise aus dem Königsberger Gebiet auf sich, um dabei zu sein. Musikalisch wird das Heimattreffen von der Blaskapelle Redefin schwungvoll und festlich umrahmt. Am Nachmittag tritt das Mecklenburg-Pommeraner Folkore-Ensemble Ribnitz-Damgarten mit echten ostpreußischen Volkstänzen auf. Wie immer ist für Königsberger Klopse, Kaffee, Kuchen, Bärenfang, Heimatbücher, Landkarten und genügend Parkplätze gesorgt. Erwartet werden 600 Besucher. *Manfred Schukat*

Rinteln – Donnerstag, 9. März, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Beim Monatstreffen der Gruppe wird Dr. Hans-Walter Butschke aus Lemgo einen Vortrag zum Thema „Von Ostbrandenburg nach Lippe: Die Geschichte meine Familie“ halten. Interessierte Gäste aus Nah und Fern sind zusammen mit ihren Angehörigen, Freunden und Bekannten ebenfalls herzlich willkommen. Auskünfte zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es unter Telefon (05751) 53 86 oder über E-Mail: rebuschat@web.de.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Die diesjährige Frühjahrs-Delegierten-, Kultur- und Frauentagung der Landesgruppe findet am 18. März 2017 wieder in Oberhausen statt. Beginn: 10 Uhr. Der Vorstand bittet um zahlreiches Erscheinen. Wahlen stehen an! Wir haben wieder ein interessantes Programm zusammengestellt.

Sehr erfreut sind wir, dass die Broschüren „Die Deutschen in Polen 1918 – 1939“, „Danzig und Ostpreußen zwei Kriegsanlässe 1939“ und „Deutschland, Polen und England“ großes Interesse finden. Wir möchten es nicht versäumen, auch Ihnen diese Broschüre ans Herz zu legen. Sie werden auch auf unserer Tagung zu erwerben sein.

Bonn – Dienstag, 7. März, 18 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brändström-Straße 74: Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen. Der Abend wird traditionsgemäß mit einem Königsberger-Klopse-Essen begonnen.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Mittwoch, 1. März, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Freitag, 10. März, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Donnerstag, 16. März, 19.30 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals.

Essen – Freitag, 17. März, 15 Uhr: Gemeinsames Treffen.

Gütersloh – Der Ostpreußische Singkreis trifft sich in unregelmäßigen Abständen montags von 15 bis 17 Uhr in der Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13. Neue „Drosseln“ sind immer willkommen. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Neuss – Donnerstag, 2. März, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen. – Sonntag, 5. März, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahl und Grützwurstessen – Jeder zweite Mittwoch im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Treffen der Frauengruppe. – Ostdeutsche Heimatstube in Neuss, Oberstraße 17: Die Heimatstube ist in der Regel am ersten und letzten Donnerstag im Monat von 15 bis 18 Uhr geöffnet.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Landesgruppe – Eine zwölftägige, geschichtliche Kulturrundreise durch das Ermland und Masuren mit Themen wie Christianisierung des Ostens, Deutscher Ritterorden, Preußen und Vertreibung veranstaltet Peter Teschner aus Koblenz vom 26. Juli bis 6. August. Teschner: „Wir starten frühmorgens im Hunsrück (Busunternehmen Bohr) und halten in Koblenz am Hauptbahnhof (5 Uhr). Weitere Stops sind: Bad Neuenahr, Köln Hauptbahnhof (7Uhr) und Raststätten an der A 61, A1, A2 und A10 bei Berlin. Mit guter Laune und fröhlichem Gesang soll die Reise zu einem besonderen Heimaterlebnis werden.“

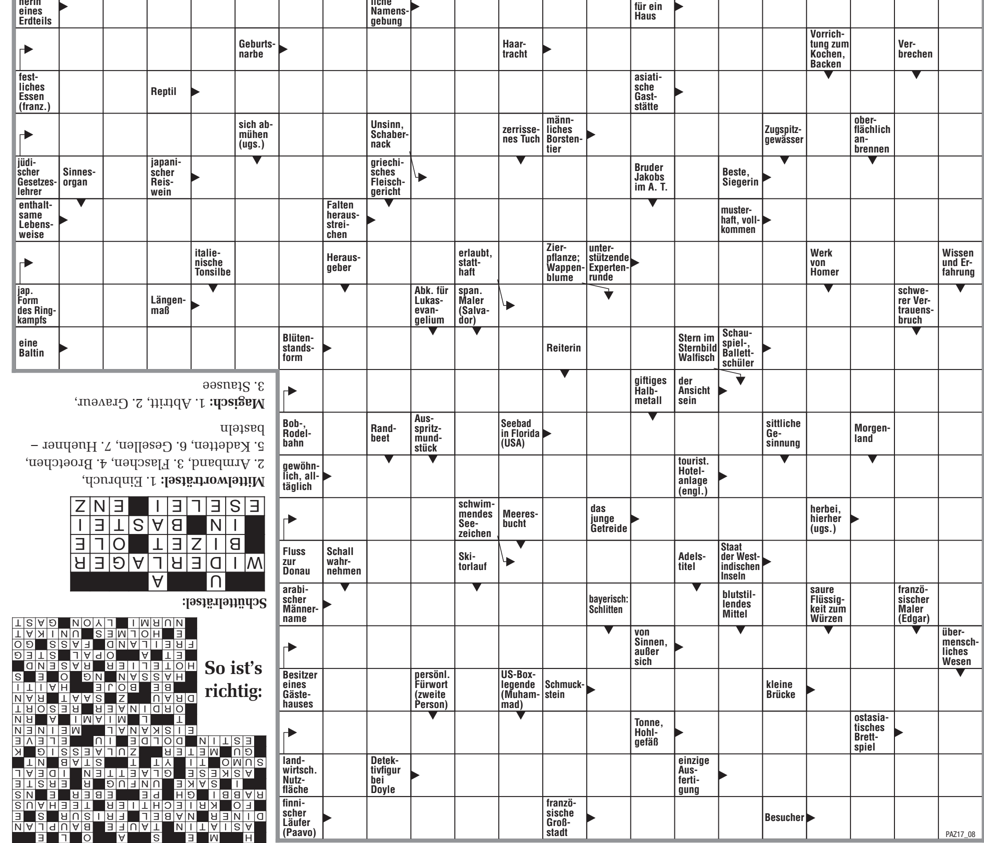
Reiseverlauf: Zwei Tage Halbpension in Dlugie bei Landsberg und Leba an der Ostsee mit Besichtigung der 42 Meter hohen Wanderdüne an der Ostsee und des Zisterzienser Klosters in Karthaus bei Danzig. Es folgen zwei Tage Halbpension in Frauenburg mit Ausflug zur Frischen Nehrung. Vom 30. Juli bis einschließlich 1. August sind wir drei Tage im Hotel Gorecki in Heilsberg untergebracht. Am Sonntag, den 30. Juli haben wir einen Gottesdienst im Dom zu Frauenburg. Dann fahren wir nach Braunsberg und werden bei den Katharinen-Schwestern unser Mittagessen einnehmen. Die Fahrt führt weiter über Mehlsack nach Heilsberg. Montag steht zur freien Verfügung. Taxen der Deutschen Minderheit bringen die Heimatvertriebenen zu ihren Geburtsorten.

Am Dienstag, den 1. August, ist Buswallfahrt nach Springborn (Zwölf Kilometer von Heilsberg) mit Festgottesdienst unter der Leitung von Domherr Schmeier. Nach dem Mittagessen im Kloster Wallfahrt zur neu errichteten Kleiditter Wegkapelle. Nachmittags Kaffee und Kuchen bei der Deutschen Minderheit in Heilsberg.

Es folgen zwei Tage Halbpension im Hotel „Panoramik Oscar“ am Schloss-See in Sensburg. Von dort aus steht ein Ausflug zum Försterhaus nach Kleinort, wo der ostpreußische Dichter Ernst Wiechert, gelebt hat, auf dem Programm. Danach Stakenfahrt und Mittagspause in Krutinnen. Frühnachmittags Aufbruch zum Hotel. Tagesprogramm am 3. August: Busfahrt über Rhein nach Lötzen, dort Besichtigung der Gedenkstätte des Heiligen Brun. Um 10,30 Uhr geht es mit dem Schiff über den Dargainen See zum Lehndorff-Schloss in Steinor mit Gedenken an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Mittagspause ist am Hafen in Steinort. Anschließend Weiterfahrt mit dem Bus über Rastenburg nach Heiligelinde zum Orgelkonzert. Danach geht es zum Hotel.

Freitag 4. August: Heute fahren wir über Dietrichswalde (Zwischenstopp mit Morgenlob), Osterode, Thorn, Gnesen nach Posen zum Hotel „Rzymski“. Am nächsten Tag geht es zum Kloster Lehnin im Havelland bei Brandenburg. Zwischenübernachtung im Hotel Markgraf. Am Sonntag,

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19



Schüttelrätsel

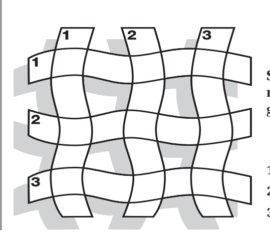
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ADEEG ILRRW	BIIS	▼	DEINU	BEER	▼	AAILT	EGOT	EELN	EIRZ
▶									
BEITZ ▶						ELO ▶			
EEEI LS			ABEI ST						
▶						ENZ ▶			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort eine Freizeitbeschäftigung.

1	WASSER		SERIE
2	GOLD		UHR
3	SAFT		KIND
4	LACHS		TEIG
5	SEE		SCHULE
6	JUNG		BRIEF
7	HAUS		STALL



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Weggang von der Bühne
2 Metall-, Steinschneider
3 Talsperrenanlage

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

6. August, folgt die Heimreise mit den verabredeten Haltepunkten nach Koblenz.

Zu den Leistungen zählen: Fahrt im Vier-Sterne-Bus, Unterbringung in guten Mittelklassehotels im Doppelzimmer mit Dusche und WC, der Schiffsausflug von Lötzen nach Steinort, eine Stakenfahrt auf der Krutinna, mit dem Elektromobil zur Wanderdüne in Leba, Mittagessen in den Klöstern Springborn und Braunsberg. Anmeldung bei: Peter Teschner, Leipziger Straße 10, 56075 Koblenz-Karthause, Telefon (0261) 53947, E-Mail: teschnerkoblenz@gmail.com.

Mainz – Sonnabend, 11. März. 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: „Ostpreußens Küste“ – Filmvorführung. Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16: Gelegenheit zum Kartenspielen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

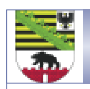
Landesgruppe – Am 26. Januar empfing der Staatsminister und Chef der Staatskanzlei, Fritz Jäkkel, auf Einladung eine Delegation des Landesverbandes der Vertriebenen und Spätaussiedler (LVS) Sachsen/Schlesische Lausitz, unter Leitung seines Vorsitzenden, des Landtagsmitgliedes Frank Hirche. Begleitet wurde Hirche vom Geschäftsführer, Wolfgang Fiolka, dem Landesvorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Florian Braun, und dessen Referenten für Soziales und Öffentlichkeitsarbeit, Manfred Hellmund.

Zu den Teilnehmern von Seiten des Landtages gehörten der Integrationsbeauftragte, Geert Makkenroth, und das Mitglied des Ausschusses für Soziales und Verbraucherschutz, Gleichstellung und Integration, Gernot Krasselt, sowie seitens der Staatskanzlei, der Abteilungsleier Föderale Beziehungen, Politische Planung und Medien, Rüdiger-Michael Ott, und sein Referatsleiter Vereine, Verbände, Gewerkschaften, gesellschaftliche Gruppen und Kirchen, Martin Kuhrau.

Frank Hirche berichtete über die breit gefächerten Aktivitäten des LVS bei der Pflege des kulturellen Erbes und der Bräuche der ehemaligen Heimat und wider des Vergessens von Flucht und Vertreibung. Wolfgang Fiolka betonte die hohe Bedeutung der partnerschaftlichen beziehungsweise friedlichen Zusammenarbeit mit den östlichen europäischen Nachbarstaaten, mit Russland und weiteren Mitgliedsstaaten der ehemaligen UdSSR, insbesondere der Unterstützung der dort lebenden deutschen Minderheiten.

Florian Braun würdigte die seit Jahrzehnten konstruktive Zusammenarbeit mit dem sächsischen Landtag und der Staatsregierung auf der Grundlage des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) und der Förderung der Kulturarbeit sowie deren Beitrag zur Erfolgsgeschichte der Integration der Aussiedler und Spätaussiedler in Sachsen. Darüber hinaus machte er aber auch auf Defizite aufmerksam, wie zum Beispiel der Entstehung und dem Wachstum von Splittervereinen neben der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, die an Fördertöpfen saugen und Integrationsprozess eher hemmen. Dazu regte er an, im Kreise aller Beteiligten bei der Fortsetzung dieses Gesprächs gemeinsam darüber nachzudenken, wie man die Attraktivität der Arbeit durch ansprechende Begegnungsstätten in den Regionen erhöhen könnte. Hilfreich wäre die „Wiederbelebung“ eines Beauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler in der Staatsregierung, um die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland auch in Sachsen wie auf der Bundesebene nach den Worten des Bundesbeauftragten für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk, „zum wichtigsten Ansprechpartner“ für Aussiedler und Spätaussiedler zu etablieren.

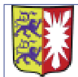
Manfred Hellmund fügte hinzu, dass sich die Aussiedler und Spätaussiedler im LVS als ihrem Dachverband seit seiner Gründung im Jahre 2011 nicht nur wegen ähnlicher historischer Leidenswege, sondern auch des gemeinsamen Beitrags zur Entwicklung Deutschlands bei gegenseitiger Unterstützung in einer gleichberechtigten Partnerschaft wohl fühlen. Nicht zuletzt bildet das bis heute gültige BVFG aus dem Jahre 1953, das Vertriebene und Spätaussiedler gemeinsam einschließt, eine wesentliche Grundlage dafür. In diesem Zusammenhang regte er an, dass die sächsische Staatsregierung das sächsische Spätaussiedlergesetz aus dem Jahre 1994 und die damit in Verbindung stehende Förderrichtlinie aus dem Jahre 2002, die leider 2015 außer Kraft gesetzt wurde, im Zusammenhang mit den Ausführungen von Florian Braun hinsichtlich ihrer Bedeutung und Aktualität nochmals prüfen möge. Staatsminister Fritz Jäckel verprach am Ende des Gespräches, dass die Hinweise auf fruchtbaren Boden gefallen wären und der Dialog mit konkreten Maßnahmen beziehungsweise Vorschlägen fortgesetzt wird.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Sonntag, 12. März, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Treffen zum Thema „Viel Arbeit in der Heimat, nicht nur am Lande“. – Dienstag, 14. März, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 10. März, 16 Uhr, TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singekreis.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Oldesloe – Am 8. Februar führten die Ost-und Westpreußen in Bad Oldesloe ihre Jahreshauptversammlung durch. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte die Vorsitzende auch zwei Gäste der Ostpreußengruppe aus Neumünster – Brigitte Profé, die Vorsitzende, und eine Kollegin aus dem Vorstand, die zum anschließenden Fleck- und Klopsessen gekommen waren. Am 4. Februar hatten Georg und Karla Baltrusch sowie die Vorsitzende die Jubiläumsveranstaltung zum 70-jährigen Bestehen der Ostpreußengruppe in Neumünster besucht. Schon 1947 hatten sich mutige Ostpreußen zusammengeschlossen, obwohl die Alliierten erst 1948 den Heimatvertriebenen den Zusammenschluss in Landsmannschaften genehmigten. Dieser Zusammenschluss diente nicht nur dem Gedankenaustausch mit Schicksalsgefährten. Es ging um die Pflege von Geschichte, Kultur und Brauchtum – aber insbesondere um die Bekundung ihrer Rechte.

Im Verlauf der Tagesordnung ging die Vorsitzende auf die Themen ein, die 2016 in den monatlichen Zusammenkünften behandelt wurden. Wir begannen im Januar mit der Offensive der Roten Armee am 13. Januar 1945, nach der unsere Front in Ostpreußen nicht mehr gehalten werden konnte und wir flüchten mussten. Weitere Themen waren zum Beispiel „Die weißen Zaubervögel von Nikolaiken, Bernstein als Handelsgut und seine Verarbeitung, Aktuelles aus der Ordensgeschichte, Texte von Agnes Miegel, Erntebräuche in Ostpreußen“.

Die Gedenktage im November wurden angesprochen – auch der Martinstag. Das war der Anlass zu einem Gänsebratenessen in einem Restaurant. Etwas Besonderes war die Tagestour mit dem Museumsschiff „Eisbrecher Stettin“, die Georg Baltrusch mit einem Reiseunternehmen organisiert hatte. Zur Wahl des Vorsitzenden und des Schriftführers gab es keine Wahlvorschläge. Gisela Brauer und Georg Baltrusch wurden in ihren Ämtern wiedergewählt. Nach dem gemeinsamen Fleck- und Klopsessen klang der Nachmittag mit lebhaften Gesprächen aus. *Gisela Brauer*

Burg – Dienstag, 14. März, 15 Uhr, Haus am Stadtpark: Der Uhrmachermeister Thomas Pohl aus Wulfen spricht über sein filigranes Handwerk. Gäste sind herzlich willkommen.

Uetersen – Freitag, 10. März, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: „Wenn es alleine nicht mehr geht“ – Sven Brüggemann, Leiter des Seniorenheimes „Haus am See“ stellt seine Einrichtung vor.

Pinneberg – Donnerstag, 9. März, 16 Uhr, Restaurant „Mondea“, Mühlenstraße 70D: Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen. Anschießend gemeinsames Essen.

Bier und Brauereien

Eine neue Broschüre aus Ellingen

Bei der Einführung der amtlichen Reichsstatistik im Jahre 1881 gab es laut dieser Erhebung in Ostpreußen 323 Brauereien. Aber die Geschichte des Bieres ist viel älter: Bereits Sumerer, Babylonier, Ägypter, Griechen und Römer stellten die Ursorten des Bieres her. So hat auch in Ostpreußen das Braugewerbe eine lange Tradition. Seit dem Mittelalter stand das Bierbrauen im Preußenland in hoher Blüte, welches sich mit der Entstehung der Städte entwickelte.

Diese Rückschau auf das Entstehen der Brauerzunft in Ostpreußen bildet die Einleitung zur neuen Broschüre des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen mit dem Titel „500 Jahre Reinheitsgebot – Bier und Brauereien in Ostpreußen damals und heute“.

Auf den 64 Seiten des in Farbdruck gestalteten Heftes ist die Geschichte der wichtigsten Braustätten sowie die Entwicklung der früheren Hausbrauereien mit den am Grundstück verankerten Braurechten mit zahlreichen historischen Fotos und Ansichtskarten beschrieben.

Ein Kapitel für die Bierstadt Elbing

Gerade in Königsberg musste man ein entsprechendes Grundstück besitzen, um Bier herstellen zu können. Um 1750 gab es dort 253 derartige Grundstücke, 1781 existierten 224 Brauhäuser, die bis 1855 auf 30 zusammenschmolzen. Beschrieben sind die Brauereien Ponarth, Schönbusch und Ostmark, ferner Wickbold und Hufen.

Aber nicht nur auf die Hauptstadt Ostpreußens konzentrierte sich das Brauwesen: Kinderhof in Gerdauen, Bürgerliches Brauhaus in Insterburg, Vereinigte Brauereien Gumbinnen, Memeler und Tilsiter Actien-Brauerei sowie weitere Betriebe in Heiligenbeil, Labiau, Fischhausen, Palmnicken, Eydtkuhnen, Frauenburg, Heilsberg und Osterode hatten zumindest einen Bierhersteller.

Ein weiteres Kapitel ist der „Bierstadt“ Elbing gewidmet, die im 14. Jahrhundert 150 Braustätten zählte. Dort wird die Geschichte der „Brauerei Englisch Brunnen“, wohl einer der bekanntesten Betriebe dieser Sparte, ausführlich erläutert. Die Bergschlösschen-Brauerei in Braunsberg und die Waldschlösschen-Brauerei in Allenstein runden das Thema ab.



64 bunte Seiten rund um den Gerstensaft und seine Geschichte Bild: Kulturzentrum Ostpreußen

Viele dieser Braustätten sind in den Kriegswirren verschwunden, aber einige von ihnen existieren noch in den alten Mauern. Švyturys-Utenos alus ist die ehemalige Memeler Aktien-Brauerei. Sie ist die größte Brauerei Litauens und hat mit „Memelbräu“ ein Traditionsbier im Angebot. Die ehemalige Ostmark-Brauerei in Königsberg, die der Heineken-Gruppe aus den Niederlanden gehört, braut Bier mit dem Namen „Königsberg“ und auch in Elbing ist die der gleichen Unternehmensgruppe angehörige Elbrewery aktiv.

Die Heineken-Gruppe braut „Königsberg“

Die mit der Unterstützung des Fördervereins des Kulturzentrums Ostpreußen zweisprachig (deutsch und polnisch) erschienene Publikation wurde unter der Redaktion des Direktors der Kultureinrichtung, Wolfgang Freyberg, erstellt. Sie kann beim Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440 oder info@kulturzentrum-ostpreussen.de. für 8 Euro plus Porto/Verpackung erworben werden. *M. Fritsche*

Einseitige »Vorgesetztenverantwortlichkeit«

Zu: Großbritanniens größte militärische Niederlage (Nr. 5)

In dem Geschichtsartikel wird über den japanischen General Tomoyuki Yamashita (8.11.1885–23.2.1946) berichtet: „Für diese und weitere Kriegsverbrechen wurde Yamashita nach dem Krieg als erster Japaner wegen Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt und hingerichtet."

Dabei sollte ergänzt werden, dass mit der Verurteilung des Generals ein juristischer Präzedenzfall geschaffen wurde, nämlich die der „Vorgesetztenverantwortlichkeit". Dem japanischen General konnte nicht nachgewiesen werden, dass er Gräueltaten, die nachweislich seine Soldaten begangen haben, ausdrücklich befohlen hätte. Der seit dem völkerrechtlich bestehende „Yamashita-Standard" macht militärische Vorgesetzte grundsätzlich für das Tun ihrer Soldaten haftbar.

Auffällig ist hier wieder der Doppelstandard. Die Verurteilung des japanischen Generals ist von Staaten gefällt wurden, die es selbst nie zulassen würden, dass ihre Offiziere gleichermaßen verantwortlich gemacht werden. Man denke nur an den Abu-Ghuraib-Folterskandal im Irak, wofür lediglich Leute mit Unteroffiziers-Rängen mit Haftstrafen verurteilt wurden. Das gilt nicht nur für US-Amerikaner. Ähnlich sieht es bei den Briten aus, wo wegen Foltervorwürfen aus dem Irak einige „vermeintlich fehlgeleitete Soldaten unterer Dienstgrade als Sündenböcke präsentiert" („Tagesspiegel", 12.1.2014) wurden.

Henrik Schulze, Jüterbog

Des Kanzlerkandidaten neue Kleider

Zu: Der Unverantwortliche (Nr. 5)

Ob Siegmar Gabriel oder Martin Schulz – keiner wird die SPD vor dem Untergang retten! Was unserem Land fehlt, sind Charakterköpfe: Persönlichkeiten, die der Volksverdummung begegnen und sich der allgemeinen Blenderei verweigern. Das politische Flickschusterhandwerk ist zwar einträglich für einen riesenhaften Tross von politischen Handlangern und ihren mitschleppenden akademischen Apparat. Ihm gehört aber nicht die Zukunft. Vorauseilender Gehorsam und die Unterwerfung unter neue vermeintliche Zwänge sind der Feind eines jeden Qualitätsbegriffs. Das Einzige, was an Niveau und Qualität zunimmt, ist das politische (und medienkritische) Kabarett. Die Branche von Hohn und Spott ist im Wachstum. Überall sonst: Qualitätsverlust und Inflation.

In solch einer Zeit ist es gut, wenn die Persönlichkeitsrechte und der Ehrenschutz unabhängiger „initiativer Bürger" gestärkt werden. Auch dann, wenn ein solcher Bürger „nur" den Beruf einer Hausfrau ausüben sollte. In Andersens Märchen „Des Kaisers neue Kleider" ist es bekanntlich ein Kind, das als einziges erkennt, dass der Kaiser nackt ist. Warum soll es also nicht auch eine Hausfrau erkennen können, dass das Führungspersonal ihres Staates, das sich – zum guten Anschein – Begriffe wie „Solidarität", „Gleichbehandlung" und „Demokratie" auf die Fahnen geschrieben hat, seiner sozialen Idee (aus Gruppenegoismus) längst untreu geworden ist?

Heinrich Banse, Wittingen

Schwein gehabt

Zu: Was bringt Schmidts Tierwohllabel? (Nr. 5)

Dieser Artikel hat inhaltlich einige Schwächen. Harnstoffgranulat ist ein Düngemittel und hat mit Tierwohl und Güllemengen nichts gemeinsam. Die Grundwasserbelastung mit Nitrat ist punktuell zu hoch, Bundesbehörden haben allerdings gezielt nur Messwerte von eben solchen Probestellen nach Brüssel gemeldet.

Es gibt in Deutschland mehrere tausend Probestellen, gemeldet wurden zirka 200. Fake News? Hier wurde grüne Politik gemacht und der Verfasser des Artikels ist darauf hereingefallen. Die Größe eines Stalles sagt nichts über das Wohl des einzelnen Tieres aus, gerade in neuen, modernen Ställen ist dem Tierwohl viel mehr gedient als in uralten Schweinekoben, wie sie offenbar vielen Zeitgenossen als Ideal vorschweben. Es gibt in jedem Beruf schwarze Schafe, auch der Journalismus ist nicht dagegen gefeit, viel Wissen, wenig Meinung und genaue Recherche könnten diesem Eindruck entgegenwirken.

Jürgen Meier, Dahlem



Glückliche Schweine: Ein neues, staatliches Tierwohl-Gütesiegel des Bundeslandwirtschaftsministerium soll Verbraucher beruhigen. Laut Bauernverbänden sei längst dafür gesorgt, dass Kühe und Schweine in den Ställen tiergerecht gehalten werden Bild: Colourbox

Der falsche Mann

Zu: Der Unverantwortliche (Nr. 5)

Die Medien überschlagen sich ob eines SPD-Höhenfluges durch Martin Schulz. 28 Prozent, da müssen selbst ältere Genossen schon nachdenken, wann es zuletzt soviel Zustimmung gegeben hat. Aber gemach, bis zur Bundestagswahl sind es noch acht Monate, und bis dahin dürfte sich manches an Prozentpunkten wieder abgeschliffen haben.

Es ist schon erstaunlich, wie viele doch auf alten Wein in neuen Schläuchen hereinfallen. Schulz gebärdet sich als Heilsbringer. Was hat er denn in der EU Großes geleistet, außer dass er stets dafür war, Deutschland immer mehr Zahlungen für marode Staaten, allen voran Griechenland, aufzubürden? Auch steht er für die Flüchtlingskrise mit an vorderster Stelle.

Mit der Demokratie steht er genauso wie sein Vorgänger im Amt des SPD-Vorsitzenden, Sigmar Gabriel, auf Kriegsfuß. Wer sich nicht scheut, zirka 20 Prozent der Wähler pauschal als Pack, Mischpoke, Lumpen und Nazis zu beschimpfen, der hat nicht verstanden, was Demokratie ist.

Schulz ist nicht der Mann, um Deutschland entsprechend seiner Bedeutung in der EU zu repräsentieren. Ein Austritt Deutschlands aus der EU und aus dem Euro wäre zwar kurzfristig ein fiskalischer Schock, auch für uns, aber nach Lage der Dinge der einzige Weg, den ich sehe, um dem Untergang zu entgehen. Das würde bedeuten, dass deutsche Auslandsüberschüsse verloren wären. Aber das sind sie meiner Ansicht nach ohnehin, denn weder die USA noch Italien oder Griechenland werden je die Schulden zurückzahlen wollen.

Rudi Armgardt, Viersen

Besonders der Bauernverband ist um das Tierwohl bemüht

Zu: Was bringt Schmidts Tierwohllabel? (Nr. 5)

Als langjähriger Besucher der Internationalen Grünen Woche (IGW) – seit 1987 – kann ich dem Verfasser nicht zustimmen, dass es die Landwirtschaft nicht interessieren würde, wenn durch den Strukturwandel und die Globalisierung die Anzahl der viehhaltenden Betriebe abnimmt, ohne dass sich die Gesamtzahlen der landwirtschaftlichen Nutztiere ändern. Dies bedeutet in der Tat, dass sich die Bestandsgrößen in den verbleibenden Betrieben vergrößert haben.

Gerade auf der jetzigen IGW 2017 in Berlin haben der Berufsstand und die Politik zum gesellschaftspolitischen Dialog aufgerufen, und der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband hat mit seinem Impulspapier „Die Offensive Nachhaltigkeit" bewusst eine Diskussion zu diesem Thema „Tierwohl" angeregt.

Wenn der Verfasser ausschließlich die Stellungnahmen der Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO) Germanwatch sowie die Demonstration der 40 Agrar- und Umweltschutzorganisationen erwähnt, von denen die meisten dem Tierschutz- und die wenigsten dem Agrarbereich zugehörig sind, so ist dies eine ziemlich einseitige Berichterstattung. Es hat nämlich zur gleichen Zeit auch eine Gegendemonstration aus den Reihen des Deutschen Bauernverbandes und seiner Landesverbände gegeben, die fairerweise auch hätte erwähnt werden müssen. Leider hat jedoch unsere Medienlandschaft diese Demonstration der Bauern (bewusst) vergessen zu erwähnen.

Wenn der Autor die Tierhaltung in den Stallungen von Schweinen und Geflügel kritisiert, sollte er auch die Fortschritte in der Rinderhaltung im Stall erwähnen. Es gibt heute fast keine Anbindeställe mehr, in denen Wiederkäuer (Kühe, Rinder, Schafe und Ziegen) gehalten werden wie noch vor 50 Jahren. Zu jener Zeit blieben die Kühe für ein halbes Jahr im Stall angebunden und konnten nur aufstehen und sich hinlegen. Die heutige Lauf- und Offenstallhaltung gibt jede gewünschte Bewegungsfreiheit.

In der Frage der Nitratbelastung wird nur im Nebensatz auf die Anstrengung der Verteilung von Gülle hingewiesen. Seit fast 30 Jahren gibt es im Münsterland eine „Güllebörse", damit auch die reinen Ackerbaubetriebe die Nährstoffe der Gülle nutzen können. Die Gülletrocknung zum Granulat ist ebenfalls eine Möglichkeit zur Transportfähigkeit der darin enthaltenen Nährstoffe über große Entfernungen.

Wenn der Verfasser Gülle und Gärsubstrat im gleichen Atemzug als schädliche Stickstoffquellen nennt, sollte er aber auch auf die Unterschiedlichkeit im Hinblick auf das geruchsintensive Ammoniak und Ammoniumnitrat in der Gülle und das geruchslose Restsubstrat, in dem Stickstoff vornehmlich in tierischem Eiweiß der Bakterienreste vorhanden ist, hinweisen. Diese Unterschiedlichkeit hat Auswirkungen auf den Auswaschungsgrad oder die Nährstoffnutzung durch die Bodenbakterien.

Gülle wird bewusst in der Biogasanlage dem Fermentationsprozess beigefügt, damit die Mikroorganismen den darin enthaltenen Stickstoff-N in körpereigenes Eiweiß umbauen. Die Vorgänge in der Biogasanlage ähneln den Verdauungsvorgängen in den Vormägen der Wiederkäuer. Dabei entstehen bekanntlich Gase, vor allem Methan, das energetisch verwendet wird. Das Restsubstrat aus der Biogasanlage ist ein besonders wertvoller Humusdünger. Vor allem flachgründige Böden sowie auch humusarme Sandböden erfahren dadurch eine Humusanreicherung.

Eine gut geführte Schlagkartei in den landwirtschaftlichen Betrieben gepaart mit einer regelmäßigen Kontrolle der Bodenproben auf ihren Nährstoffgehalt durch die Landwirtschaftlichen untersuchungs- und Forschungsanstalten (LUFA) geben den Bauern Auskunft über den Nährstoffgehalt und die vorhandenen Mangelerscheinungen. Heutige Landwirte haben eine gute Fachausbildung – auch in der Düngeranwendung – und sind sich der Nachhaltigkeit und Bodengesundheit durchaus bewusst.

Dr. agr. Arwed Blomeyer, Brakel

Ein Versager

Zu: Der Unverantwortliche (Nr.5)

Was Sie über Schulz schreiben, ist wirklich in Ordnung. Offenbar versteht er es, das doch insgesamt schrumpfende Häuflein der Allesglaubenden zu blenden. Die CDU kann gegen sein Versagen in Europa auch nichts machen, da sie selber führend an der Malaise schuld ist. Was mir bei Schulz übel aufgestoßen ist, war seine unerträgliche Rede vor der Knesseth, wo er ungeprüft Parolen der Israel-Gegner übernahm. Die politische Kultur ist mit Recht zu beklagen. Das Netz folgt ihrem den Mainstream.

Mathias Wagener, Mannheim

Geschichtsunterricht mit Distanz

Zu: Mord, zum Beispiel (Nr. 4)

Unmut und Misstrauen des Volkes gegenüber den zurzeit tonangebenden Eliten nehmen bekanntlich und merklich zu. Nicht nur ein Großteil des gemeinhin einfachen, normalen Volkes empfindet viele Absichten, Bestrebungen und das Gebaren der „Eliten" in der Außen- und Innenpolitik sowie deren derzeitige Steuerung von Informationen als unredlich. Mangelt es etwa einigen unserer Eliten an Kenntnissen deutscher und europäischer Geschichte? Vermutlich nicht. Sie sind eben rückblickend nur fokussiert auf Nationalsozialismus, Judenvernichtung, Zweiten Weltkrieg, also der primären und bedeutendsten (zurzeit auch brauchbarsten) Geschichte Deutschlands, hinter der alles Vorherige sowieso uninteressant und unbedeutend ist.

Papst Franziskus von dem in Ruhestand befindlichen deutschen Papst Benedikt Nachhilfe in europäischer Geschichte zu erteilen – das ist bedenklich. Denn man muss grundsätzlich damit rechnen, dass ein Deutscher bei diesem Thema, besonders Deutschland betreffend, voreingenommen sein könnte und sich womöglich im Gespräch nicht der Political Correctness befleißigt. Ein Nicht-Deutscher wäre hier als „Lehrer" zu bevorzugen. Ein größerer Abstand zu Deutschland sollte auch eine sachlichere Darstellung der hiesigen Geschehnisse ermöglichen.

Emil Wilms, Krefeld

Trump vor Merkel

Zu: Spürhund der Zeitenwende (Nr. 4)

Sollte die Monopol- und Mainstream-Presse sich dazu erdreisten, den türkischen Ministerpräsidenten Erdogan wie einen Donald Trump neuerdings negativ an den Pranger zu stellen, dann würden wir hier großen Ärger bekommen. Darüber hinaus könnten auch Scheiben zu Bruch gehen. Jetzt haben die Bewohner in unserem Rest-Deutschland nur noch die Wahl, sich mit dem Auslaufmodell Merkel zu arrangieren oder mit dem neugewählten, dynamischen Präsidenten der Vereinigten Staaten. Dabei würde ihnen die Wahl gottlob nicht schwer fallen.

Erst-Reiner Langenfeld, Wuppertal

Polnische Ackermythen

Zu: „Mir gefallen die Husarenuniformen am besten" (Nr. 5)

Im Text wird der Fall des Michal Drzymala – Namensgeber der sehr kleinen Siedlung Drzymalowo, einst Pogradowitz in der Provinz Posen – erwähnt, der „jeden Tag seinen Wohnwagen ein Stück weiter rollte, um so eine Baugenehmigung zu umgehen" und der damit zum „Widerstandssymbol" werden konnte.

Dazu sei festzuhalten: Die Ortschaft Drzymalowo liegt etwa 50 Kilometer westlich von Posen, und nördlich davon erstreckt sich über mehr als 100 Kilometer der Landstrich Kujawien mit der eigenen Volksgruppe der Kujawen. Dieses weite Land ist total zersiedelt, indem auf fast jedem Ackerstück ein Bauernhof steht. Geschlossene Siedlungen, geschweigen denn Dörfer, wie wir sie kennen, gibt es hier kaum.

Der althergebrachten Unsitte, jeweils auf dem eigenen Acker zu siedeln, wollte seinerzeit der preußische Staat entgegentreten, indem er entsprechenden Bauwünschen die Zustimmung verweigerte. Daraus propagierte man später die Behauptung, die Polen hätten unter den Deutschen nicht bauen dürfen. Richtig ist, dass keinem Polen eine Baugenehmigung vorenthalten wurde, nur weil er Pole war.

Heute kann man eine Replik des Drzymala'schen Wohnwagens vor dem Motel Drzymalowo betrachten.

Hans-Joachim Miethe, Cottbus

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Krach in den Bergen

Während der Fastnacht wird es in Luzern laut – Guggenmusiker veranstalten ihr eigenes Festival mit schräg klingenden Tönen

Anfang Februar nehmen Bruder Fritschi, König Rabadan und Prinz Karneval während der Fastnacht in der Schweiz das Zepter in die Hand. Mit viel Getöse, lauter Musik und wilden Kostümen treiben Guggenmusiker und traditionell Kostümierte den Winter aus. Bis zum 27. Februar heißt es noch „Fasnacht in Luzern!“.

Für viele Bewohner ist dies die schönste Jahreszeit überhaupt. Skurrile Gestalten mit fantasievollen Masken und Kostümen ziehen an diesen Tagen durch Luzerns Gassen.

Luzern am „Schmutzigen Donnerstag“: Die Stadt versinkt im Nebel. Aber grau ist sie deshalb nicht. Und so gibt es einiges zu „guggen“, weil sich seit dem frühen Morgen bunte Gestalten in den Gassen drängen. 12 000 an der Zahl. Einige von ihnen haben leuchtend gelbe Masken aufgesetzt, die in der winterklaren Luft funkeln. Sie sehen aus wie freundliche Sonnenblumen – es sind die Guggenmusiker der Lozärner Kracher.

„Bei uns sind die Kostüme genauso wichtig wie die Musik“, erklärt Markus Sepulcri. Zusammen mit seinen Kollegen hat er das Blumenmeer erschaffen. Wer mehr wissen will, muss nachfragen. Sepulcri: „So kommt man mit den Fasnächtlern ins Gespräch.“

Und wer sich traut, sieht auch mehr. Zum Beispiel, dass es in der Fastnacht einen König gibt. Der trägt eine Krone auf dem Kopf. Und ist in eine prächtige weinrote Robe gehüllt. Sein Name: Christian Hunkeler. Er ist der Tambourmajor der Gugge. Auf sein Kommando hören 64 Musiker. An seiner Seite seine Königin Sandra Eggstein. Die beiden sind seit halb drei Uhr auf den Beinen und bleiben insgesamt 24 Stunden wach. Müde werden sie trotzdem nicht. Eggstein sagt, warum: „Weil die Fastnacht für mich wie Weihnachten ist.“

Jedes Jahr am Ende des Winters bricht in Luzerns Straßen, Gassen und auf den Plätzen der Altstadt die Fastnacht aus – ein rauschendes Fest, an dem das Chaos und die Lebenslust regieren und nichts mehr ist, wie es sonst zu sein pflegt. Skurrile Gestalten mit phantasievollen Masken und Kostümen ziehen durch die Gassen, Guggenmusiker blasen den schrägen Marsch, und Tausende von bizarr gekleideten Menschen tanzen und machen dem Winter den Garaus.

Am Beginn des Luzerner Fastnachtsgeschehens, das in diesen Tagen die ganze Stadt beherrscht, steht die Figur des Bruder Fritschi, eines älteren Mannes, mit seiner Frau, der Fritschene, und dem Fritschikind. Bruder Fritschi ist das imaginäre Oberhaupt der größten und ältesten Zunft Luzerns, der Zunft zu Safran, die um 1400 gegründet wurde.

Die Fastnacht beginnt am „Schmutzigen Donnerstag“, dem Donnerstag vor Rosenmontag, um fünf Uhr morgens. Ein Boot mit Bruder Fritschi an Bord fährt vom Vierwaldstättersee in Luzern ein. Nach seiner Ankunft gibt dann der „Urknall“ den Guggenmusikern und allen Fastnächtlern das Signal zum Start.

Ein wesentliches Element der närrischen Tage sind die „Guuggemusige“, verkleidete und maskierte oder geschminkte Gruppen, die mit ihren Blech- und Schlaginstrumenten bekannte Melodien mehr laut als korrekt spielen. Die ersten dieser Gruppen sind um 1950 nach Basler Vorbild gegründet worden. In der Zwischenzeit ist ihre Zahl auf einige Dutzend angestiegen. Sie haben sich anders als in Basel entwickelt, indem sie nicht in strenger Formation durch die Straßen ziehen, sondern oft anhalten, theaterähnliche Szenen aufführen und mit dem Publikum in Kontakt treten.



Da schallt den Zuhörern einen Haufen Blech entgegen: Ein ganzes Orchester von Luzerner Guggenmusikern Bild: Guballa

Daneben gibt es aber auch viele Einzelpersonen oder kleinere Gruppen, die verkleidet und musizierend oder Schabernack treibend das Geschehen beleben. Der Höhepunkt für die Guggenmusikern ist der sogenannte Monstercorso, ein riesiger Umzug über die Seebrücke und durch die Altstadt, das Zentrum der Straßenfastnacht.

Während bei der Luzerner Fastnacht die Guggenmusikern dominieren, ist in der Nachbargemeinde Kriens noch eher die urtümliche Fastnacht beheimatet. Die Krienser Bevölkerung ist nicht nur stolz auf ihre Fastnachtstradition, sondern vor allem auf die ureigenen Fastnachtsfiguren und auf die handgeschnitzten Holzmasken.

Wie das Schnitzen nach Kriens gekommen ist, vermag heute niemand mehr zu sagen, die Chroniken schweigen sich darüber aus. Man weiß nach mündlichen Überlieferungen zu berichten, dass seit über 150 Jahren auf dem Heimwesen „uf der Muur“ Masken von diversen Schnitzern vorhanden waren oder geschnitzt worden sind. So bezeichnet man die ersten Krienser Masken als „Muur-“ oder „Hübelimasken“.

Einer, der das Handwerk seit vielen Jahren ausübt, ist Toni Meier. Zusammen mit seinem Sohn fertigt er in seinem Atelier in Kriens jährlich unzählige Holzmasken an. Jede der Masken ist ein Unikat. Sie bringen Moden, Anekdoten, das Komische im Leben zum Ausdruck: den Geizhals, den Zornigen, den Träumer, den Dummen. Da bei den Charaktermasken keine gültigen Gesichtszüge vorgegeben sind, schnitzt Toni Meier jede Figur nach Lust und Laune frei und ohne Schablone in das Lindenholz.

„Masken haben mich schon als Kind gereizt und begeistert. Während andere Kinder sich hinter ihren Eltern versteckten, wenn Hexen vorbeisprangen, bin ich ganz nach vorne. Meine Mutter ahnte damals schon, dass mit mir was nicht stimmt“, schmunzelt der heute 75-jährige Holzschnitzer. *Andreas Guballa*

Londoner Smalltalk-Mode

Designerin mit Down-Syndrom bei der Fashion Week

Die 65. Ausgabe der London Fashion Week war wie in jedem Jahr eine logistische Meisterleistung. Die Show, die vom 17. bis 21. Februar rund 5000 Gäste aus dem In- und Ausland anzog, inszeniert sich selbst stets mit großem Aufwand. Schließlich ist nichts wichtiger, als das Gesprächsthema Nummer eins zu sein. Ein möglichst großes Aufgebot von Stars und Sternchen allein reicht dabei nicht aus. Die Designer, die 51 Laufsteg-Veranstaltungen, 32 Präsentationen sowie 120 Ausstellungen mit kreativen Entwürfen bestückten, kämpften mit harten Bandagen um die Aufmerksamkeit und sorgten mit Themen der Kollektionen und Auswahl der Models für Aufsehen.

So hatte zum Beispiel erstmals in der Geschichte der Fashion Week im Rahmen der Februar-Präsentation eine Mode-Designerin mit Down-Syndrom ihre Kollektion vorgestellt. Eine Tatsache, die für Aufsehen sorgte und der Fashion-Show dazu verhalf, dass über sie geredet wurde. In Zeiten, in denen Magermodels Proteste heraufbeschwören und Pelzträger ausgebuht werden, macht es sich gut, Punkte zu sammeln. Und wie geht das besser als mit einem Thema wie Inklusion?

Models mit Bein-Prothesen, Models mit Haut in besonders auffälliger Färbung – auch wenn dies durch eine Krankheit bedingt ist – sind in diesen Zeiten gefragt und besonders hoch bezahlt. Jedes Jahr gilt es, neue Gesichter und neue Auffälligkeiten in der eigenen Show zu präsentieren.

Nichts ist zu schräg, um in der Modewelt ein Verkaufsschlager zu werden. So wurde im Jahr 2014 ein 33-jähriger Mann mit markantem Gesicht mittels eines Polizeifotos gesucht. Er wurde gefunden, verurteilt, saß seine Strafe ab, kam vor rund einem Jahr aus dem Gefängnis und ist seitdem hochbezahltes Model. Ein Designer hatte das Polizeifoto gesehen. Jetzt konnte der Polizist den ehemaligen Häftling auf dem Laufsteg begutachten.

Damit die angereisten Gäste die Kleidung, mal inspiriert von Schmugglerinnen aus dem 17. Jahrhundert und mal von geografischen Linien eines abstrakten Gemäldes, auch komplett in Augenschein nehmen konnten, legte bei der Fashion Week eine Flotte von Luxuskarossen der Marke Mercedes Benz – die Auswahl wird von Seite der Fashion Week bewusst mit dem geringen Kraftstoffverbrauch begründet – insgesamt 32 000 Meilen zwischen den verschiedenen Shows zurück.

Bei der Fashion Week sitzt und steht man nur herum, Fortbewegung in Form von Laufen wird nur auf dem Laufsteg gerne gesehen. Deshalb wird der Shuttle-Service dringend benötigt. Damit die Gäste bei der angeregten Unterhaltung – im Stehen – über Models und Designer, Kreationen und gesichtete Berühmtheiten keine trockenen Kehlen erleiden mussten, wurden 20 000 Espresso zubereitet und allein im The Store Studio 5000 Gläser Scavi & Ray Prosecco ausgeschenkt.


Bild: action press
Stardesignerin Vivien Westwood (3. v. l.) mit Models

Und was bleibt, wenn die Woche vorbei ist? Natürlich lassen sich die farbenfrohen Kollektionen, schrillen und schrägen Kleidungsstücke nur bei ausgewählten Veranstaltungen tragen. Die wenigsten Röcke, Blusen, Hosen und Kleider sind hier straßentauglich. Der Modewoche in London ist das egal. Es wurde – sogar diesmal in der *PAZ* – über sie geredet, positiv, bewundernswert und mit Anerkennung. Und das ist alles, was zählt. *Stephanie Sieckmann*

Geräuschloser Jäger

Huhuhuhuuu – Der Waldkauz ist Vogel des Jahres

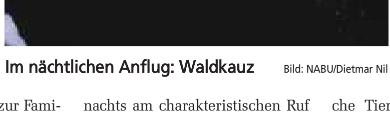
Ein bisschen schauerlich klingt es schon, wenn das „Huhuhuhuuu“ des Waldkauzes durch die Nacht tönt. Und in vielen Gespenstergeschichten oder Krimis kündigt dieser Ruf kommendes Unheil an. Dabei sendet der Waldkauz im Herbst und Spätwinter diese Laute nur, weil er balzt oder sein Revier markieren will.

Fast das ganze Jahr über rufen Weibchen und Männchen auch noch einen Kontaktruf „ku-witt“. In früheren Zeiten dachte man, dass es wie „komm-mit“ klinge. Daher fürchtete man sich vor dem Waldkauz und bezeichnete ihn zu Unrecht als „Todesvogel“.

Zum Glück ist es heute mit diesem Aberglauben vorbei. Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) und der Landesbund für Vogelschutz (LBV) haben den Waldkauz zum Vogel des Jahres 2017 gewählt. Er gehört zur Familie der Eulen und soll stellvertretend für alle anderen Eulenarten auf die Bedürfnisse dieser prächtigen Vögel aufmerksam machen.

Der NABU möchte erreichen, dass zukünftig nicht noch mehr uralte Bäume abgeholzt werden, denn nur in solchen Altbeständen finden sich in Astlöchern sichere Höhlen für den Waldkauz, in denen er nistet und die er als Brutplatz nutzt. Gefällt ihnen ihre Behausung, bleiben sie diesem Revier ein Leben lang treu. Früher waren Eulenrufe in der Nacht häufig zu hören. Heute nur noch selten, da die Vögel keine Nisthöhlen mehr finden.

Ursprünglich lebten die Waldkäuze in Laubmischwäldern. In reinen Nadelbaumwäldern fühlen sie sich nicht wohl. Zu sehen bekommen wir den Waldkauz allerdings eher selten. Manchmal sonnt er sich tagsüber vor seiner Baumhöhle, jedoch ist er eher nachts am charakteristischen Ruf zu erkennen. Durch ihr rindenfarbiges Federkleid sind sie hervorragend getarnt. Ihr großer Kopf hat keine Federohren, wie häufig bei Eulen. Große runde „Knopfaugen“ werden umrahmt von einem hellen Gesichtsschleier.


Im nächtlichen Anflug: Waldkauz Bild: NABU/Dietmar Nil

Waldkäuze können fast lautlos fliegen. Das liegt am dichten, samtartigen Polster auf der Flügeloberseite und den besonderen äußersten Flügelfedern. Dadurch verwirbelt der Luftstrom und Geräusche werden unterdrückt. Ohne verräterische Flügelschläge zu verursachen, kann der Waldkauz nahezu lautlos die Beute angreifen. Die Vögel sehen hervorragend in der Nacht. Bei völliger Dunkelheit nutzen sie ihr ausgezeichnetes Gehör. Geräusche der Beutetiere werden durch den Trichter ihres Gesichtsschleiers noch schallverstärkt.

Auf dem Speiseplan stehen besonders gerne Mäuse, Ratten, Maulwürfe, Jungkaninchen, aber auch Vögel. Der Waldkauz ist sehr anpassungsfähig, was seine Nahrung betrifft. Tiere bis Mausgröße verschlingt er im Stück. Größere Exemplare werden zerteilt. Unverdauliche Federn, Haare und Knochen formen sich in seinem Magen zu einer Kugel, dem Gewölle. Dieses wird wieder herausgewürgt. Forscher können daran sehen, welche Tiere von den Waldkäuzen erlegt werden.

Heutzutage sind Waldkäuze auch in Parkanlagen zu finden. Eine Gefahr für die Käuze sind künstliche Hindernisse. So stoßen sie oft nachts mit fahrenden Autos, Zäunen und Stromleitungen zusammen. Um den Bestand an Waldkäuzen zu erhalten, werden von NABU und LBV zusätzliche Nistkästen in Grünanlagen angebracht. *Silvia Friedrich*

Antidemokratisch

Autorenduo beleuchtet Linksrutsch von Politik und Gesellschaft



Dass es in Deutschland in den letzten Jahrzehnten einen Linksruck gegeben hat, ist inzwischen unübersehbar. Allerdings nehmen selbst kritisch denkende Menschen oft nur die Spitze des Eisbergs wahr. Insofern erfüllt das Buch „Der Links-Staat" eine wichtige Funktion, da es wenig bekannte Fakten und Zusammenhänge offenlegt, die das ganze Ausmaß der Deformierung unserer Gesellschaft zeigen. Das gelingt nicht zuletzt deshalb, weil die Autoren Christian Jung und Torsten Groß als Beamte im Staats- bzw. Polizeidienst aufschlussreiche Einblicke in die Welt der Linksextremisten und deren Unterstützer gewinnen konnten (siehe Interview *PAZ* Nr. 6, Seite 2).

Die Letzteren sind dabei keineswegs nur in den Zentralen der Sozialdemokraten, Grünen und „Linken" zu finden, sondern auch in den „konservativen" Parteien CDU und CSU. Das belegen Jung und Groß unter anderem am Beispiel des dubiosen Vereins „Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München", kurz „a.i.d.a.", den die Autoren völlig zu Recht „Stadt-Stasi" nennen. Der permanente Ausbau dieses linksextremen Schnüffel-Netzwerks (zwischen 2008 und 2016 flossen dafür knapp 750000 Euro) wird gleichermaßen von SPD- und CSU-Kommunalpolitikern forciert. Der linke Geist triumphiert also mittlerweile ebenso in Bayern wie in seinen bisherigen Hochburgen Berlin, Bremen und Nordrhein-Westfalen.

Außerdem werden im Kampf gegen „Rechts", das heißt gegen die Kritiker des linkslastigen Politikbetriebs von heute, inzwischen alle nur denkbaren Mittel angewendet – einschließlich der illegalen oder verfassungswidrigen. Davon zeugen insbesondere die zahlreich vorkommenden Schwarzen Kassen (zur Verschleierung des Missbrauchs von Steuergeldern) und die wohlwollende Duldung des Treibens der angeblich „autonomen" Schlägertrupps der Antifa.

Staatsgelder für extreme Gruppen

An ihre diesbezüglichen Enthüllungen anknüpfend, schildern Jung und Groß dann außerdem, wie immer mehr ehemalige linksradikale Aktivisten in Verwaltung, Justiz, Politik und Medien unterkommen und dort für eine weitere Transformation unseres Staatswesen sorgen. Typisches Beispiel hierfür ist die Münchener Juristin Angelika Lex, die selbst dann noch in den Reihen der schwarzgekleideten Antifa-Demonstranten mitmarschierte, als sie bereits auf Vorschlag der Grünen zur ehrenamtlichen Richterin des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs avanciert war.

Ebenso widmen sich Jung und Groß dem brisanten Thema des Missbrauchs des Verfassungsschutzes im Interesse des Links-Staates. Denn missbräuchlich ist die Beobachtung der Identitären Bewegung Deutschland, der man keinerlei verfassungsfeindliches Potenzial nachweisen kann, ebenso wie die Weisung des bayerischen Innenministers Joachim Herrmann (CSU), die Überwachung von „a.i.d.a" einzustellen, obwohl nachweislich Kontakte zu gewaltbereiten Linksextremisten bestehen.

Der Wert des Buches resultiert aber nicht nur daraus, dass es solche heißen Eisen anfasst. Vielmehr besticht auch der Detailreichtum, wenn es um die konkreten Geldströme und Netzwerke geht, von denen die Helfershelfer und Knüppelgarden des Links-Staats profitieren. Hier finden sich Zahlen und Fakten, die belegen, dass der Steuerzahler den Meinungs- und Straßenterror, der sich jederzeit gegen seine Person richten kann, auch noch selbst finanzieren muss. So beispielsweise durch die staatliche Förderung von Antifa-Treffpunkten wie dem „Kafe Marat" und dem „EineWeltHaus" sowie der „Internationalen Schlepper- und Schleusertagung" – ja, tatsächlich! – in München. Oder wenn der Staat Initiativen wie „Schule ohne Rassismus" unterstützt, an deren Spitze Personen von der Art Ozan Ceyhuns stehen, welche eben nicht nur das linke Bedürfnis nach „Toleranz und Weltoffenheit" bedienen, sondern nebenher auch noch kräftig Wahlkampf für den türkischen Autokraten Recep Tayyip Erdogan machen.

Aus dem von Jung und Groß Präsentierten ergibt sich zweifelsfrei, dass die Bundesrepublik Deutschland mittlerweile kein freiheitlich-demokratisches Staatsgebilde mehr ist, sondern eine linke Gesinnungsdiktatur, welche sich zwar noch in manchem von den schlimmeren Diktaturen der Vergangenheit unterscheidet – aber wie lange wird das wohl so bleiben, wenn Linke heutzutage schon ungestraft via Facebook tönen dürfen: „Nazis töten ist kein Mord"!?

Wolfgang Kaufmann

Christian Jung/Torsten Groß: „Der Links-Staat. Enthüllt: Die perfiden Methoden der ‚Antifa' und ihrer Helfershelfer in Politik und Medien", *Kopp-Verlag, Rottenburg 2016, gebunden, 316 Seiten, 22,95 Euro*

Verschwörungsfantasien

Jürgen Roth über Rechte



Jürgen Roth galt einst als recht passabler investigativer Journalist: Seine Bücher über die Organisierte Kriminalität und Korruption unter Politikern wurden vielfach von der Kritik gelobt. Nun scheint er aber unter massivem Realitätsverlust zu leiden. Wie soll man sein aktuelles Werk „Schmutzige Demokratie", in dem er über die erstarkenden „rechtspopulistischen" und „rechtsradikalen" Bewegungen Europas herzieht, sonst interpretieren? Bei all den irrwitzigen Behauptungen, es gebe „Tag für Tag irgendwo in Deutschland … Brandanschläge gegen Flüchtlingsheime", während sich zugleich der „grölende Mob" über Muslime hermache. Was für Nachrichten konsumiert der Mann da eigentlich?

Wenn Roth nicht gerade einen allgegenwärtigen „Rechtsterrorismus" herbeihalluziniert, dann versucht er seine These zu beweisen, dass Parteien des rechten Spektrums „tief in korrupte und mafiöse Machenschaften eingebunden sind". Das gelingt ihm freilich in keinem einzigen Fall. Ähnlich dubios sind die 40 nachfolgenden Seiten über „Herrn Erdogan" und die tatsächlich unerfreulichen Zustände in der Türkei: Was haben die – bitteschön – mit den europäischen Rechtsparteien zu tun?

Ansonsten wettert Roth auch noch kräftig gegen Pegida, diverse Eurokritiker, Udo Ulfkotte und Akif Pirinçci, die „rechte Volksfront", welche auf Berlin zumarschiere, sowie einfältige Russland-Deutsche, die zu treuen NPD-Anhängern mutierten. Dabei bietet der Verfasser eine Verschwörungsphantasie nach der anderen auf, während er an anderer Stelle über die „rechten Verschwörungstheoretiker" lästert.

Das ganze Buch ist somit weiter nichts als der unverdauliche Rundumschlag eines Publizisten, der offenbar von politischer Paranoia befallen wurde. *W.K.*

Jürgen Roth: „Schmutzige Demokratie. Ausgehöhlt – Ausgenutzt – Ausgelöscht?", *Benevento Publishing, Wals 2016, gebunden 319 Seiten, 24 Euro*

Weise Sprüche für alle

Zitate im Kleinformat



Zahlreiche Sammlungen mit Zitaten für alle Gelegenheiten sind auf dem deutschen Buchmarkt erhältlich. Theodor Fontanes „Kummer sei lahm und Sorge sei blind: Es lebe das Geburtstagskind" und Wilhelm Buschs „Eins, zwei, drei! Im Sauseschritt läuft die Zeit; wir laufen mit" zählen zu den bekannteren Sprüchen, die zuweilen Glückwunschkarten zieren.

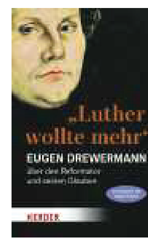
Um aus der Vielzahl der Zitatensammlungen herauszustechen, muss man sich schon etwas Außergewöhnliches einfallen lassen. Mit dem Büchlein „Zähle Geburtstage nicht, feiere sie!" hat der Steffen Verlag solch ein Vorhaben gewagt. Die „Lebensweisheiten von Busch bis Tucholsky" enthalten neben wenigen bekannten viele nicht so geläufige Klassiker-Zitate. Mit den humorvoll-ironisch gehaltenen Illustrationen der Grafikerin Doreen Steinke und der ungewöhnlichen Unterteilung in Rubriken wie „Kuchen", „Kerzen" und „Konfetti" wird das Büchlein dank der farbigen Aufmachung, der auch die grafische Gestaltung der Lebensweisheiten angepasst ist, zu einem netten Geschenk.

Wer allerdings einen passenden Spruch zu besonderen Anlässen sucht, sollte eher zu einem der umfangreichen Nachschlagewerke greifen. *MRK*

„Zähle Geburtstage nicht, feiere sie! Lebensweisheiten von Busch bis Tucholsky", *edition federchen im Steffen Verlag, Berlin 2016, gebunden, 60 Seiten, 9,95 Euro*

Luther ganz nah

Eugen Drewermann plädiert dafür, dem Reformator zu folgen



Es ist, als träfe man einen Zeitgenossen Luthers. So plastisch berichtet Eugen Drewermann aus dem Leben des Reformators in seinem Werk „Luther wollte mehr. Der Reformator und sein Glaube". Drewermann, der einstige Priester, dem die katholische Kirche vor 25 Jahren die Lehr- und Predigtbefugnis entzog, entwickelt im Gespräch mit dem Journalisten Jürgen Hoeren seine Sicht auf Luther und die Geschichte der Reformation.

1940 geboren, studierte Drewermann neben Philosophie auch Theologie und Psychoanalyse. 1966 wurde er zum Priester geweiht. Aufgrund seiner zunehmend kritischen Haltung gegenüber der Amtskirche und weil er seine von der Kirchenführung abweichenden Meinungen nicht korrigieren wollte, entzog ihm Erzbischof Johannes Joachim Degenhardt im Oktober 1991 die kirchliche Lehrerlaubnis, dem folgte das Predigtverbot und im März 1992 die Suspension vom Priesteramt. Wer könnte die Person Luthers psychologisch-historisch besser nachempfinden als ein Priester, dem man die Erlaubnis zu predigen entzog aufgrund seiner kritischen Haltung?

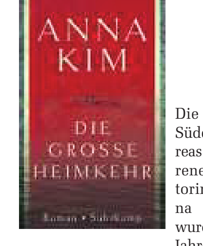
Drewermann sagt selber: „Was Luther 1517 begonnen hat, klopft immer noch an die Türen von St. Peter und bittet um Einlass. Statt die Botschaft der Einheit, die Jesus in die Welt bringen wollte, zwischen Gott und Mensch, zwischen Himmel und Erde, zwischen Heiligen und Sündern, zwischen Tempel und Profanem, kreativ aufzugreifen und weiterzuführen, haben 1500 Jahre Kirchengeschichte in katholischer Obhut die Spannungen zementiert." Der langjährige Ressortleiter für Kultur beim SWR Jürgen Hoeren nähert sich mit Drewermann in drei Kapiteln den Fragen „Was feiern wir am 500. Jahrestag der Reformation? Was haben die reformatorischen Kirchen aus ihrem Erbe gemacht und haben die Katholiken dazugelernt?" Darin werden die Bedeutung Luthers, seine Kernthesen und schließlich das Thema „Religion und Gesellschaft" beleuchtet.

Nach Ansicht Drewermanns ist am Reformationsjubiläum das in den Mittelpunkt zu stellen, was Luther wirklich meinte. Nämlich, dass Gott nicht länger eine Quelle der Angst und der Ausbeutung der Menschen mit ihren Seelenqualen sei. Gott sei ein Grund zum Vertrauen gegen jede Staats- und Kirchenmacht, die Ermutigung, man selber zu sein und dafür geradezustehen. Rund um das Reformationsjubiläum „500 Jahre Reformation 2017" sind zahlreiche Publikationen erschienen. Dieses Buch besticht in seiner Tiefe und ragt ganz besonders heraus. *Silvia Friedrich*

Eugen Drewermann im Gespräch mit Jürgen Hoeren: „Luther wollte mehr. Der Reformator und sein Glaube", *Herder Verlag, Freiburg 2016, gebunden, 320 Seiten, 19,99 Euro*

Hereingefallen auf leere Versprechungen

Literaturpreisträgerin Anna Kim beschreibt Kim Il-sungs Propaganda, mit der er Nordkoreaner aus dem Exil anlockte



Die im Süden Koreas geborene Autorin Anna Kim wurde vor Jahren mit dem Literaturpreis der Europäischen Union ausgezeichnet. Mit beeindruckender Dramatik schildert sie das Leben ihrer Landsleute, das von der schicksalhaften Geschichte Koreas geprägt ist. Hinter allem stehen die Zerrissenheit ihres Volkes und dessen große Hoffnung auf eine echte Heimat.

Die Tragödie begann 1910, als Japan die Halbinsel zum Protektorat „Chosen" machte. Der Leser durchlebt die Kolonialherrschaft mit ihrem Spitzelsystem und vielen Todesurteilen gegen den Widerstand der Koreaner. Etwa eine Million von ihnen wanderte in die Mandschurei aus. Als die Japaner dort ebenfalls einmarschierten und den Marionettenstaat „Mandschukuo" ausriefen, vereinigten sie sich mit den Kommunisten Chinas. Erste Gruppen von Guerillakämpfern entstanden. Zu ihnen gehörte Kim Il-sung. Ziel sei die Befreiung seiner Heimat, doch bald musste er in die Sowjetunion fliehen.

Es mag der Hunger gewesen sein, die Hoffnung auf ein besseres Leben oder Angst, als Spion verdächtigt zu werden: Etliche Südkoreaner flüchteten ins japanische Osaka mit seiner koreanischen Minderheit. Von ihren 600000 Landsleuten zählt die pro-südkoreanische „Minden"-Vereinigung nur 100000 Mitglieder, während den pro-nordkoreanischen „Soren" 400000 angehören. Ursache ist die Propaganda und Unterstützung Kim Il-sungs.

Nach seiner Kapitulation schickte Japan alle koreanischen Zwangsarbeiter zurück in den Nordteil. Dort hatte es für seine Kriegszwecke eine Industrie aufgebaut, während im Süden die Landwirtschaft dominierte. Letztlich war die Bevölkerung überall bettelarm. Stalin entsandte Lehrer und Ingenieure nach Nordkorea, mit deren Macht linientreue Kommunisten führende Positionen erhielten. Zugleich begann der Personenkult um Kim Il-sung: „Wir brauchen nicht mehr zu hungern oder zu frieren. Wir haben einen Vater, der uns kleidet, nährt und erzieht." Besitzlosen wurden Felder zugewiesen, was weitere Dankbarkeit auslöste. Arbeiter in den verstaatlichten Betrieben erhielten besseres Essen – eine hochwirksame Maßnahme zur Disziplinierung und Kontrolle: Hunger als Strafe, Essen als Belohnung.

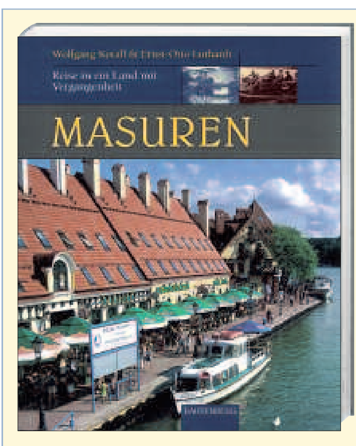
Bevölkerung war überall bettelarm

Ausgestattet mit modernen sowjetischen Waffen überfielen nordkoreanische Truppen 1950 den Süden und überrannten dessen kaum bewaffnete Streitkräfte. Das Buch schildert eindrucksvoll die neue Gewaltherrschaft: Die Menschen werden zu Propaganda-Versammlungen gezwungen sowie zu Selbstkritiken, oft erfolgen Exekutionen. Aus Angst vor Spitzeln wechseln viele Menschen ihre Identität, verwischen ihre Lebensspuren. Nach drei Jahren blutigen Bürgerkriegs gibt es kaum noch Kinder, die im Kreis ihrer Familie aufwuchsen; viele haben ihre Eltern nie kennengelernt, andere wurden von ihnen getrennt.

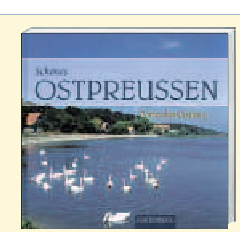
1958 rief Kim Il-sung zur „Großen Heimkehr" auf. Nordkorea öffne „seine Pforten und Herzen" für alle Landsleute in Japan. Bewusst spielte er mit ihrer tiefen Sehnsucht nach Heimat und täuschte deren Erfüllung vor. Tatsächlich war für diese das Inselreich „niemals eine echte Heimat". So wählten viele „die Zukunft" im Norden Koreas, wobei der Riss über die „Demokratische Volksrepublik" sehr oft die Familien entzweite: Während Ältere zumeist zögerten, waren viele junge Menschen begeistert von der massiven Propaganda Pjöngjangs mit ihren abgebildeten Gesichtern voller Glückseligkeit und Lebensfreude, stets sonnigem Wetter mit einem immer wolkenlosen Himmel. Keineswegs selten erpressten Lehrer ihre Schulklassen zur Reise. Allmählich aber sickerte durch, dort misstraue man Ankömmlingen, sie erhielten lediglich niedere Arbeiten, ihre Lebensverhältnisse seien eher das Gegenteil vom Versprochenen. Viele landeten in Arbeitslagern, manche würden als Spione hingerichtet. Eine Rückkehr gebe es nicht, jeder müsse sein gesamtes Vermögen dem kommunistischen Staat überlassen.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Anna Kim: „Die Große Heimkehr", *Suhrkamp Verlag, Berlin 2017, gebunden, 557 Seiten, 24 Euro*



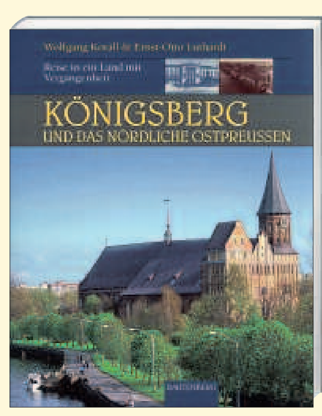
Wolfgang Korall/Ernst-Otto Luthardt
Masuren
Reise in ein Land mit Vergangenheit
Auf eine Reise durch das heutige Masuren im Nordosten Polens lädt dieser aufwändig gestaltete Bildband mit aktuellen Fotos ein.
Ein historischer Teil lässt Vergleiche mit dem alten Masuren zu und weckt bei vielen Erinnerungen an Kindheit und Jugend.
Inmitten einer herrlichen Natur erzählen steinerne Baudenkmäler von jahrhundertealter Geschichte. Masuren zusammen mit Ermland und dem Oberland wird mit seinen einzigartigen Wald- und Seenlandschaften, sowie gemütlichen Städten und Dörfern beschrieben.
Von Frombork (Frauenburg) am Frischen Haff über Elblag (Elbing) und Olsztyn (Allenstein) bis nach Elk (Lyck) führt die Bilderreise durch das einzigartige Naturparadies. 226 Abbildungen. 160 Seiten
Nr. P 533082 Gebunden mit Schutzumschlag 24,95 €



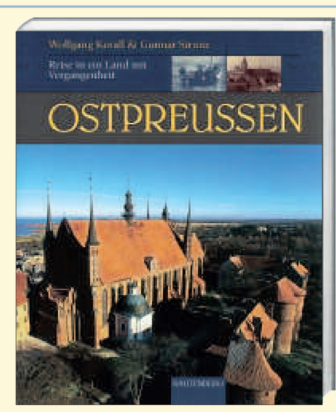
Michael Welder
Schönes Ostpreußen
Ostpreußen ist mit seinen herrlichen Landschaften Städten und Dörfern eine Perle des Ostens. In den zahlreichen Farbaufnahmen dieses Bildbandes wird Ostpreußen porträtiert und der Text gibt einen guten Überblick über die Geschichte der Region. 60 farbige Abb. 60 Seiten
Nr. P 1100 Gebunden 9,95 €



Ursula und Wolf-Dietmar Unterweger
Glückliche Hühner
Eine Liebeserklärung an das Federvieh
In meisterhaften Fotografien und Texten erinnern das Autorenehepaar an glückliche Hühnertage, an das Hühnerleben im Großelternland. 96 S.
Nr. P 575271 Gebunden 7,95 €



Wolfgang Korall/Ernst-Otto Luthardt
Königsberg und das nördliche Ostpreußen
Reise in ein Land mit Vergangenheit
Königsberg – die ehemalige Hauptstadt Ostpreußens, fasziniert mit einzigartiger Kultur, zahlreichen Kirchen und Kunstdenkmälern. Die steinernen Zeugnisse wurden zum Teil wieder aufgebaut, enge Gassen und historische Speicher laden in diese bedeutende Stadt am Pregel und an der alten Bernsteinstraße ein. In der Umgebung der Stadt lockt das nördliche Ostpreußen, das Land der dunklen Wälder und der weiten Küste. Über 180 Bilder porträtieren Königsberg und das nördliche Ostpreußen in all seinen Facetten. Ein zusätzlicher Bildteil mit historischen Aufnahmen führt in die alte Hauptstadt und ihre Umgebung. Der Band eignet sich für jeden Liebhaber Ostpreußens, insbesondere für denjenigen, der in der Region historische Wurzeln hat." 253 Abbildungen. 160 Seiten
Nr. P 533109 Gebunden mit Schutzumschlag 24,95 €



Wolfgang Korall/Gunnar Strunz
Ostpreußen
Reise in ein Land mit Vergangenheit
Auf eine Reise durch das heutige Ostpreußen lädt dieser aufwendig gestaltete Bildband mit aktuellen Fotos ein. Über zwei Jahre hat der Fotograf und Osteuropa-Experte Wolfgang Korall die Region auf zahlreichen Reisen besucht und auch das Memelland nicht vergessen. Ein umfangreicher Bildteil mit historischen Fotografien ergänzt das Werk und lässt den Vergleich mit dem alten Ostpreußen zu, weckt bei vielen Erinnerungen an Kindheit und Jugend. Besonders im polnischen Teil sind die alten Stadtbilder erhalten geblieben oder wieder hergestellt worden. Von Nimmersatt nach Königsberg, von Elbing nach Nikolaiken wird eine einzigartige Landschaft beschrieben: Masuren mit seinen dunklen Wäldern und kristallklaren Seen, der einzigartige Oberländische Kanal, die Kurische Nehrung mit dem Naturschauspiel der Wanderdünen. Großbildbandformat. 224 Abbildungen. 160 Seiten
Nr. P 533070 Gebunden mit Schutzumschlag 24,95 €



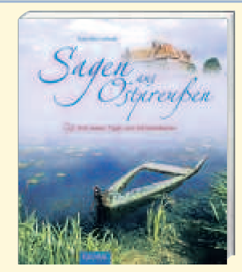
Ulrich Jakubzik
Sensburg
Stadt unseres Herzens
Mit 400 zum Teil farbigen Abb. 392 Seiten/Gebunden
Nr. P 1089 9,95 €

Ulrich Jakubzik hat in diesem Band ein Fülle von Bildern, Texten und Dokumenten zu Sensburg zusammengestellt. Neben der Chronik der Stadt sind ein Stadtplan, das Fernsprechverzeichnis aus dem Jahr 1940, Informationen aus dem Kultur- und Wirtschaftsleben der Stadt, Heimatdokumente und viele, viele Erzählungen, in Prosa und Reimform rund um Sensburg und Masuren in diesem Buch enthalten. Ein masurisches Tanzliedchen, Abbildungen aus 33 Ortschaften aus dem Kreis Sensburg und „Große Mutter Masuren" – eine Heimathymne in 24 Bildern, runden das Werk ab. Ein Muss für jeden der sich gerne an die Heimat erinnert.



Lorenz Grimoni u. Walter Daugsch
Museum Stadt Königsberg in Königsberg
Mit zahlreichen Abbildungen im Text. Kartoniert/192 Seiten
Nr. P 1016 9,95 €

Das ehemalige „Museum Stadt Königsberg" war ein höchsten Ansprüchen genügendes Schaufenster in die Geschichte und Kultur der alten ostpreußischen Provinzhauptstadt, und es wurde zu einem Ort der Begegnung zwischen Königsbergern, Duisburgern und Kaliningradern, an dem gemeinsam gelernt, gesprochen und aus der reichen Vergangenheit Königsbergs für das heutige Kaliningrad die geistigen Fundamente bewusst gemacht wurden. Der vorliegende Band informiert ausführlich über die Geschichte der Stadt, seine Architektur und städtebauliche Entwicklung, das Kunsthandwerk, die Wissenschaft, die Wirtschaft und den Verkehr und zeigt viele Exponate, zum Teil in Farbe.

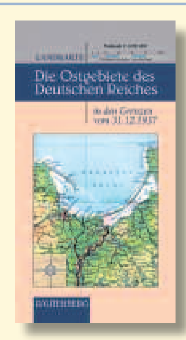
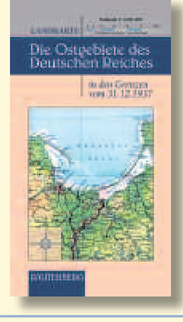


Sagen aus Ostpreußen
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte der Sagen zu lokalisieren. 136 Seiten
Nr. P 575584 Gebunden 7,95 €

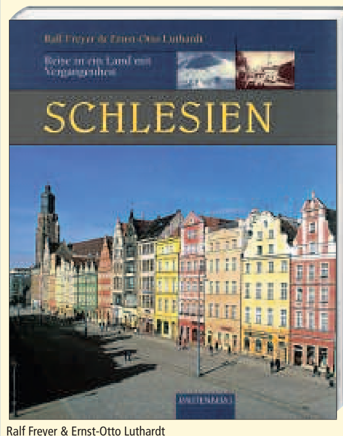


Walter Dignath/
Herbert Ziesmann
Die Kirchen im Samland
Mit 156 S/W-Abbildungen.
232 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 1046 6,95 €

Diese reichhaltig illustrierte Dokumentation vermittelt in Wort und Bild eine umfassende Übersicht über die Kirchen im Samland, über ihre Geschichte und über die Menschen, die in ihnen gewirkt haben. Ebenfalls enthalten sind die Kirchen der Gemeinden, die später zu Königsberg gehörten. Das Buch ist so angelegt, dass in einem ersten Teil nach gleichbleibendem Schema zu jeder Kirche die erforderlichen Angaben gemacht werden, und dann in einem zweiten Teil unter der Überschrift „Bemerkungen" historische und sonstige Besonderheiten der jeweiligen Kirchengemeinde wiedergegeben werden. Viele historische Abbildungen runden das Werk ab.

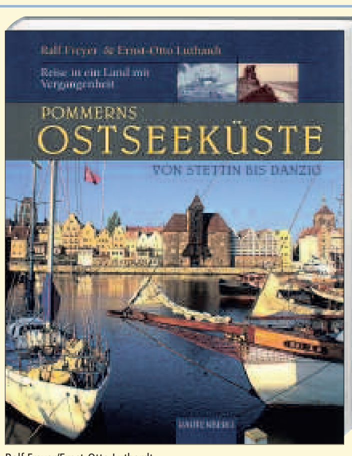



Landkarte
Die Ostgebiete des deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937
Diese farbige Landkarte zeigt die Ostgebiete des deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937. Von der Küste der Ostsee bis zum Riesengebirge im Süden kann man sich auf Spurensuche begeben nach den Ortschaften der ehemaligen deutschen Provinzen Pommern, Ostpreußen, Schlesien und im Sudetenland.
Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5408 9,95 €



Ralf Freyer & Ernst-Otto Luthardt
Pommern
Reise in ein Land mit Vergangenheit
Pommern, die heute sowohl auf deutschem wie auch auf polnischem Staatsgebiet gelegene alte Kulturlandschaft, ist ein Land am Meer: Die Ostsee umspült auf 515 Kilometern Länge die reizvolle Küste. Und zu Pommern gehört auch Land im Meer: Hidensee, Usedom, Rügen und Wollin locken mit ihren altehrwürdigen Seebädern und Naturschönheiten. Über 200 Bilder portraitieren Pommern in der landschaftlichen Schönheit, mit seinen alten geschichtsträchtigen Städten und herausragenden Kunstdenkmälern. Ein zusätzlicher Bildteil mit historischen Aufnahmen führt in die Welt des alten Pommern. Ein umfangreicher Bildteil mit historischen Fotografien ergänzt das Werk und lässt den Vergleich mit dem alten Pommern zu. 227 Abbildungen. 160 Seiten
Nr. P 533071 Gebunden mit Schutzumschlag 24,95 €

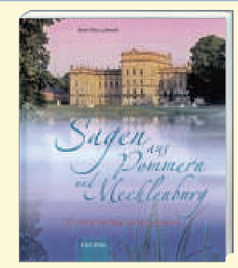
Ralf Freyer & Ernst-Otto Luthardt
Schlesien
Reise in ein Land mit Vergangenheit
Auf eine Reise durch das heutige Schlesien lädt dieser aufwändig gestaltete Bildband mit aktuellen Fotos ein. Ein historischer Teil lässt Vergleiche mit dem alten Schlesien zu und weckt bei vielen Erinnerungen an Kindheit und Jugend. Von der Schneegrubenbaude zum Schmuckstück der Hauptstadt Breslau, von Grünberg über Glogau, Liegnitz und Hirschberg nach Krummhübel, von Waldenburg über Oppeln nach Kattowitz führen die professionellen Fotografien. Das Riesengebirge ist auch heute noch sagenumwoben und bietet Naturschauspiele ganz besonderer Art. Schlesien wird mit seinen einzigartigen Landschaften und bedeutenden Städten, seinen Burgen, Kirchen und Schlössern beschrieben. Ein umfangreicher Bildteil mit historischen Fotografien ergänzt das Werk und lässt den Vergleich mit dem alten Schlesien zu. 225 Abbildungen. 160 Seiten
Nr. P 533081 Gebunden mit Schutzumschlag 24,95 €



Ralf Freyer/Ernst-Otto Luthardt
Pommerns Ostseeküste – Von Stettin bis Danzig
Reise in ein Land mit Vergangenheit
Die Reise entlang der pommerschen Ostseeküste beginnt in Stettin, der ehemaligen Hauptstadt Pommerns. Stettin, obwohl weit im Hinterland gelegen und über die Oder und das Stettiner Haff mit der Ostsee verbunden, ist eine einzigartige Hafenstadt, die in den letzten Jahren neuen Glanz erhalten hat. Die Küste selbst zeigt viele Gesichter: Steilküste, flachen Sandstrand und viele küstennahe Binnenseen mit weiten Moor- und Schilfgürteln. Wie bei einer Perlenkette reihen sich Seebäder und schmucke Orte aneinander: Mistroy, Kolberg, Rügenwalde, Leba bis nach Danzig, der alten Hansestadt. Ein umfangreicher Bildteil mit historischen Fotografien ergänzt das Werk und lässt den Vergleich mit dem alten Pommern zu. 210 Abbildungen. 160 Seiten
Nr. P 533121 Gebunden mit Schutzumschlag 24,95 €

Vorgestellt auf dem Ostpreußentreffen in Kassel

Christoph von Weitzel (Bariton)/Ulrich Pakusch (Klavier)
Die schönsten Lieder aus Ostpreußen
Mit einem Geleitwort von Ruth Geede. Lieder: Land der dunklen Wälder; Zogen einst fünf wilde Schwäne; Schönster Schatz mein Augentrost; Ännchen von Tharau; Gott des Himmels und der Erden; Es stand ein Sternelein am Himmel; Dort jenes Brünnlein; Es waren zwei Königskinder; An des Haffes anderem Strand; Abends treten Elche aus den Dünen; Es dunkelt schon die Heide und viele mehr. Laufzeit: 62 Min.
Nr. P 533171 CD 12,95 €



Sagen aus Pommern und Mecklenburg
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte zu lokalisieren. 136 Seiten/Gebunden
Nr. P 575691 Gebunden 7,95 €



Heiteres aus Ostpreußen
Masurische Schmunzelgeschichten
Ruth Maria Wagner liest: Onkelchens Brautschau, masurische Weihnachten ... mit Musikstücken zwischen den einzelnen Erzählungen. (Laufzeit ca. 50 Minuten)
Nr. P 5880 CD 12,95 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Immer mehr Kirchenasyl

Hamburg – Immer mehr Kirchengemeinden beherbergen abgelehnte Asylsucher, um sie vor der Abschiebung zu bewahren. Wie der „Spiegel" meldet, ist die Zahl der Kirchenasylfälle Mitte Januar auf 547 Personen gestiegen, 16 Prozent mehr als zum Zeitpunkt des Vorjahres (449). Im Januar 2015 standen 359 abgelehnte Asylsucher unter Kirchenschutz. Meist führt das Kirchenasyl zu einer günstigeren Neubewertung der Asylanträge. *H.H.*

Le Pen legt bei Umfragen zu

Paris – Die Umfragewerte der Chefin des Front National (FN), Marine Le Pen, zu den französischen Präsidentschaftswahlen im April und Mai steigen weiter. Ihr Einzug in den entscheidenden zweiten Wahlgang ist so gut wie sicher. Doch auch ihre Chancen bei der Stichwahl verbessern sich kontinuierlich. Anders als bisher liegt Le Pen nur noch 35 zu 39 Prozent hinter dem Favoriten der Linken, Emmanuel Macron. *H.H.*

ZUR PERSON

Wegbereiter einer Rebellion

Es ist ein lokalpolitisches Erdbeben, das **Tobias Bergmann** und seine Mitstreiter in Hamburg ausgelöst haben. Bei der Wahl zum Plenum der Handelskammer hat ihr Bündnis „Die Kammer sind WIR" einen spektakulären Sieg errungen. Die Kammerkritiker stellen fortan 55 von 58 gewählten Vertretern im neuen Plenum und damit auch den nächsten Präses.

Die Reformer waren mit dem Versprechen angetreten, für mehr Transparenz, Demokratie und Kostenbewusstsein in der 1655 gegründeten Wirtschaftsvertretung mit ihren rund 160 000 Mitgliedsunternehmen zu sorgen. Dazu gehört für sie auch die faktische Abschaffung des Zwangsbeitrags, indem dieser auf Null gesetzt wird, die Verkleinerung des Plenums, die deutliche Reduzierung der Gehälter der Geschäftsführung und der Abbau von Personal. Kein Wunder, dass ihre Gegner gegen sie die Populismuskeule schwingen. Den designierten Kammer-Präses Bergmann, der als mittelständischer Unternehmensberater im Gegensatz zu seinen Vorgängern kein Vertreter der Großunternehmen ist, ficht das nicht an. Er freut sich über das „Ende des Mittelalters" in der Handelskammer Hamburg und dass diese endlich „im 21. Jahrhundert angekommen" sei.



Diese Freude wird auch andernorts geteilt, denn in fast allen der bundesweit über 70 Industrie- und Handelskammern gibt es Mitglieder, welche die Kammern für Selbstbedienungsläden der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter halten, die den Mitgliedsfirmen keinen angemessenen Gegenwert für ihre Zwangsbeiträge böten. Besonders in Berlin frohlocken die Kammerkritiker. Dort wird im Mai die neue Vollversammlung gewählt und sie hoffen, dass sich die sensationelle Rebellion von Hamburg hier ebenso eindrucksvoll wiederholen möge. *J.H.*



Hoffnungsträger

Zurück in die 70er

Wie wir die Frankreich-Unruhen am besten ignorieren, was aus Deutschland werden soll, und wie Schulz die Gegenwart wegschiebt / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Man kann die Menschen nicht beruhigen. Wer will, dass sie sich über ein bestimmtes Thema nicht aufregen, der muss ihre Erregungslust in eine andere Richtung lenken, sie sozusagen in Muckefuck-Geruch einnebeln, damit sie den Kaffee nicht finden.

Medienleute kennen diese Weisheit und beherrschen den Umgang damit perfekt: Da trudelt unser größtes Nachbarland bürgerkriegsartigen Zuständen entgegen. Doch wir hören davon auffällig wenig, und wenn, dann nach dem Motto: Protest der „sozial Benachteiligten" gegen Polizeigewalt, der vereinzelt in Gewalt ausartet, mehr nicht.

Gleichzeitig zieht jeder blöde Rülpser von Donald Trump einen Rattenschwanz von alarmierten Kommentaren hinter sich her, auf dass wir alle in heftige Wallung geraten mögen. Was umso erstaunlicher ist, als wir doch mittlerweile wissen könnten, dass der Mann sich gern mal dreht – siehe Russlandpolitik. Da wäre man eigentlich gut beraten, erst mal abzuwarten, was von dem Gequassel übrigbleibt. Aber nein, selbst der Kurzauftritt in irgendeinem Kaff in Florida löst eine Lawine von Berichten und tiefgreifend tuenden Bewertungen aus. Alle negativ, natürlich.

Woher diese bemerkenswerte Schwerpunktsetzung bei den Medien? Es hat wohl etwas mit politischen Vorlieben und Abneigungen zu tun. Trump ist ein „Rechter", heißt es, und damit schon an sich ein Skandal. Dass er mit seinen oft merkwürdigen Einlassungen Stoff für jede Menge „Empörung" liefert, macht ihn so wertvoll.

Dazu aber lenkt er bei der Auslandsberichterstattung von Frankreich ab, wo gerade etwas sehr Unangenehmes passiert. Wer nämlich genauer hinsieht, der bemerkt, dass es sich bei den jungen Männern, die dort ganze Stadtteile in Kriegszonen verwandeln, um eine ganz besondere Gruppe von „Benachteiligten" handelt.

Nein, es sind weder arme Chinesen noch mittellose Armenier, keine unterprivilegierten Latinos und erst recht keine randständigen „Bio-Franzosen", die dort dem Rausch der Gewalt verfallen sind. Bei den Rasenden handelt es sich fast durchweg um Leute mit afrikanischem oder orientalischem Einwanderungshintergrund und ganz überwiegend islamischer Religion. Wer will da schon groß berichten? Würfe das nicht ein ungünstiges Bild auf Multikulti und die bunte Welt, in der auch die Deutschen zunehmend leben – und gerne leben sollen? Nein, nein, mit der Frankreich-Geschichte ist nichts zu gewinnen für die linke, bunte Republik, also raus damit aus den Schlagzeilen!

Ausgebrochen ist der Aufruhr in jenen Musterstädten sozialistischer Massenarchitektur, mit denen linksgewirkte Planer in den 60er und 70er Jahren ihr Ideal von der Gleichheit der Menschen in monotonen Beton gegossen haben. Dort wirken heute islamische Geistliche, die genau wissen, wer die Feinde des Propheten sind, und damit vor den örtlichen muslimischen Jugendlichen nicht hinter dem Berg halten. Rote und religiös-fanatische Barbarei sind hier also eine historische Symbiose eingegangen, weshalb die politische Linke auch die einzigen angestammten Franzosen beisteuert, die sich an den „Protesten" beteiligen – bevor sie von ihren orientalischen Mitkämpfern als „Ungläubige" zum Teufel gejagt werden.

Aber das kommt erst später, wenn die roten Mohren ihre Schuldigkeit getan haben. Solange sind derart bösartige Prophezeiungen als rechtspopulistische Hetze zu verdammen wie einst die Behauptung, unter die Asylsucher könnten sich Terroristen gemischt haben.

Deutsche Linke sind insgeheim begeistert von den gallischen Tumulten, schließlich erheben sich dort die Unterdrückten des kapitalistischen Systems. Da das die einheimischen Proleten nie richtig hinbekommen haben, können unsere enttäuschten Revolutionäre auch gar nicht genug Zuwanderung aus genau jenen Weltregionen bekommen, aus denen die Pariser Brandschatzer stammen. Juso-Chefin Johanna Uekermann möchte, dass alle Zugewanderten bleiben dürfen. Und natürlich wollen die Jusos jegliche Zuwanderungshemmnisse so weit wie irgend möglich abbauen.

Welch strahlende Zukunft auf Deutschland wartet, hat eine Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung gerade umrissen. Grob gesagt soll die Bundesrepublik in einen Völkerdschungel ohne Tradition, Herkunft und „angestammte" Bevölkerung umgeformt werden, in dem jeder, der gerade vorbeikommt, gleiche Rechte hat.

> Völkerdschungel ohne Tradition, Herkunft oder eine »angestammte« Bevölkerung

Mitgewirkt an der Studie haben unter anderem Günter Burkhard von „Pro Asyl" und der Generalsekretär des von der türkischen Regierung gesteuerten Islamverbandes Ditib, Bekir Alboga. Federführend war die Integrationsstaatsministerin der Regierung Merkel, Aydan Özoguz (SPD).

Die Autoren der Studie reden dabei nicht aus dem hohlen Bauch. An den Gestaden von Marokko bis zur Türkei warten gerade sechs Millionen Menschen ganz akut auf die Weiterreise nach Europa. Eine Reportage aus Gambia berichtet, dass dort ganze Dörfer keine jungen Männer mehr aufweisen, weil die alle gen Europa davon sind.

Doch keine Sorge, die wachsen nach. Das flächenmäßig kleinste Land Festlands-Afrikas hat seine Einwohnerzahl seit der Unabhängigkeit 1965 verfünffacht. Wäre Deutschland den gleichen Weg gegangen, müssten wir uns unser Land heute mit mehr als 350 Millionen Mitinsassen teilen, hätten Städte wie Berlin oder Hamburg mindestens zehn bis 20 Millionen Einwohner und allein NRW so viele wie tatsächlich die ganze Republik.

Der Bevölkerungsforscher Gunnar Heinsohn rechnet mit weltweit rund 600 Millionen Menschen, die ihre meist recht arme Heimat verlassen wollen. Wenn Deutschland seine Grenzen nur weit genug öffnet, können wir uns dank unserer konkurrenzlos gut gefüllten Sozialtöpfe einen Löwenanteil davon sichern. Dann kommen Städte wie Berlin, Hamburg, München oder Köln schon zu ihrer zweistelligen Millionenzahl bei der Einwohnerschaft, samt gigantischen Bretterbuden-Vorstädten, die in ihrem Charme jenen von Lagos oder Nairobi kaum nachstehen dürften. Allerdings werden, wenn das Ziel erreicht ist, die Sozialtöpfe längst Vergangenheit sein, was man den Leuten lieber nicht sagen sollte.

Das mag den SPD-Spitzenkandidaten dazu bewogen haben, in der schönen Vergangenheit Wahlkampf zu machen statt mit den düsteren Perspektiven unserer bunten Zukunft. Martin Schulz entführt sein entzücktes Publikum erfolgreich in die Gipfelphase bundesdeutscher Sozialglückseligkeit, in die 70er und 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts.

Mehr Sozialtransfers, mehr Sicherheit des Arbeitsplatzes, mehr „soziale Gerechtigkeit", mehr für alle (bis auf die „Reichen", versteht sich) – es ist, als hätten wir wieder 1972, wunderbar! Wobei der Vorschlag, die Lebensleistung bei der Länge des Arbeitslosengeldes I stärker zu berücksichtigen, gar nicht so unvernünftig klingt.

Viel mehr begeistert uns jedoch, wie der umjubelte SPD-Kandidat schafft, die existenziellen Gegenwarts- und Zukunftsfragen unter den Teppich zu kehren, ohne dass es jemand zu merken scheint: Die Folgen der Masseneinwanderung, die Ausbreitung des politischen Islam, unsere multikultihalber zerfallenden Stadtgesellschaften oder der zivilisatorische Absturz, der von vollgeschmierten Straßenzeilen über unkontrollierbare Schulklassen und den Bildungsverfall bis zu den Kriminalitätszahlen zu erkennen ist – all das ist für den Retro-Mann Schulz kein Thema.

Dass ihn keiner danach fragt, ist eigentlich verblüffend. Aber da wären wir wieder am Anfang dieses Artikels: Das sind eben lauter Sachen, die in keine linke Schublade mehr passen. Daher ignoriert sie auch jene Journalistenschar, die sich nur zu gern mit dem SPD-Kanzleranwärter in ihre gemeinsame linke Nostalgiewelt flüchtet.

MEINUNGEN

Der Mitte der 90er Jahre mit 13 Jahren nach Deutschland gelangte ***chinesische*** *Publizist* ***Marcel Zhu*** *beobachtet eine* ***Seltsamkeit der deutschen „Elite"****, wie er in „Tichys Einblick" (18. Februar) schreibt:*

„Eine derartige Verleugnung des eigenen Staatsvolkes, wie sie heutzutage von den etablierten Medien und Parteien in Deutschland oft praktiziert wird, würde in den meisten Ländern der Welt auf völliges Unverständnis stoßen und bereits als ‚linksextremistisch' gelten. Die extreme politische Ausrichtung einer demokratisch gewählten Regierung indes, sei es ‚links' oder ‚rechts', würde jedoch die Polarisierung, Spaltung und Destabilisierung der Gesellschaft zur Folge haben."

„Focus online" (19. Februar) zitiert den der Präsidenten des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft (BVMW), ***Mario Ohoven****, der sich entschieden* ***gegen Bargeldbeschränkungen*** *wendet, welche die EU-Kommission anstrebe:*

„Eine Obergrenze für Bargeldgeschäfte wäre der erste Schritt auf dem Schleichweg zur völligen Abschaffung von Scheinen und Münzen. Kein Bargeld bedeutet totale staatliche Kontrolle. Unter dem Vorwand, Kriminalität und Terrorismus zu bekämpfen, strebt die EU-Kommission den gläsernen Bürger an."

Thomas Fasbender *macht sich in der „Jungen Freiheit" (17. Februar) Gedanken darüber, warum das „moderne"* ***Europa*** *seine einstige* ***Strahlkraft*** *auf andere Weltregionen* ***verloren*** *hat:*

„Der typische Verfechter der westlichen Gesellschaftsdoktrin hat zwar Vorstellungen, aber keinen Plan. Tolerante, liberale Gesellschaften, autonome Individuen ... viel mehr ist da nicht. Religion: Privatsache. Kultur: Jeder wie er will, am besten multi. Man fragt sich, wie man immer noch glauben kann, das alles sei so was wie ‚Fortschritt'."

Im „Cicero" (18. Februar) sorgt sich ***Matthias Heitmann****, dass die politische Klasse des Landes die* ***Zeichen der Zeit nicht erkennt****:*

„Die große Politik hat verlernt, mit politischen Wettbewerbern auf demokratische Art und Weise umzugehen. Sie reagiert mit panischen, paranoiden und unappetitlichen Diffamierungen und versucht, politische Widersacher zu dämonisieren, an den Rand zu drängen und Menschen daran zu hindern, deren Ideen und Standpunkte selbst zu überdenken. Somit verschärft sie das Problem der wachsenden Bürgerferne."

Andreas Unterberger *fürchtet, dass die Forderung des EU-Generalanwalts,* ***allen Menschen*** *unterschiedslos* ***Zugang zur Europäischen Union*** *zu gewähren (die PAZ berichtete), das* ***Ende*** *der EU bedeute, wie er im Netzportal „Freie Welt" (14. Februar) schreibt:*

„Die Konsequenzen eines solchen Urteils wären absolut katastrophal. Sie würden mit absoluter Sicherheit das Ende der EU bedeuten ... Denn das, was der Generalanwalt verlangt, bedeutet im Klartext, dass mindestens die halbe Menschheit Anspruch, Rechtsanspruch auf Asylgewährung in der EU haben wird."